

Ambivalenz in Zeiten der Globalisierung

von CAROLIN EMCKE

Was gibt es nicht alles für Erklärungen. Wie viele großflächige Theorien suchen die globale Welt in handliche Hierarchien aus Gewinnern und Verlierern zu packen: Da werden Regionen, Staaten, Berufsgruppen, Lebensformen in Reihen und Serien gebracht, Typen und Profile erstellt, die Erfolg oder Misserfolg nachträglich begründen sollen.

Doch welche Formen der Interpretation, welche Genres der Erklärung für weiträumige historische Prozesse taugen, darüber ist nur selten etwas zu erfahren. Dabei lässt sich aus den rhetorischen Figuren, aus der Art der Erzählung, aus der Struktur der Betrachtung über die Globalisierung auch ein Merkmal der Globalisierung selbst herauslesen.

So ist es gerade die Eindeutigkeit, die zu den eindeutigsten Verlierern der Globalisierung gehört. Vermeintlich zweifelsfreie Behauptungen oder einfache Gewissheiten sind seltsam stumpf und fragwürdig geworden. Der Gestus der analytischen Sicherheit wirkt befremdlicher denn je. Ironischerweise taugt ausgerechnet die Globalisierung nicht zur globalen Analyse.

Allgemeine, universale Urteile zielen an der komplexen Wirklichkeit vorbei. Es gibt kaum eine Interpretation der politischen, ökonomischen, sozialen Dynamiken der Globalisierung, die nicht zur Differenzierung genötigt wäre; kaum eine Einschätzung der Vorzüge, die bestimmte Regionen oder Staaten genießen, ohne Hinweis auf die Nachteile für einzelne Landesteile, die davon ausgeschlossen sind; kaum eine Betrachtung der Verluste, die gewisse Bevölkerungsgruppen erleiden müssen, ohne Einschränkung, der Norden kann nicht gegen den Süden, Männer können nicht gegen Frauen, Bauern nicht gegen Städter verrechnet werden.

Immer gibt es Ausnahmen von der Regel, Widersprüche im System, Paradoxien in der Logik der Entwicklung. Die intellektuellen wie geografischen Landkarten der Globalisierung können nicht einfach nur internationaler, sie müssen vor allem präziser und kleinteiliger werden.

Vielleicht hat die verengte Perspektive auf die ökonomische Ebene der globalisierten Welt diese Erkenntnis verzögert. Bei aller analytischen Tiefenschärfe, mit der man die finanzwirtschaftlichen Zusammenhänge zu erfassen suchte, blieb der Blick auf die Brechungen in den analytischen Instrumentarien selbst verschwommen.

In ideologiekritischer Hinsicht ist die Ambivalenz der große Gewinner der Globalisierung. Darin spiegelt sich zugleich die Textur der veränderten Welt. Alle Fantasien von »Reinheit« zerschellen an einer Wirklichkeit, die sich vor allem durch die dichte Verflechtung, die wechselseitige Abhängigkeit der einzelnen Teile auszeichnet.

Was miteinander verbunden ist, verändert sich. Ob Waren, Wissen oder Menschen ausgetauscht werden, ob vornehmlich exportiert oder vornehmlich importiert,

ob aus- oder eingewandert, ob gespendet oder geliehen wird, niemals bleibt eine Seite unbeteiligt und unberührt. Wenn weder territoriale noch symbolische Grenzen geschlossen sind, wenn sie vielmehr diesseits und jenseits bespielt werden, dann lösen sich dieses Diesseits und Jenseits selbst schrittweise auf. Ganz gleich wie asymmetrisch das Verhältnis sein mag und wie ungleich die Kräfte sein mögen, die aufeinander stoßen, immer wandeln sich beide Seiten durch die Begegnung. Manchmal treten diese Mischungen nur an den Rändern einer Gesellschaft, manchmal nur in der Elite eines Landes auf. Manchmal werden die Fusionen in architektonischen Veränderungen sichtbar, manchmal in kulinarischen.

In jedem Fall verliert sich die frühere Homogenität in einem neuen Amalgam aus Fremdem und Eigenem. Hybridität ist das Format der Globalisierung – ob in kultureller, ethnischer oder biologischer Hinsicht. Die bewusste oder unbewusste Vermischung durchdringt alle Orte und Gesellschaften, wenngleich nicht mit demselben Tempo. So entstehen verschiedene Zeit- und Erfahrungsschichten in derselben Region, lagern sich Sedimente traditioneller Praktiken und Überzeugungen noch ab, wo zugleich schon das Modernere durchbricht. Es wird adaptiert, nicht einfach mehr assimiliert. Künstlerische Motive und Bilder werden zitiert und verschoben, kulturelle und ästhetische Vorbilder werden nicht nur vererbt, sondern verwandelt.

Diese kulturelle Bastardisierung bedeutet zunächst einmal vielerorts eine Befreiung von autoritärer Bevormundung. Sie begünstigt ein Aufbrechen rassistischer oder ästhetischer Normierungen. In der Verschiedenartigkeit der angebotenen Identitäten oder Identifikationen, der Vielfalt der kulturellen, sexuellen oder religiösen Praktiken und Überzeugungen werden alle jene erlöst, die vorher als abweichend oder abnorm dem Zwang und der Gewalt einer autoritären Monokultur ausgeliefert waren.

Diese bereichernden Momente der Bastardisierung zeigen sich auch in der Medienlandschaft und hier in dem sich wandelnden Verhältnis von Laien zu professionellen Akteuren: Der journalistische Mainstream, der sich in den eigenen Ausbildungsinstitutionen und Handwerkskonventionen verschanzt, wird zunehmend kariert und korrigiert durch die Blogs der Laien, die wiederum in Foren und Links integriert und von ihnen vereinnahmt werden.

Doch in der Hybridität liegt auch eine Bedrohung, wenn sie nur eine weitere Form der Vereinheitlichung bedeutet. Wenn Bastardisierung zur neuen marktwirtschaftlichen Norm wird, geht dies wiederum auf Kosten mancher Unterschiede und Eigenheiten, die der kulturellen Vielfalt überhaupt erst ihre Bedeutung verleihen. Am Beispiel der Zerstörung der biologischen Diversität ist diese Gefahr am erschreckendsten sichtbar.

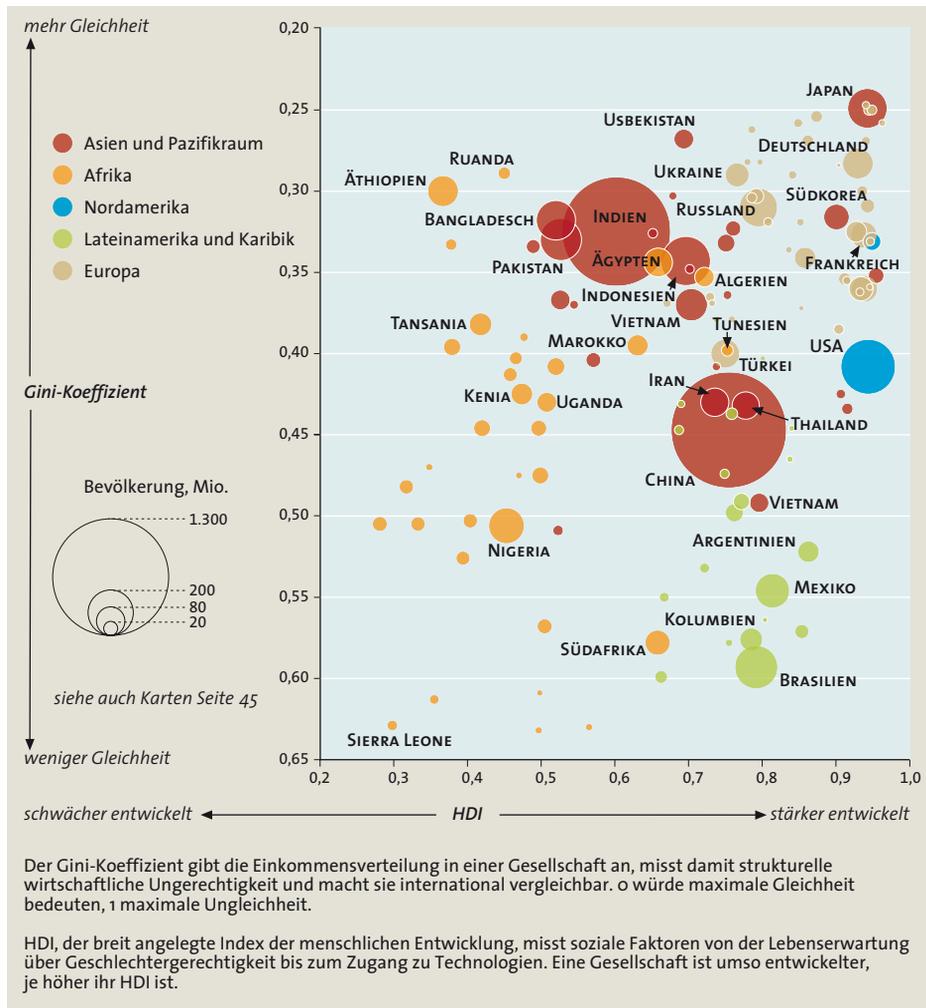
3 Kapitel

Erst wenn Dissens und Kritik gleichermaßen dynamisch sich entwickeln, wachsen mit der Globalisierung auch die Mittel, sie zu gestalten. Dazu müsste auf der juristischen Ebene ebenso zitiert und adaptiert werden, müssten Rechtsstatuten einerseits universaler werden und gleichzeitig in Anwendungsdiskursen lokal angeeignet werden. Ein erfolgreiches Exempel für diese kritisch-konstruktive Praxis sind Rechtsbegriffe wie der »prior, free and informed consent«, der mittlerweile indigenen Gruppen weltweit Unterstützung im Kampf gegen lokale oder internationale Umweltvergehen bietet. Wenn schließlich auch noch die Hybridität selbst ambivalent betrachtet wird, dann wird die Globalisierung auch als ein politischer Prozess verstanden werden, den wir bestimmen und verändern können, so wie er uns bestimmt und verändert.

Gewinner und Verlierer

- **Carolin Emcke** arbeitet als Redakteurin beim »Spiegel«. Sie ist Autorin von »Von den Kriegen. Briefe an Freunde«, Frankfurt/Main (Fischer) 2004.

Wachstum durchaus erwünscht



Die kapitalistische Wachstums-ideologie befriedigt die Bedürfnisse der Weltbevölkerung nicht – und der vermehrte Konsum gefährdet durch den Treibhauseffekt die Lebensgrundlagen künftiger Generationen. Gegenentwürfe wie Nachhaltigkeit oder Negativwachstum können die Interessen von Natur und Menschen nicht schützen. In einigen Bereichen brauchen wir Wachstum, in anderen müssen wir es verhindern.

Der britische Wirtschaftshistoriker Angus Maddison hat berechnet, dass zwischen 1820 und 1998 die Pro-Kopf-Wirtschaftsleistung in Japan um das Dreißigfache, in Westeuropa um das Fünzfache und im Rest der Welt um das Drei- bis Neunfache gestiegen ist. Selbst in Afrika lag der Faktor noch bei 3,3. Dennoch leben auch heute noch hunderte von Millionen Menschen in Armut und Analphabetentum, haben keinen Zugang zu sauberem Trinkwasser und leiden an Unterernährung. Zugleich verdient das reichste eine Prozent der Weltbevölkerung ebenso viel wie die ärmsten 57 Prozent zusammen (siehe Seite 45).

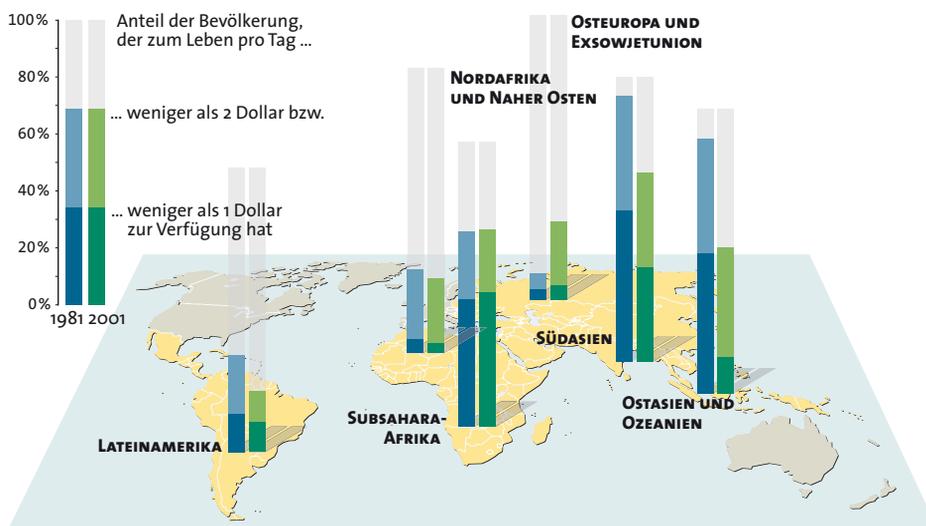
Die Kosten dieses Wachstums zeigen sich auch in der Klimaveränderung. Der CO₂-Gehalt der Atmosphäre steigt weiter. Heute sind es noch 380 ppm (parts per million), für 2050 werden 500 ppm prognostiziert. Dann hat sich der CO₂-Wert seit dem Beginn der Industrialisierung verdoppelt. Verantwortlich dafür sind in erster Linie die reichen Nationen: Ein US-Bürger setzt pro Jahr etwa 5.500 Kilogramm Steinkohlenäquivalent frei, ein Nepalese nur 35. Der mittelfristig akzeptable Durchschnittswert läge bei 500 Kilogramm.

Drei Wege werden diskutiert, um das Problem zu lösen.

Zu Option 1 haben sich die Vereinten Nationen verpflichtet. 1987 empfahlen die UN in ihrem Brundtland-Bericht, »den Bedürfnissen der heutigen Generation zu entsprechen, ohne die Möglich-

► Menschliche Entwicklung – unterschiedlich ungleich

► Leben in absoluter Armut



keiten künftiger Generationen zu gefährden, ihre eigenen Bedürfnisse zu befriedigen«. Dieser Weg der nachhaltigen Entwicklung ermöglichte 1997 die Annahme des Kiotoprotokolls zum Abbau der CO₂-Emissionen. Doch der Ansatz basiert auf dem falschen Versprechen, ständiges Wachstum zu ermöglichen und zugleich dessen soziale und ökologische Probleme zu lösen. Selbst durch verbesserte Fertigungstechnologien und den Übergang zur Dienstleistungswirtschaft bleibt es bei einer relativ geringen Ressourcenersparnis, wenn die Produktion in absoluten Zahlen weiter deutlich zunimmt.

Option 2 verwirft jede Entwicklung und verlangt negatives Wirtschaftswachstum. Ihre Befürworter verneinen einen Unterschied zwischen Wachstum und Entwicklung und behaupten, dass auch Letztere nur die Herrschaft des Westens über den Rest der Welt fortschreibt. Wer diese Position vertritt, ignoriert allerdings, dass die Güterproduktion im Interesse der ärmsten Teile der Weltbevölkerung erheblich gesteigert werden muss. Aus dem Konzept des negativen Wirtschaftswachstums entsteht schließlich ein Kulturrelativismus, der die Armut auf der Welt schlicht zu einer Projektion westlicher Werte und Wahrnehmungen erklärt.

Option 3 basiert auf drei Überlegungen, die sich gegen den aktuellen Trend von Deregulierung und Liberalismus stellen:

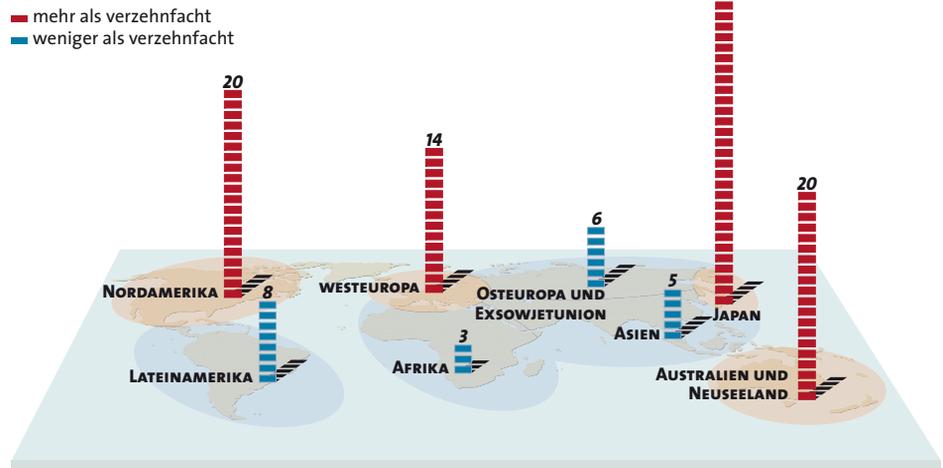
- Alle Menschen dieser Erde haben das Recht auf Befriedigung ihrer Grundbedürfnisse. Dazu gehören neben politischer Freiheit auch Ernährung, Bildung, Hygiene und Gesundheit. Dies beinhaltet das Recht auf Wirtschaftswachstum, allerdings in differenzierter Form.

- Produktionszweige, in denen Wachstum notwendig ist, sind von solchen zu unterscheiden, die – insbesondere in den reichen Nationen – eingeschränkt werden müssen.

- Ein neues Verständnis von Reichtum ist heute unerlässlich. Statt um jeden Preis Produktion und Konsum voranzutreiben, gilt es, die Arbeitszeiten zu verkürzen, dem Gebrauchswert den Vorrang vor dem Marktwert einzuräumen und den öffentlichen Sektor mit Kranken- und Rentenversicherungen auszubauen, statt Privatversicherungen zu fördern. Die globalen öffentlichen Güter (»global public goods«, d.h. Ressourcen und Know-how, siehe Seite 106) sind gemeinsam zu verwalten und dürfen nicht privatisiert werden.

Die Rentabilitätsansprüche des Kapitals kollidieren mit den Prinzipien einer

Vervielfachung der Wirtschaftsleistung pro Kopf zwischen 1820 und 1998:



Zwei Jahrhunderte ungleiches Wachstum ◀

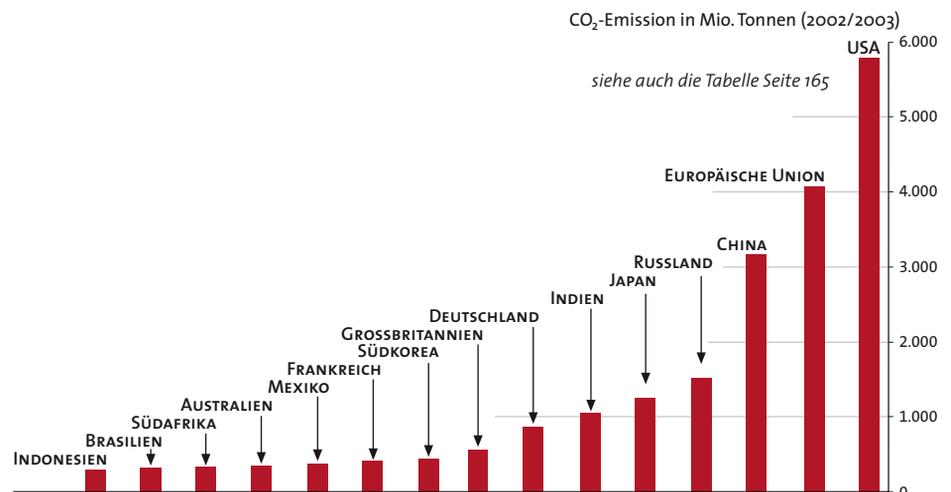
lebenswerten Natur und Gesellschaft. In ihrer kulturellen Dimension verweist die gegenwärtige Wirtschaftskrise darauf, dass Fortschritt nicht länger selbstverständlich ist und die Gesellschaft dies befreift. Die Idee des Fortschritts, die aus der Philosophie der Aufklärung stammt, geriet zum ideologischen Rahmen der Industriellen Revolution. Heute wissen wir, dass die damit einhergehende Entwicklung der Wirtschaft auch ihre Schattenseiten hat. Das heißt nicht, dass jeglicher Fortschrittsgedanke aufgegeben werden muss. Aber wir müssen die Risiken des ungebremsten Wachstums und die zunehmenden Ungleichheiten in der Gesellschaft zur Kenntnis nehmen, und deshalb ist es vernünftig, die menschliche Entwicklung von Produktionssteigerung und Konsumzuwachs abzukoppeln.

Damit stellt sich die Frage, wie die sozialen Beziehungen geregelt werden sollen, die derzeit dem Imperativ der Kapitalakkumulation unterworfen sind. Dies zu verändern wäre ein ehrgeiziges Projekt – das jedoch nur dann greifen kann, wenn menschliches Handeln im Kontext der Biosphäre gedacht wird.

WWW

- Einführend**
- de.wikipedia.org/wiki/Wirtschaftswachstum
- Angus Maddison, Die Weltwirtschaft**
- www.oecdbookshop.org (kostenloses E-Book)
- Zum qualitativen Wachstum**
- www.gcn.de/Kempfenhausen/
- NGOs zu Wachstum**
- www.attac.de/themen/debatten/wachstum.php
 - www.redefiningprogress.org
 - www.apres-developpement.org/accueil/index_en.php
 - www.decroissance.org
- Weltentwicklungsbericht**
- hdr.undp.org (Human Development Report, mit HDI)

Der Kohlendioxidausstoß einiger Industrie- und Entwicklungsländer ◀



Kapitalstrom in die falsche Richtung

In den 1980er-Jahren kam die Schuldenkrise, dann die Flucht der Banken: Mehr als ein Jahrzehnt lang haben die meisten Entwicklungsländer auf den internationalen Finanzmärkten keine neuen Kredite mehr bekommen. In dieser Zeit finanzierte die Dritte Welt die Erste. Jetzt gibt es wieder Geld – und neue Abhängigkeiten. Eine kurze Geschichte der Nord-Süd-Zahlungsbilanz.

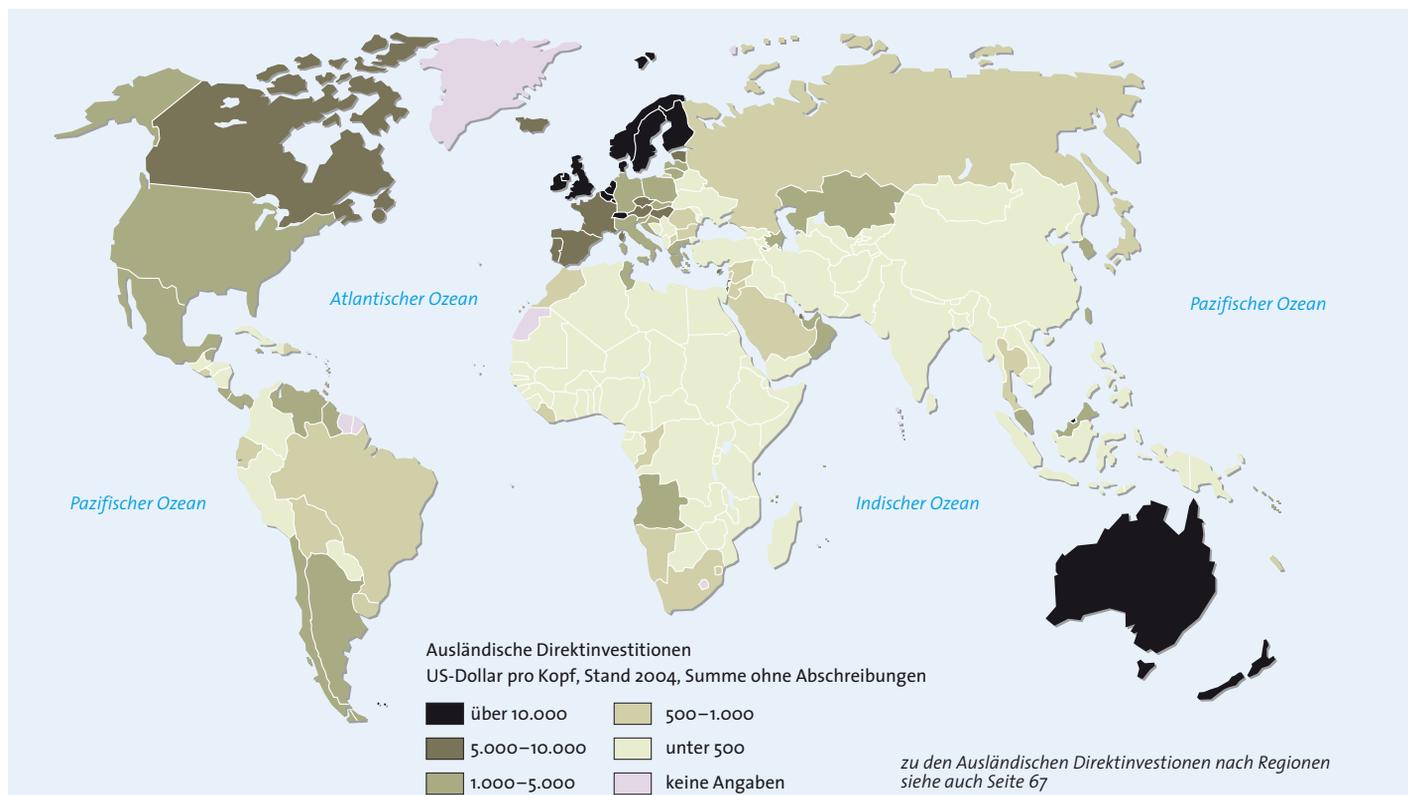
Die privaten internationalen Kapitalströme setzen sich aus drei Komponenten zusammen. Bankkredite haben festgelegte Laufzeiten und Rückzahlungsbedingungen. Ausländische Direktinvestitionen – Firmenneugründungen oder -beteiligungen – stellen recht stabile und reale Formen der Anlage dar. Portfolio-Investitionen schließlich, die Wertpapiere wie Aktien und Staatsanleihen umfassen, sind handelbar und unterliegen oft großen Schwankungen in Kurswert und grenzüberschreitendem Handelsvolumen. Eine vierte Finanzquelle ist die öffentliche Entwicklungshilfe. Die Struktur der Kapitalbewegungen in die Entwicklungsländer hat sich im Lauf der Zeit drastisch gewandelt.

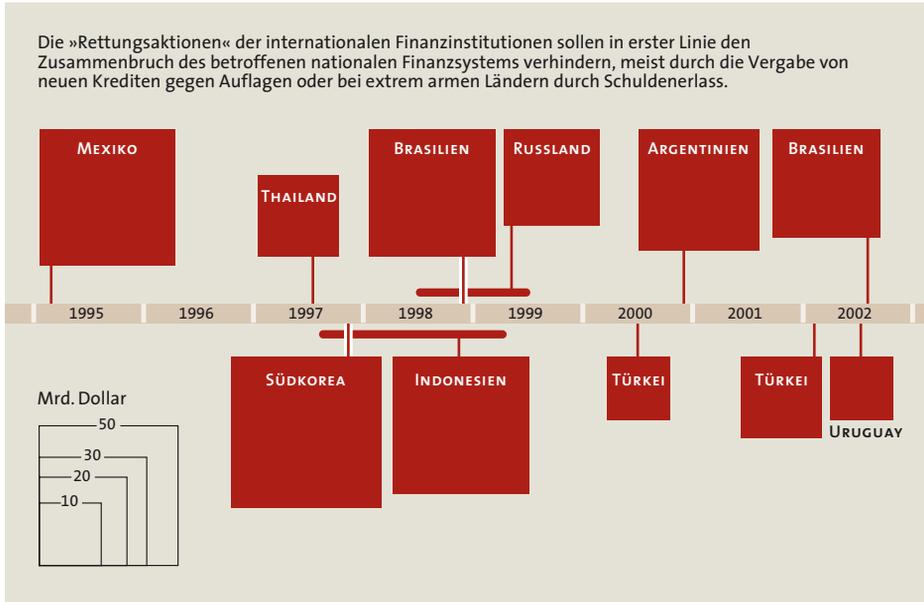
Vor dem 1. Weltkrieg floss vor allem privates Kapital aus den Industriestaaten in ihre Kolonien. Es folgten bis in die 1970er-Jahre in erster Linie öffentliche, also staatliche Gelder. Das Recycling der Petrodollars über das westliche Bankensystem sorgte dann dafür, dass wieder die privaten Kapitalströme anschwellen: Die

Banken wurden mit den bei ihnen untergebrachten Profiten aus dem Ölgeschäft zu den großen Geldgebern der Entwicklungsländer. Zu zwei Dritteln handelte es sich dabei um Darlehen für den öffentlichen Sektor – das Geld floss in den Staatshaushalt oder die Staatsbetriebe, die mit der Entkolonialisierung entstanden waren. Von den 1970er- bis in die 1990er-Jahre sank der Staatsanteil am Kapitalzufluss von 15,5 auf 6,4 Prozent (zu dessen ungleicher Herkunft siehe Seite 44).

Die große Krise begann in den 1980er-Jahren. Kredite wurden teurer, weil die Zinsen stiegen. Der Nettokapitalstrom drehte, die Finanzquellen versiegt, und die Rückzahlung der Kredite musste aus eigenen Ressourcen erfolgen. Diese paradoxe »Hilfe« der Dritten Welt für die Industriestaaten hat für die große Mehrheit der Bevölkerung in den Entwicklungsländern, vor allem in Afrika und Lateinamerika, katastrophale Folgen. In dieser Zeit zeigte der globale Finanzsektor seinen parasitären Charakter in neuen Formen.

► Die reichen Länder ziehen die meisten Ausländischen Direktinvestitionen an





► Rettung in der Krise – durch mehr Schulden

In den frühen 1990er-Jahren war dann für Entwicklungsländer – von einzelnen Ausnahmen in Asien abgesehen – der Zugang zu Krediten praktisch blockiert. Zwei Gründe waren dafür ausschlaggebend. Die internationalen Märkte entwickelten neue Finanzprodukte, mit denen sie die alten Staatsschuldenscheine, auf denen die Banken saßen, mit Abschlägen handelbar machten. So wurden die Kapitalmärkte gesättigt: Sofern noch ein Investor Interesse an der Dritten Welt hatte, kaufte er bei den Banken Altkredite auf, die mit der Zahlungsfähigkeit der Länder an Wert gewannen oder verloren. Das war leichter, als einzelne neue Papiere direkt nachzufragen und damit die Kapitalversorgung wieder in Gang zu bringen. Zugleich führten die Banken ihre Neuausleihungen an die Entwicklungsländer drastisch zurück. Während zwischen 1973 und 1981 durchschnittlich 66 Prozent der internationalen Zahlungen aus dem Banksektor kamen, fiel dessen Anteil zwischen 1990 und 1997 auf 11,7 Prozent – und dieses Geld floss vor allem nach Asien.

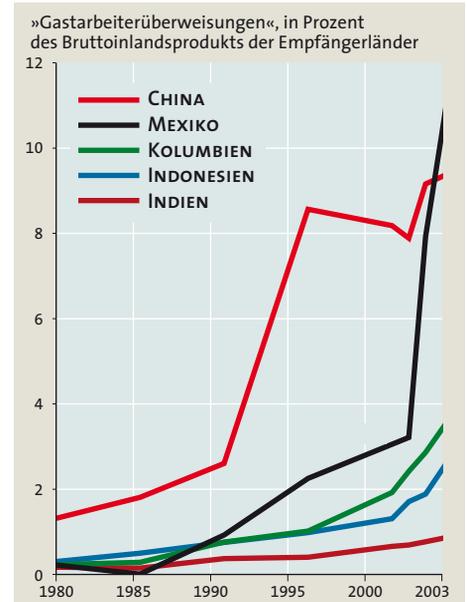
Von den großen Privatisierungen angezogen, nahmen dann in der zweiten Hälfte der 1990er-Jahre die Direktinvestitionen wieder zu, vor allem in den Schwellenländern des Fernen Ostens und Lateinamerikas sowie im südlichen Afrika. Im Zuge der Rubel- und Asienkrise und großer Umschuldungen in Lateinamerika (siehe Grafik oben) zogen sich die Banken wiederum für einige Jahre aus dem Kreditgeschäft zurück, aber derzeit fließt mehr als

dreimal so viel Kapital in die Entwicklungsländer wie noch 1990 (siehe Grafik rechts).

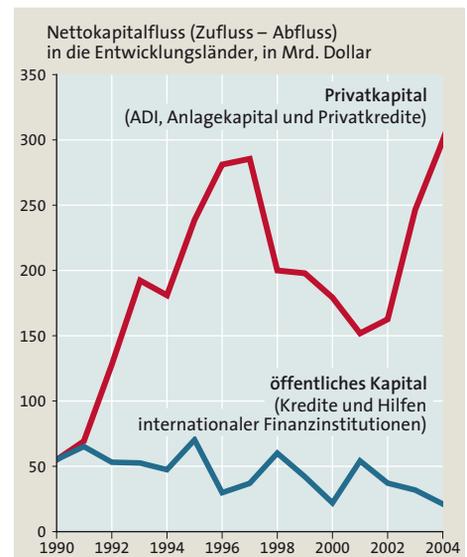
Statistisch gesehen scheinen die Wertpapierinvestitionen, also solche in Aktien und Anleihen, eine Nebenrolle zu spielen. Es handelt sich dabei jedoch um Nettobeträge, also Einzahlungen minus Auszahlungen, hinter denen sich enorme Bruttosummen verbergen können. Das Problem stellt sich vor allem für die Investmentfonds, die immer bedeutsamer geworden sind und wegen ihrer Abhängigkeit von Wechselkursen und Zinsen ein heftiges spekulatives Auf und Ab auslösen können. Nach den Direktinvestoren bilden sie inzwischen die zweitwichtigste Gruppe der Geldgeber.

Die enorme Schwankungsbreite der Aktienkurse erhöht die finanzielle Anfälligkeit der Empfängerländer um ein Vielfaches. Angesichts der angespannten Finanzlage steigen die Risikoprämien – die Zinssätze für Kapitalaufnahme, Handelskredite usw. – überproportional. Zugleich fördern die Schuldenkrisen die Bereitschaft der Regierungen, sich den Forderungen des IWF zu unterwerfen.

Auf den ersten Blick ist der Weg über den IWF die kostengünstigere Variante, da die Kreditzinsen niedrig sind. Doch ein IWF-Darlehen ist nicht »billig«: Die Wirtschaftspolitik des Schuldnerlands muss sich an rigide Vorgaben halten – Rückzahlung um jeden Preis – und in Kauf nehmen, dass dies die Wirtschaft womöglich ruiniert und für die Bevölkerung äußerst negative Folgen hat.



Der Beitrag aus der Fremde ◀



Geld für die Entwicklungsländer ◀

WWW

- Einführend (mit Links)**
- www.blue-21.de/Themen/Finanzmaerkte/kapitalverkehr.php
- World Development Report 2005**
- www.worldbank.org
- NGOs**
- www.blue-21.de/pdf/FDI_WDR05.pdf
 - www.eed.de/fix/files/doc/eed_FDI_04_eng.pdf
- Weltbank: Global Development Finance**
- siteresources.worldbank.org/intgdf2005/Resources/gdf05complete.pdf
- F&D, Zeitschrift des IWF**
- www.imf.org/external/pubs/ft/fandd/index.htm
- Statistik (Welt, OECD, USA)**
- www.unctad.org/Templates/StartPage.asp?intItemID=2527&lang=1
 - www.oecd.org/departement/0,2688,en_2649_34863_1_1_1_1_100.html
 - www.bea.gov/bea/di/di1fdibal.htm

In der Schuldenfalle: kein Ausweg für die ärmsten Länder

ENTWICKLUNGSHILFE »GUTE ABSICHTEN« ...

Pearson-Bericht, 1970 verabschiedet durch die UN-Vollversammlung, Resolution 1522:
»Wir empfehlen, dass jedes Geberland bis 1975 oder wenig später, jedoch spätestens bis 1980, seine Entwicklungshilfe (...) auf 0,7 Prozent des Bruttosozialprodukts erhöht.«

1969

Konferenz der Vereinten Nationen zu Umwelt und Entwicklung in Rio, Vereinbarung der 172 Regierungen:
»Die Industrienationen bekräftigen ihre Verpflichtung, die UN-Vorgabe einer Entwicklungshilfe von 0,7 Prozent ihres Bruttosozialprodukts zu erfüllen (...) und erklären sich bereit, ihre Hilfsprogramme auszubauen, um dieses Ziel so schnell wie möglich zu erreichen.«

1992

Millenniumserklärung, verabschiedet von der UN-Vollversammlung:
»Wir appellieren an die Industriestaaten (...), in größerem Umfang Entwicklungshilfe zu leisten.«

1993

1994

1995

1996

Konsens der Monterrey-Konferenz zur Finanzierung der Entwicklung, verabschiedet von der Konferenz und gebilligt von der UN-Vollversammlung:
»Wir fordern die säumigen Industrienationen auf, konkrete Anstrengungen zu unternehmen, um das Ziel der Entwicklungshilfe in Höhe von 0,7 Prozent vom Bruttosozialprodukt zu erreichen.«

1997

1998

1999

2000

2001

Erklärung der Finanzminister der G7 in Washington:
»Wir bekräftigen unser Engagement zur weltweiten Armutsbekämpfung und zur Unterstützung für die Länder, damit die Entwicklungshilfeziele entsprechend der Millenniumserklärung erreicht werden. (...) Zusätzliche Finanzhilfe (...) ist erforderlich.«

2002

2003

2004

... UND DIE REALITÄT

2003 hatten nur 5 der 22 wichtigsten Geberländer das von der UNO vorgegebene 0,7-Prozent-Ziel erreicht, darunter kein Mitglied der G7.

siehe auch die Zahlen Seite 44/45

ENTSCHULDUNG »GUTE ABSICHTEN« ...

G-8-Gipfel in Birmingham:

»Wir verpflichten uns zu gemeinsamen internationalen Bemühungen um einen schnellen und entschlossenen Abbau der Schuldenlast zugunsten der armen Entwicklungsländer (...) Wir werden darauf hinarbeiten (...), dass die betroffenen Länder die Minderung erfahren, die sie brauchen, um ihre Schuldenprobleme dauerhaft lösen zu können.«

Konsens der Monterrey-Konferenz zur Finanzierung der Entwicklung, verabschiedet von der Konferenz und gebilligt von der UN-Vollversammlung:

»Maßnahmen zur Reduzierung der Schulden müssen schnell und entschlossen umgesetzt werden (...). Die rasche, wirksame und vollständige Realisierung des HPIC-Programms [für arme, hochverschuldete Länder], das in Gänze aus zusätzlichen Ressourcen zu finanzieren ist, ist entscheidend.«

G-8-Gipfel in Sea Island:

»Wir setzen uns dafür ein, das HPIC-Programm für die armen hochverschuldeten Länder in Gänze umzusetzen und den ärmsten Ländern zu helfen, durch einen Abbau der Schulden und die Finanzierung von Krediten die Schuldenlast zu tragen.«

... UND DIE REALITÄT

40 Prozent der Schulden der HPIC wurden gestrichen. Nur 14 der 42 betroffenen Länder erhielten nennenswerte Nachlässe.

Die Erfolgsmeldungen täuschen. Die Lage der Armen wird nicht besser. Der Schuldennachlass und andere Hilfsversprechen aus dem reichen Norden reichen nicht aus, um die Krise der Entwicklungsländer zu überwinden.

Im Jahr 2003 betragen die Auslandsschulden der Entwicklungs- und Schwellenländer etwa 2,53 Billionen US-Dollar. 2005 war Brasilien mit 211 Milliarden Dollar am höchsten verschuldet, es folgten Mexiko mit 174 und Argentinien mit 119 Milliarden Dollar. Doch so hoch die Schulden dieser drei Länder in Lateinamerika auch sein mögen: Aufgrund ihres nationalen Reichtums tragen sie wesentlich weniger schwer an der Last als die ärmsten Länder der Welt, deren Schulden häufig ihre gesamte Wirtschaftsleistung eines Jahres übersteigen.

Die Gesamtauslandsverschuldung der knapp vierzig so genannten einkommensschwachen Länder beläuft sich auf eine Summe von über 520 Milliarden Dollar. In einigen von ihnen, etwa in 16 Staaten Subsahara-Afrikas, hat sie mittlerweile Rekordwerte erreicht. In Sao Tomé und Príncipe, Liberia und Guinea-Bissau liegen die Schulden beim Dreifachen des jeweiligen Bruttonationaleinkommens. Einer der Rekordschuldner auf dem amerikanischen Kontinent ist Nicaragua mit 172 Prozent des BNE.

Angesichts dieser astronomischen Zahlen, und damit die betroffenen Länder überhaupt wieder Luft zum Atmen haben, bleibt den Gläubigerländern und internationalen Finanzinstitutionen seit einigen Jahren nur noch die Option des Schuldennachlasses. Anders lässt sich das angestrebte Wachstum nicht erzielen, das gebraucht wird, um die Lage wenigstens minimal zu verbessern. Die jüngste Maßnahme in diesem Sinn war 1996 die HIPC-Initiative für die *heavily indebted poor countries* (hoch verschuldete arme Länder) mit 42 teilnehmenden Staaten. Anfang 2006 erfüllten etwa 20

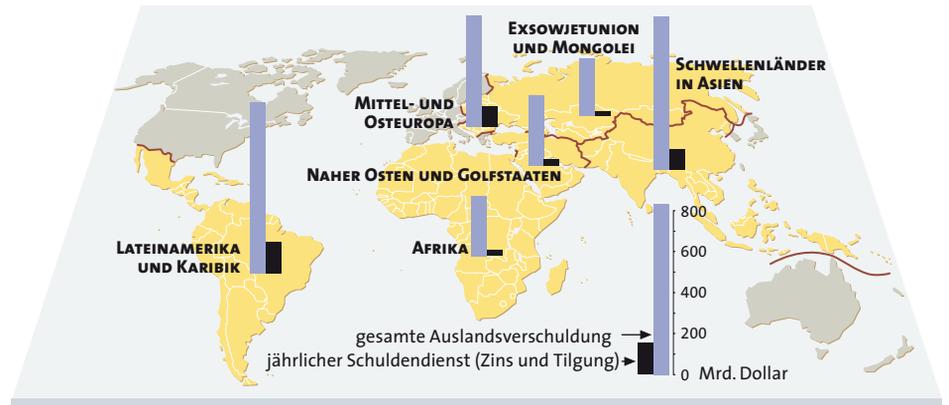
Länder die Bedingungen des HIPC-Programms.

Dies führt zum Erlass von 50 bis 60 Milliarden Dollar Schulden, die in den nächsten 40 Jahren fällig geworden wären, also weniger als 2 Milliarden Dollar pro Jahr. Die Initiative reicht bei weitem nicht aus, um für diese Länder die Gesamtschuldenlast zu lindern. Es geht ihr erst recht nicht um deren Überwindung, sondern allein um die »nachhaltige Gestaltung« von Restschulden, die weiterhin in den Büchern stehen. Zugleich verhindern strikte Auflagen, dass die Volkswirtschaften wieder auf die Beine kommen und sich die soziale Lage in diesen Ländern bessert.

Die reichen Länder des Nordens sind mit etwa 35 Billionen Dollar, rund 90 Prozent der Kredite weltweit, viel höher verschuldet als die Entwicklungsländer. Allein die USA stehen mit 7,6 Billionen Dollar in der Kreide. Das ist das Dreifache der Gesamtverschuldung der Länder des Südens. Auf Rang zwei bis vier folgen Großbritannien, Deutschland und Frankreich. Dabei stehen in diesen Ländern nur 40 bis 60 Prozent ihres Bruttoinlandsprodukts aus – aber jedes Prozent, das die Regierungen der Industrieländer in ihren Haushalten einsparen wollen, löst enorme Proteste aus. In Afrika, Lateinamerika und Teilen Asiens geht es hingegen um viel brutalere Einschnitte – den Protesten dagegen sprechen die hiesigen Politiker und Bürokraten jede Berechtigung ab.

Zudem finanzieren die Schuldner aus dem Süden, die keine neuen Kredite mehr bekommen, aus ihren Rückzahlungen einen Teil der Defizite der reichen Nationen (siehe Seite 84). So transferiert Subsahara-Afrika, anerkanntermaßen die ärmste Region der Welt, seit 1995 jährlich 1,5 Milliarden Dollar mehr in den Norden, als es erhält. Nigeria hat Anfang 2006 aus Öleinnahmen die letzten 30 Milliarden Dollar an den Norden zurückgezahlt, obwohl drei Viertel der Menschen dort von weniger als einem Dollar pro Tag leben müssen.

Addiert man zu den Zahlungen für den Schuldendienst noch die Vorteile, die die Unternehmen aus dem Norden aus ihren Investitionen im Süden ziehen, sowie die Geldanlagen der dynamischsten Länder des Südens – beispielsweise Chinas, dem ein beträchtlicher Teil der US-Schulden gehört, das aber auch eigene Interessen in rohstoffreichen Entwicklungsländern entwickelt hat –, ergeben sich enorme Geldströme. Beginnen die Weltmächte



Erdrückende Schulden ◀

langsam zu realisieren, welche verheerenden Konsequenzen dieses Ungleichgewicht auf dem Planeten hat? Sind der erklärte Wille der internationalen Finanzinstitutionen, den Schuldenabbau voranzutreiben, und die Afrika-Initiative Tony Blairs Anzeichen dafür?

Anlässlich des G-8-Gipfels im Juli 2005 beschlossen die reichen Länder, zusätzlich die multilateralen Schulden von 18 armen Staaten zu streichen. Das war insgesamt ein Betrag von 48 Milliarden Dollar und in keiner Weise ausreichend, die Probleme zu lösen. Wiederum waren damit strenge Auflagen verbunden. Unberücksichtigt blieben im Übrigen die bilateralen Kredite, deren Umfang weit über die multilateralen Darlehen hinausgeht. Die finanziellen Bemühungen des Nordens angesichts dieser Lage sind also bestenfalls bescheiden, und Optimismus ist fehl am Platz. Zwar kann sich ein Schuldnerland mit mittlerem Einkommen wie Argentinien auch über das IWF-

Diktat hinwegsetzen und seinen privaten Gläubigern vorschlagen, Kredite zu seinen eigenen Bedingungen zurückzukaufen. Doch den ärmsten Ländern steht dieser Ausweg nicht offen. Sie müssen auf den hypothetisch guten Willen derjenigen hoffen, die immer noch »Geber« genannt werden.

WWW

Einführend: NGOs

- www.weed-online.org/themen/schulden/index.html
- www.weed-online.org/themen/iwf/index.html
- www.blue-21.de/Themen/Finanzmaerkte/verschuldung.php

offiziell

- www.imf.org
- www.worldbank.org

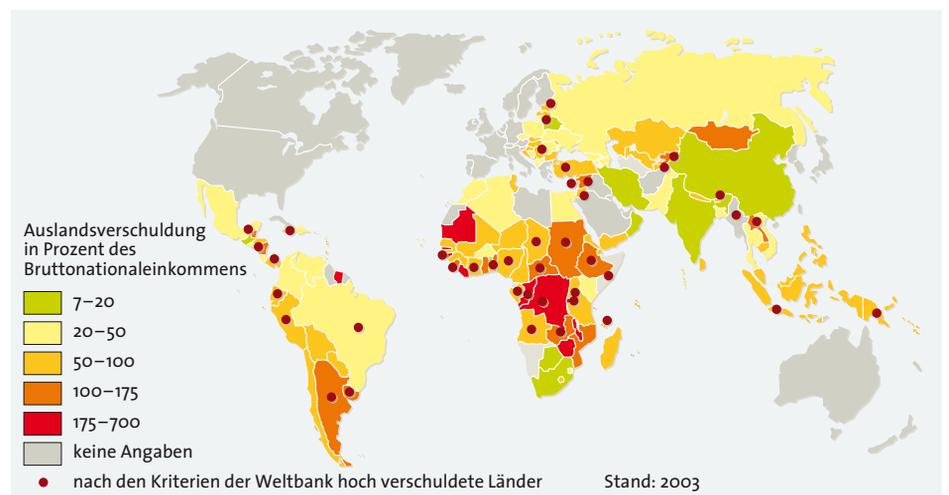
weitere NGOs

- www.erlassjahr.de/
- www.cadtm.org/
- www.oid-ido.org/
- www.jubileerecherche.org/

Tobinsteuer

- de.wikipedia.org/wiki/Tobinsteuer

Zonen der Hoffnungslosigkeit ◀



Pensionsfonds – Täter und Opfer zugleich

Ihre Aufgabe ist es, die Altersvorsorge von Millionen Menschen zu finanzieren. Dazu müssen Pensionsfonds die Beiträge an der Börse investieren. Doch wenn die Aktienkurse fallen, entstehen riesige Defizite. Konzerne kürzen dann lieber die Betriebsrenten, als selbst in den Strudel gerissen zu werden – und viele Beitragszahler müssen länger arbeiten.

Mit Pensionsfonds angefangen haben US-amerikanische und britische Unternehmen. Sie wollten qualifizierte Beschäftigte an sich binden, indem sie ihnen Sozialleistungen boten. Pensionsfonds ergänzen die betrieblichen Pensionskassen, die für die Arbeitnehmer im privaten Sektor während der Weltwirtschaftskrise 1929 entwickelt und nach 1955 auch für öffentliche Angestell-

te geöffnet wurden. Die staatliche Rente hingegen, anders als in Deutschland nicht zur Einkommenssicherung konzipiert, dient in den USA und Großbritannien nur als Schutz gegen Altersarmut. Die Auszahlungen, die Rentner und Pensionäre als Grundversorgung von den privaten und öffentlichen Pensionskassen erhalten, sind im Vergleich zum letzten Gehalt gering.

Die US-Arbeitgeber begannen zwischen 1950 und 1970, die von der Körperschaftsteuer befreiten Beiträge in unternehmensfremde Fonds zur Altersvorsorge einzuzahlen. Die Pensionen für die Beschäftigten der öffentlichen Hand unterliegen den Gesetzen der Bundesstaaten, während die für den privaten Sektor durch den Employee Retirement Income Security Act von 1974 geregelt sind. Dieses Gesetz unterscheidet zwischen leistungsorientierter (*benefit-defined*) und beitragsorientierter (*contribution-defined*) Altersvorsorge. Leistungsorientierte Pensionskassen werden meist ausschließlich vom Arbeitgeber finanziert. Der Arbeit-

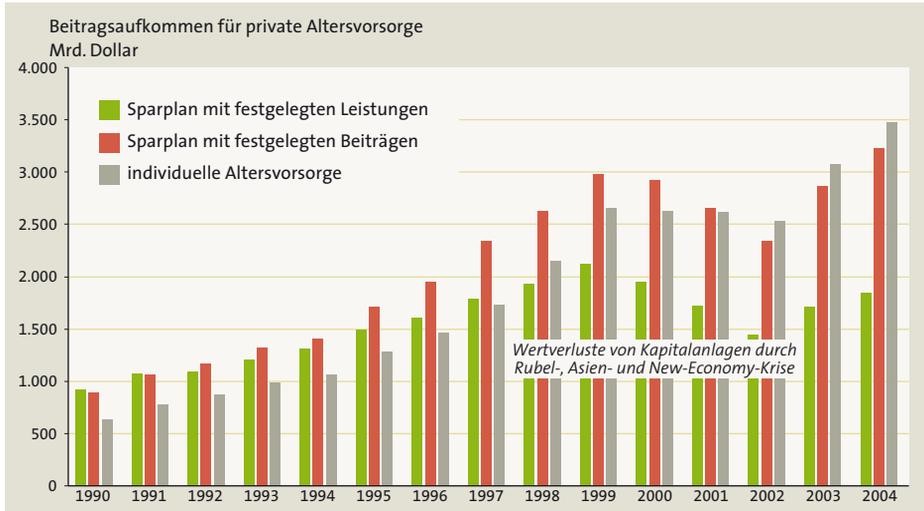
nehmer weiß von Anfang an, welche Auszahlungen er erwarten kann, und die Höhe des entsprechenden Betrages variiert je nach Dauer der Betriebszugehörigkeit und Gehalt. Bei nicht ausreichender Deckung trägt das Unternehmen das finanzielle Risiko.

Beitragsorientierte Anlagen hingegen funktionieren ohne garantierte Ausschüttungen. Die Finanzierung erfolgt über die Beiträge der Arbeitnehmer und gelegentlich auch der Arbeitgeber. Das finanzielle Risiko trägt der Arbeitnehmer. Die Höhe der Auszahlung hängt letztlich von der Börsenentwicklung ab.

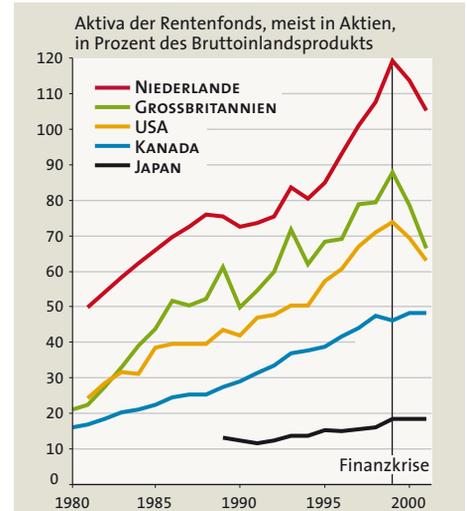
Seit den 1980er-Jahren sind viele leistungsorientierte Kassen geschlossen worden. Profitierten 1975 noch 43 Prozent der US-Beschäftigten von deren Rentenplänen, waren es im Jahr 2000 nur noch ungefähr 20 Prozent, während 27 Prozent ihre Altersvorsorge über beitragsorientierte Pensionsfonds sicherten. Die Unternehmen entziehen sich also zunehmend der Finanzierung der Renten. Die Leistungsempfänger tragen

► Unauffällig, reich und mächtig





► US-Rentengelder in Zeiten von Boom und Krise



◀ Aktive Aktiva

das finanzielle Risiko und die Beitragslast immer häufiger allein.

Der Sturz der Aktienkurse an den Börsen führte nach 2000 zur Finanzkrise der Altersvorsorgefonds, weil die Erträge aus ihren Kapitalanlagen nicht mehr zur Finanzierung ihrer Zahlungsverpflichtungen ausreichten. Zahlreiche große US-Konzerne, darunter General Motors, Ford, Chrysler und IBM versuchten, die Renten zu mindern. Die Pensionskassen der 100 umsatzstärksten US-Unternehmen, die im Index Fortune-100 zusammengefasst sind, wiesen explodierende Defizite auf: Sie stiegen von 78 Milliarden Dollar Ende 2004 auf geschätzte 129 Milliarden Dollar Ende 2005, eine Zunahme von 65 Prozent.

Für die Defizite ihrer Pensionsfonds müssen die Konzerne Rückstellungen bilden, die in den Bilanzen enorme Defizite verursachen. Für viele Firmen ist daher die Versuchung groß, sich unter den Schutz des Konkursrechts zu begeben und sich so ihrer Zahlungspflicht gegenüber ihren früheren Beschäftigten zu entziehen. Von 2003 auf 2004 hat sich aber auch das Defizit der US-Bundesagentur, die die Pensionsfonds gegen Zahlungsunfähigkeit versichert, von 11 auf 23 Milliarden Dollar mehr als verdoppelt; Ende 2005 lag es bei 26 Milliarden Dollar. Und die Lage in Großbritannien ist ähnlich: Die 100 größten britischen Pensionsfonds von Unternehmen haben Ende 2004 geschätzte 72 Milliarden Euro Defizite angesammelt.

Auch in anderen Unternehmen mit beitragsorientierten Fonds waren viele aktuelle und künftige Renten massiv vom Börsenkrach betroffen. Millionen von Ge-

haltsempfängern verloren ihr Ersparnis und sahen sich gezwungen, später als geplant in Rente zu gehen. Anderen blieb keine Wahl, als in hohem Alter einen »kleinen Job« anzunehmen, um finanziell über die Runden zu kommen.

Das Wesen der Fonds hat sich so im Lauf der Zeit grundlegend gewandelt: Sie sind immer seltener eine Quelle zur Ergänzung der Rente, sondern vor allem ein Finanzinstitut mit zweifelhafter Macht auf den globalen Finanzmärkten. Darüber hinaus sind sie zunehmend vom Streben nach kurzfristiger Rendite und von der Logik einer für ihre Anleger attraktiven Risikostreuung geprägt.

Die Einlagen werden in Aktien, Staats- und Unternehmensanleihen, Fondsanteilen, Geldmarkttiteln und anderen Wertpapieren sowie in Immobilien investiert. Zwischen 1993 und 2001 betrug die Zuwachsrate des Fondsvermögens durchschnittlich 8 Prozent pro Jahr und blieb seither in den Industrieländern konstant. 2004 investierten sie, gemessen am Bruttoinlandsprodukt der jeweiligen Länder, 112 Prozent in der Schweiz, 106 in den Niederlanden, 65 in Großbritannien und 95 Prozent in den USA (in Deutschland sind sie mit unter 4 Prozent eher unbedeutend). Von den 16 Billionen Dollar Vermögen dieser Fonds in den Industrieländern entfallen 11 Billionen auf US-Pensionsfonds, also 70 Prozent; mit 7 Prozent folgen die britischen. Damit haben sich die Pensionskassen zu wichtigen Akteuren in der internationalen Finanzwelt entwickelt – und werden als solche in Ländern, denen solche Einrichtungen nicht vertraut sind, oft stark unterschätzt.

WWW

Einführend

- en.wikipedia.org/wiki/Pension_fund

US-Pensionsfonds

- www.aon.com/uk/en/about/Press_Office/pension_deficit.jsp
- www.pbgc.gov/
- www.calpers.ca.gov/

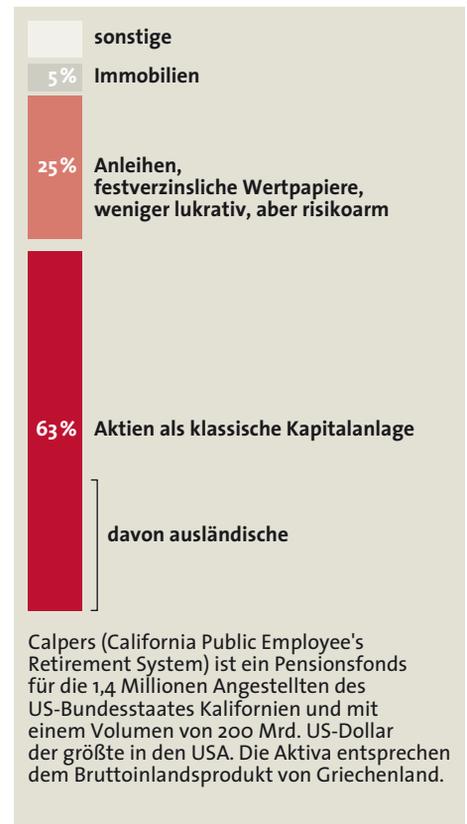
kritisch

- www.pensionrights.org/
- www.epinet.org/content.cfm/issueguides_issueguide

Aufsicht

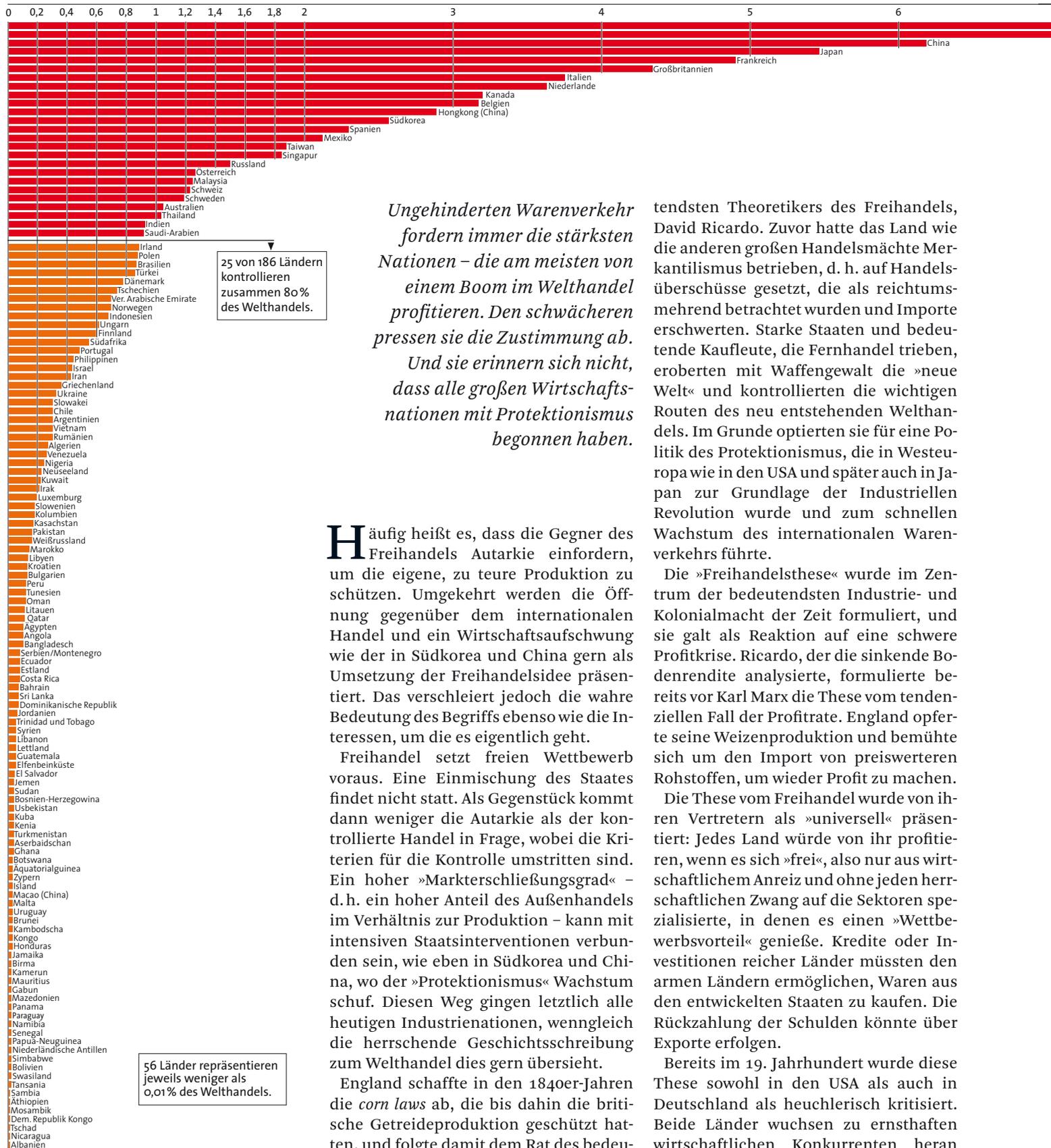
- www.ceiops.org/
- www.iopsweb.org/page

Calpers – wie der Größte investiert ◀



Calpers (California Public Employee's Retirement System) ist ein Pensionsfonds für die 1,4 Millionen Angestellten des US-Bundesstaates Kalifornien und mit einem Volumen von 200 Mrd. US-Dollar der größte in den USA. Die Aktiva entsprechen dem Bruttoinlandsprodukt von Griechenland.

Freihandel, das Prinzip des Stärkeren



Ungehinderten Warenverkehr fordern immer die stärksten Nationen – die am meisten von einem Boom im Welthandel profitieren. Den schwächeren pressen sie die Zustimmung ab. Und sie erinnern sich nicht, dass alle großen Wirtschaftsnationen mit Protektionismus begonnen haben.

Häufig heißt es, dass die Gegner des Freihandels Autarkie einfordern, um die eigene, zu teure Produktion zu schützen. Umgekehrt werden die Öffnung gegenüber dem internationalen Handel und ein Wirtschaftsaufschwung wie der in Südkorea und China gern als Umsetzung der Freihandelsidee präsentiert. Das verschleiert jedoch die wahre Bedeutung des Begriffs ebenso wie die Interessen, um die es eigentlich geht.

Freihandel setzt freien Wettbewerb voraus. Eine Einmischung des Staates findet nicht statt. Als Gegenstück kommt dann weniger die Autarkie als der kontrollierte Handel in Frage, wobei die Kriterien für die Kontrolle umstritten sind. Ein hoher »Markterschließungsgrad« – d. h. ein hoher Anteil des Außenhandels im Verhältnis zur Produktion – kann mit intensiven Staatsinterventionen verbunden sein, wie eben in Südkorea und China, wo der »Protektionismus« Wachstum schuf. Diesen Weg gingen letztlich alle heutigen Industrienationen, wenngleich die herrschende Geschichtsschreibung zum Welthandel dies gern übersieht.

England schaffte in den 1840er-Jahren die *corn laws* ab, die bis dahin die britische Getreideproduktion geschützt hatten, und folgte damit dem Rat des bedeu-

tendsten Theoretikers des Freihandels, David Ricardo. Zuvor hatte das Land wie die anderen großen Handelsmächte Merkantilismus betrieben, d. h. auf Handelsüberschüsse gesetzt, die als reichtumsmehrend betrachtet wurden und Importe erschwerten. Starke Staaten und bedeutende Kaufleute, die Fernhandel trieben, eroberten mit Waffengewalt die »neue Welt« und kontrollierten die wichtigen Routen des neu entstehenden Welthandels. Im Grunde optierten sie für eine Politik des Protektionismus, die in Westeuropa wie in den USA und später auch in Japan zur Grundlage der industriellen Revolution wurde und zum schnellen Wachstum des internationalen Warenverkehrs führte.

Die »Freihandelsthese« wurde im Zentrum der bedeutendsten Industrie- und Kolonialmacht der Zeit formuliert, und sie galt als Reaktion auf eine schwere Profitkrise. Ricardo, der die sinkende Bodenrendite analysierte, formulierte bereits vor Karl Marx die These vom tendenziellen Fall der Profitrate. England opferte seine Weizenproduktion und bemühte sich um den Import von preiswerteren Rohstoffen, um wieder Profit zu machen.

Die These vom Freihandel wurde von ihren Vertretern als »universell« präsentiert: Jedes Land würde von ihr profitieren, wenn es sich »frei«, also nur aus wirtschaftlichem Anreiz und ohne jeden herrschaftlichen Zwang auf die Sektoren spezialisierte, in denen es einen »Wettbewerbsvorteil« genieße. Kredite oder Investitionen reicher Länder müssten den armen Ländern ermöglichen, Waren aus den entwickelten Staaten zu kaufen. Die Rückzahlung der Schulden könnte über Exporte erfolgen.

Bereits im 19. Jahrhundert wurde diese These sowohl in den USA als auch in Deutschland als heuchlerisch kritisiert. Beide Länder wuchsen zu ernsthaften wirtschaftlichen Konkurrenten heran



und wiesen darauf hin, dass England die Abschaffung des Protektionismus erst forderte, als es seine beherrschende Stellung schon innehatte. Doch während die USA, Deutschland oder Japan sich auch gegenüber den größten Mächten Europas schützten, begannen sie wie zuvor Großbritannien damit, im Rahmen ihrer imperialistischen Expansion die von ihnen beherrschten Länder zu zwingen, ihren Schutz aufzugeben. Man nannte diese erzwungene Öffnung der Märkte der Länder »Freihandel«, obwohl die Metropolen über Staatsinterventionen periodische Krisen und soziale Unruhen eindämmen mussten.

Die Revolutionen des 20. Jahrhunderts in den Ländern der Dritten Welt wollten mit der Abhängigkeit, die sie in Unterent-

wicklung hielt, brechen. Der Kalte Krieg zwischen den Systemen förderte die Entkolonialisierung und den Widerstand gegen die herrschenden Mächte. Die interventionistische Politik sowohl in Diktaturen als auch in Konsumgesellschaften unterwarf den internationalen Handel machtpolitischen Erwägungen, ohne dass die Bevölkerung irgendwo tatsächlich eine Wahl gehabt hätte.

In den 1970er-Jahren wurden die diesem Wachstumsmodell innewohnenden Widersprüche evident. Die USA verloren ihre Hegemonie und waren mit einer Profitkrise konfrontiert. So setzten sie den »freien Wettbewerb« auf ihre politische Tagesordnung. Und im Hintergrund dieses Diskurses, der im Gegensatz zum machtbetonten Protektionismus anderer

Großmächte stand, ist es multinationalen Konzernen in kurzer Zeit gelungen, ein Drittel des Welthandels zu organisieren und ihre Produktionsstätten und Büros dorthin zu verlagern, wo sie vergleichsweise wenig Steuern und Abgaben und niedrige Löhne und Gehälter zahlen müssen – in einer Welt, in der es für sie keine Grenzen mehr gibt.

WWW

Einführend

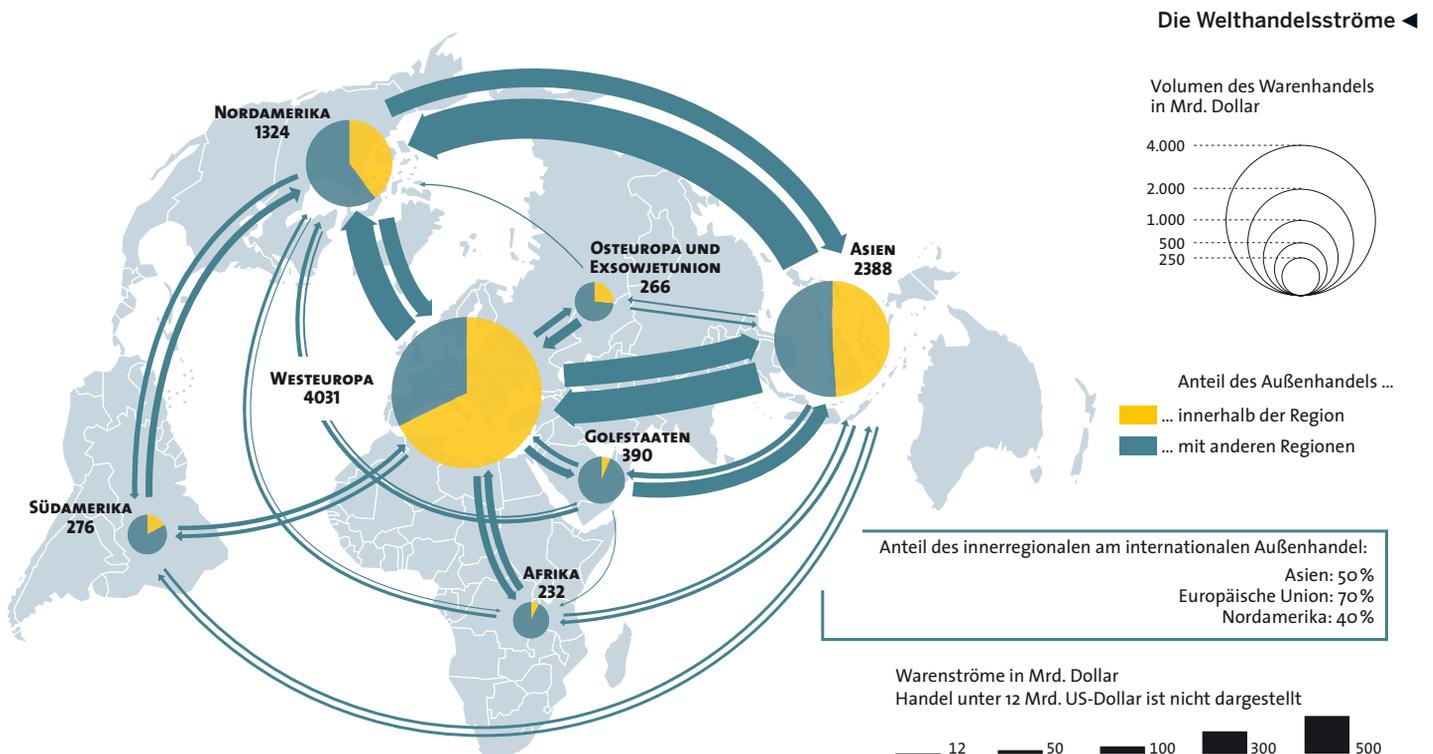
- de.wikipedia.org/wiki/Neoliberalismus
- de.wikipedia.org/wiki/Globalisierung

NGOs

- www.wto-runde.de/themen/gatt/98741.html
- www.attac.de/wto/

Links

- www.wto-runde.de/links/01gatt_links/
- www.blue-21.de/Themen/Welthandel/wto.php



siehe auch Karte Seite 98

Dienstleistungen – die neue Ware auf dem Weltmarkt

Bis Ende 2006 soll eine neue Runde des Vertrags abgeschlossen sein, mit dem die grenzüberschreitenden Dienstleistungen weiter liberalisiert werden. Was die Regierungen während der Verhandlungen an wechselseitiger Grenzöffnung anbieten, ist weitgehend geheim.

Die Verabschiedung des Gats, des Allgemeinen Abkommens über Handel und Dienstleistungen, bildete 1994 den Abschluss der Uruguay-Runde zur Erweiterung des Gatt, des Allgemeinen Abkommens über Tarife und Handel (daraus entstand die Welthandelsorganisation WTO, die also für das Gats zuständig ist). Das Gats sollte nach fünf Jahren überarbeitet werden und steht deswegen seit dem Jahr 2000 wieder in der politischen Debatte. Das neue Abkommen soll bis Ende 2006 unterschriftsreif sein.

Beim Gats unterscheidet die WTO zwölf Wirtschaftsbereiche, in denen Dienstleistungen anfallen. Eine Ausnahme stel-

len nur kostenlose, von einem Monopolanbieter erbrachte Leistungen dar, etwa durch staatliche Verwaltungen, Militär und Justiz, wobei aber die Privatisierung diesen Zweig immer weiter schrumpfen lässt. Für die WTO ist es gleichgültig, ob Dienstleistungen durch den privaten oder den öffentlichen Sektor erbracht werden und ob die Angebote kommerziellen Inhalts sind oder nichtkommerziell, etwa wenn sie den sozialen Zusammenhalt unterstützen.

Das Gats prüft »Maßnahmen«, nämlich Gesetze, Regeln und Verfahren, die für grenzüberschreitende Dienstleistungen gelten. Betroffen sind etwa auch Nichtregierungsorganisationen, die durch öffentliche Zuschüsse subventioniert werden und im Ausland ihre Leistungen anbieten. Unterschieden werden vier »Modalitäten«, in denen Leistungen erbracht werden:

- Dienstleistungen, die in einem Land für ein anderes Land erbracht werden. Dazu gehören Online-Bildungsangebote, die Energieerzeugung in einem Land für den Absatz in einem anderen oder die grenzüberschreitende Übermittlung einer ärztlichen Diagnose.

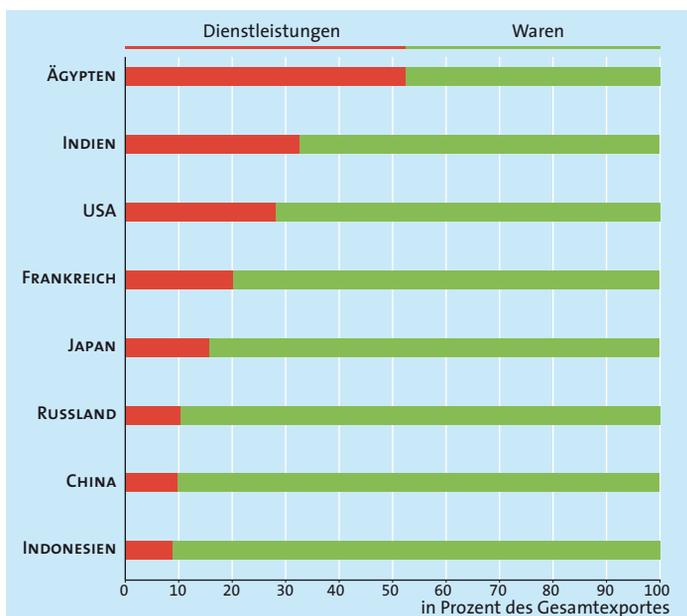
- Dienstleistungen, für deren Inanspruchnahme ein Kunde oder Auftraggeber in ein anderes Land fährt. Damit sind Studium, Krankenhausbehandlung oder die anwaltliche Beratung außerhalb des eigenen Landes gemeint, aber auch die Reservierung von Hotelzimmern im Ausland.
- Dienstleistungen, mit denen in einem anderen Land investiert wird. Sie dienen der Organisation von Unterrichtsangeboten oder der Gründung von Niederlassungen, Zweigstellen oder Firmenvertretungen im Ausland.

- Dienstleistungen, die durch Unternehmensangehörige im Ausland erbracht werden. Das sind etwa ausländische Lehrkräfte oder Bauarbeiter, die im Inland tätig sind.

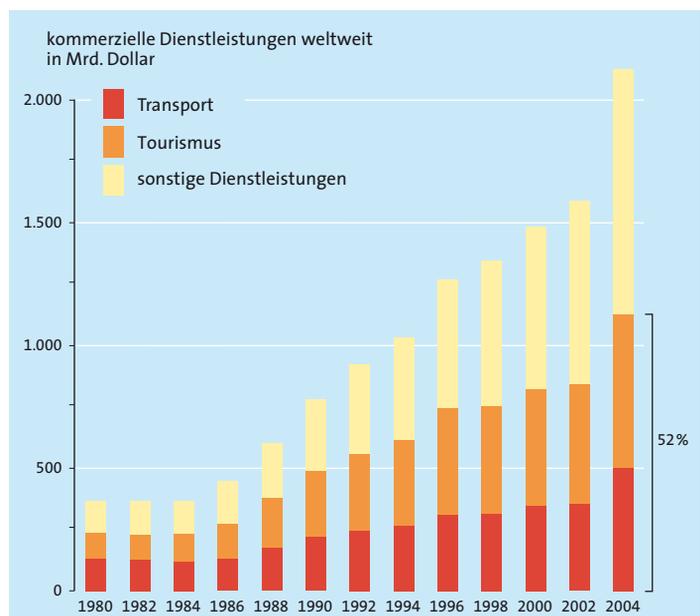
Das Gats sieht bestimmte Prinzipien vor und erlaubt zwar Ausnahmen davon, allerdings nur unter bestimmten Bedingungen:

- Transparenz: Es gibt eigentlich keine Ausnahme von dieser »Regel«; die Duldung des Bankgeheimnisses in den Steuerparadiesen zeigt allerdings, wie sie gehandhabt wird.
- Meistbegünstigungsklausel: Die Länder müssen ausländische Leistungserbrin-

► Exportierte Dienstleistungen – oft noch zweitrangig



◀ Schlüsselbranchen Transport und Tourismus



ger genauso behandeln wie die bestellten heimischen Anbieter. Ausnahmen sind auf einen Zeitraum von zehn Jahren beschränkt.

• Gleichbehandlung: Die Staaten müssen Anbietern von Dienstleistungen aus dem Ausland die gleiche Behandlung gewähren wie ihren eigenen Serviceanbietern, unabhängig davon, ob es sich um staatliche oder private Unternehmen handelt. »Wettbewerbsverzerrende« Subventionen sind einzuschränken respektive zu verbieten.

• Marktzugang: Die Beschränkung des Marktzugangs ist nicht gestattet. Bestehen Ausnahmeregelungen bei verlangten Qualifikationen, technischen Standards oder Lizenzfragen, die »strenger als erforderlich sind«, kann in Verhandlungen ihre Aussetzung verlangt werden.

Die WTO beschloss, das Gats nach der ersten Verhandlungsrunde bis 1996 als Prozess mit weiteren Runden anzulegen, die auf eine immer weitgehendere Liberalisierung zielen. Organisatorisch soll dies dadurch bewerkstelligt werden, dass immer mehr Dienstleistungsgeschäfte den vier Modalitäten unterworfen werden; eine Ausweitung der Privatisierung folgt praktisch automatisch. Die neue Runde soll nun bis Ende 2006 abgeschlossen sein.

Vor allem viele Länder des Südens reagierten zurückhaltend. Um die neue Runde in Schwung zu bringen, forderte 2001 die WTO-Ministertagung in Doha die Staaten auf, »Anfragen« (Liste der Länder



Europa ist Exportweltmeister ◀

mit Dienstleistungen, die sie in jeweils anderen Ländern liberalisiert sehen wollen) und »Angebote« (Liste mit Dienstleistungen, die ein Land zu liberalisieren bereit ist) zu erstellen. In bilateralen Verhandlungen sollten zunächst »Anfragen« und »Angebote« in Deckung gebracht werden, um sie anschließend zu verallgemeinern. Die Globalisierungskritiker forderten hingegen ein Moratorium dieses Prozesses und die Veröffentlichung der »Angebote« und »Anfragen«, damit in den einzelnen Ländern die politischen Folgen diskutiert werden können und die Betroffenen nicht vor vollendete Tatsachen gestellt werden.

Aber das »bilaterale« Konzept blieb stecken. Ende 2005, auf der letzten WTO-Ministerrunde in Hongkong, wurde der Übergang zu »plurilateralen« Verhand-

lungen beschlossen (siehe Seite 100). Jetzt besteht die Gefahr, dass wohl begründete Einzelinteressen von Ländern »im Interesse des Ganzen« ignoriert werden müssen, um überhaupt noch Ergebnisse zustande zu bringen. Viele Nichtregierungsorganisationen halten es weiterhin für das Beste, wenn der Gats-Prozess einfach platzt – dann würde es in diesem Bereich wenigstens nicht schlimmer.

WWW

Einführend

• de.wikipedia.org/wiki/GATS

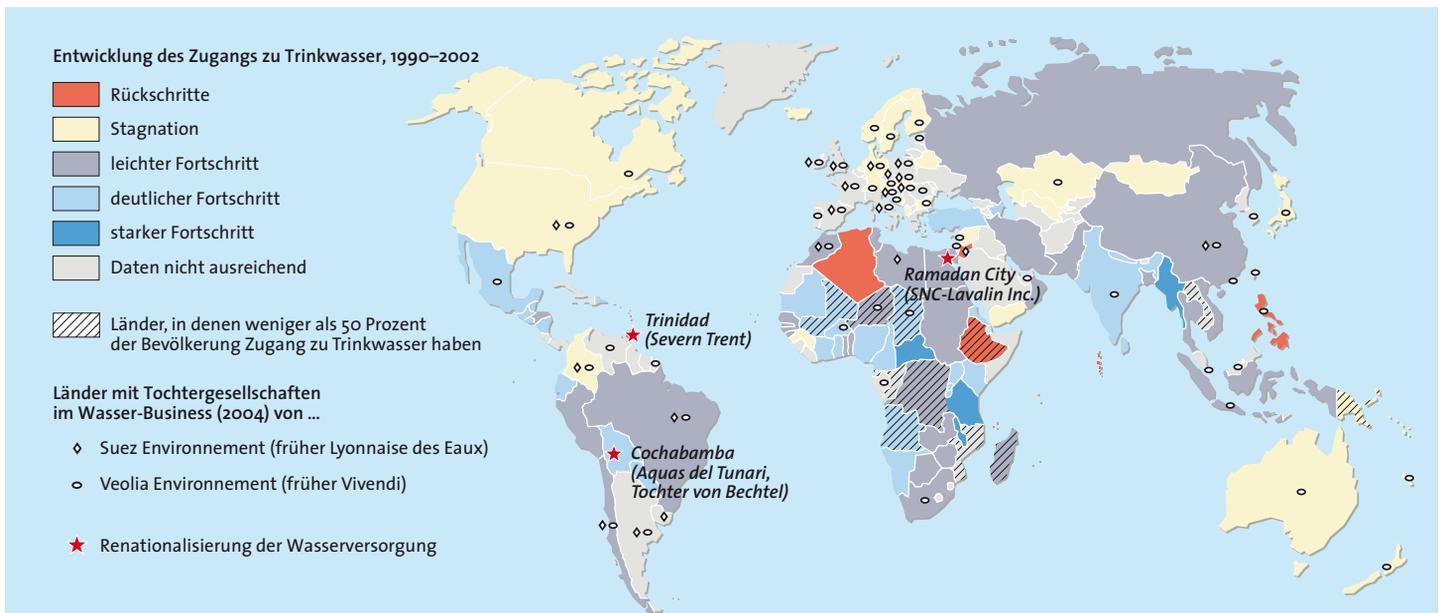
NGOs

• www.weed-online.org/themen/gats/index.html
 • www.wto-runde.de/themen/gats/index.html

Links

• blue-21.de/Themen/Welthandel/gats.php
 • www.wto-runde.de/links/03gats_links/

▶ **Trinkwasser, ein Zukunftsmarkt**



Standorte: die Drohung mit dem Ausland

Mit der Ankündigung, die Produktion zu verlagern, setzen die Arbeitgeber in den wohlhabenden Ländern ihre Belegschaften unweigerlich unter Druck. Die sichere Folge sind sinkende Löhne und reduzierte Sozialleistungen. Weit weniger sicher ist, dass sich dadurch in den Zielländern dieses Outsourcings die Lebensverhältnisse verbessern.

Outsourcing liegt vor, wenn ein Unternehmen seine Geschäftstätigkeit in einem Land ganz oder teilweise einstellt und sie in ein anderes Land auslagert. Dies soll sowohl dem eigenen Markt als auch der Wirtschaft des anderen Landes Vorteile bringen. Das Zielland der Auslagerung empfängt Direktinvestitionen und steigert seine Beschäftigung wie auch die Exporte in das Herkunftsland. Zugleich senkt es seine Importe, weil die nun im Land hergestellten Waren nicht mehr eingeführt werden müssen. Im Herkunftsland hingegen steigen die Gewinne der Unternehmen mit verlagelter Produktion, während die Preise für die outgesourceten Produkte fallen.

In der Öffentlichkeit und den Medien wird Outsourcing vor allem im Zusammenhang mit der Auslagerung von Pro-

duktionsstätten in Schwellen- oder Entwicklungsländer thematisiert. In Europa sind vor allem die Länder des ehemaligen Ostblocks gemeint, die jetzt zur EU gehören. Mit ihnen drohen die Arbeitgeber insbesondere, wenn Belegschaften Lohnforderungen stellen.

Fälschlicherweise ist immer wieder von der »Konkurrenz der Niedriglohnländer« die Rede. Konkurrenz? Die Folgen des Outsourcings lassen sich nicht exakt messen. Manche Sektoren sind stärker, andere weniger betroffen, doch insgesamt bleiben die Folgen bisher überschaubar. In Frankreich konstatierte ein offizieller Bericht – wenn auch nicht unumstritten –, dass die Verlagerungen einen geringen Einfluss auf Wirtschaft und Arbeitsmarkt haben. In Deutschland liegt die Summe der abgewanderten Arbeitsplätze in den letzten Jahren unter 100.000. Ähnliches gilt für die USA. Dort wirkt sich Outsourcing jährlich auf 200.000 bis 500.000 Stellen aus. Damit bekommen 0,15 bis 0,2 Prozent der erwerbstätigen Bevölkerung die unmittelbaren Folgen zu spüren.

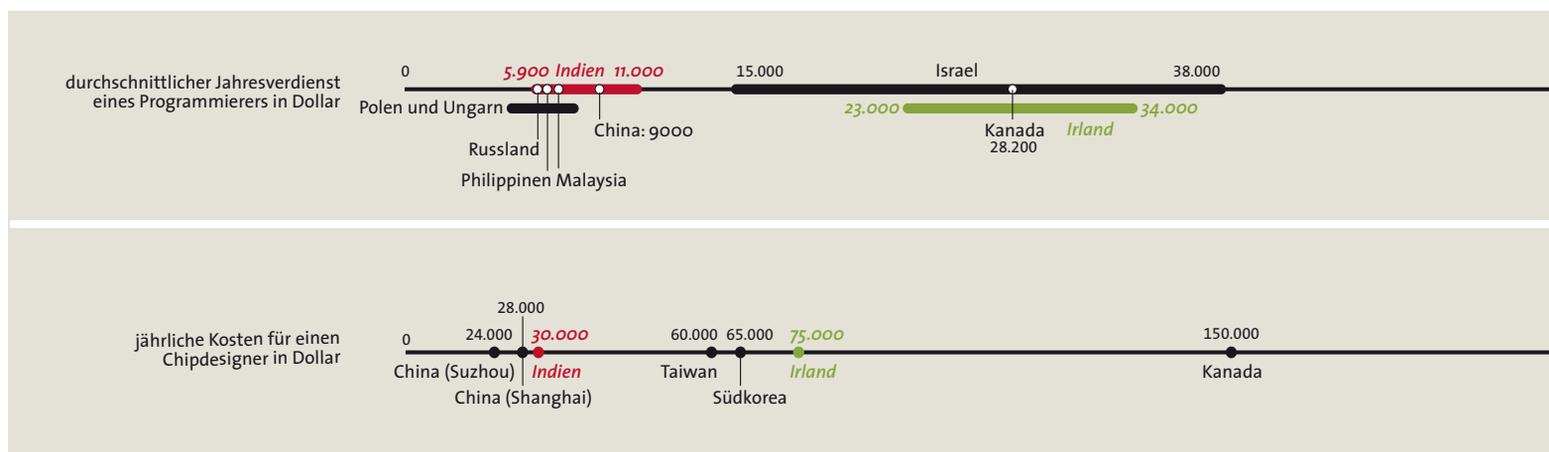
Von Produktionsverlagerung ist in erster Linie die Fertigungsindustrie betroffen, insbesondere die Textil- und Bekleidungsbranche, die Leder- und Holzverarbeitung sowie der Herstellung von Spielwaren und Elektrogeräten. Der Trend lässt sich aber in allen Wirtschaftszweigen beobachten, in der Industrie wie im Dienstleistungssektor, in Bereichen mit hohen wie mit niedrigen Wertschöpfungskapazitäten: von der Automobilin-

dustrie und der Luftfahrt über die Informatik bis hin zu Forschung und Entwicklung. Die Zunahme der Outsourcing-Aktivitäten widerspricht der klassischen These von der internationalen Arbeitsteilung, die angeblich eine global ausgeglichene Spezialisierung zum gegenseitigen Vorteil garantiert. Das Gegenteil tritt ein: Die Konkurrenz zwischen den Ländern in den Sektoren, die die gleiche Art von Beschäftigung benötigen, verschärft sich.

In den Entwicklungsländern wird Outsourcing häufig als Chance zur Verbesserung der Handelsbilanz gesehen. So haben beispielsweise die enormen Exportzuwächse Chinas in hohem Maß mit der Präsenz multinationaler, vor allem US-amerikanischer Konzerne zu tun, die ihre Produktion dorthin verlagert haben. Walmart allein importiert jedes Jahr von US-Unternehmen in China gefertigte Waren im Wert von 15 Milliarden Dollar, ein Fünftel des chinesischen Gesamtexportvolumens. Die Entwicklung der Informationstechnologie bietet Staaten wie Indien neue Perspektiven. Damit verlieren die ärmsten Länder der Erde noch mehr den Anschluss.

Hauptträger der Entwicklung sind die multinationalen Konzerne. Durch Outsourcing wollen sie ihre Rentabilität steigern. Sie setzen ihre Produktionssysteme dem internationalen Wettbewerb aus, um von den Unterschieden bei Produktivität, Löhnen und Arbeitsbedingungen, Umweltnormen und Steuervorteilen zu profitieren. Die Zielländer wiederum begeben sich so in einen erbitterten Kon-

► Lohnvorteile in Südasiens



Finanzparadiese für Reiche und Terroristen

Die Anschläge vom 11. September 2001 haben den Kampf gegen internationale Geldwäsche und Steuerhinterziehung verändert. Mit schärferen Kontrollen der Offshore-Zentren will Washington künftig die Finanzierung des Terrorismus verhindern. Aber die USA gehen einseitig und eigennützig vor, denn sie wollen weiter von den Grauzonen und Schlupflöchern profitieren.

Im Jahr 2000 erreichte die internationale Mobilisierung gegen Offshore-Bankplätze ihren Höhepunkt. Das von der G7 geschaffene Financial Stability Forum, die Industrieländer-Organisation OECD und die ebenfalls in Paris angesiedelte Financial Action Task Force (FATF) veröffentlichten fast zeitgleich Listen mit Ländern und Regionen, die fragwürdige Finanzpraktiken erlaubten oder Steuerbetrug und Geldwäsche förderten.

Recht bald zeigte sich jedoch, dass diese zeitliche Parallelität eher Zögerlichkeit bedeutete als den Willen unterstrich, den kritisierten legalen Möglichkeiten ein Ende zu machen. Nur die FATF führte ihre schwarze Liste mit zunächst fünfzehn »nicht kooperierenden« Ländern und Regionen im Kampf gegen die Geldwäsche fort, baute sie dann jedoch sukzessive ab. Heute sind nur noch zwei Länder aufgeführt, Nigeria und Birma. War der Kampf gegen die Geldwäsche so erfolgreich, dass dieses Ergebnis gerechtfertigt ist?

WWW

NGOs/Einführungen

- www.blue-21.de/Themen/Finanzmaerkte/steueroasen.php
 - www.attac.de/steuerflucht/material/ag/attac-stopsteuerflucht.pdf
 - www.transparency.org
 - www.taxjustice.net
 - www.moneylaundering.com
 - www.incorporateoffshore.net (Blog)
- offiziell**
- www.fatf-gafi.org

Tatsächlich sind die unter der Schirmherrschaft der FATF eingeführten Maßnahmen nie auf ihre Effizienz überprüft worden.

Die Attentate vom 11. September 2001 haben den Kampf um die Sanierung des Finanzsystems verändert. Logisch wäre es gewesen, wenn sich die Regierungen ernsthaft mit den Schwächen des westlichen Bankwesens und der internationalen Kapitalmärkte befasst hätten, durch die die Terroristen ihre Anschläge finanzieren konnten. Dies gilt insbesondere für die Steuerparadiese, von denen al-Qaida ebenso profitierte wie das organisierte Verbrechen. Gemeinsam hätte man internationale Regeln aufstellen können, um den immer wieder kritisierten Offshore-Praktiken ein Ende zu bereiten. Doch quasi im Alleingang bemächtigten sich die USA durch die Verabschiedung des Patriot Act im Oktober 2001 der internationalen Banken- und Finanzaufsicht und zwangen die Branche weltweit zur Transparenz ihrer Strukturen und Finanzoperationen.

Obwohl sie die Probleme des Finanzsystems richtig erkennt, weist diese Politik zwei Schwächen auf. Zum einen konzentriert sie sich auf den Antiterrorkampf. Die Sanierung des Systems bleibt außen vor; auch der Kampf gegen die Mafia und andere Formen des organisierten Verbrechens sind aus dem Blickfeld geraten. Zum anderen behalten die USA die Informationen aus dem Überwachungssystem für sich. Die der Welt aufgezwungenen Maßnahmen sind daher nicht nur zu kritisieren, weil die Gemeinsamkeit bei der Bekämpfung des Terrorismus fehlt, sondern auch, weil zu befürchten ist, dass sie nur begrenzte ökonomische Wirkung entfalten.

Denn die USA wollen keineswegs mehr Transparenz im Finanzsektor. Die Steuerparadiese bestehen weitgehend unangestastet weiter. Vielleicht kommt es hier und da bei manchen Exzessen zu kleineren Interventionen, doch die Offshore-Zentren haben sich genaueren Kontrollen entzogen und verstehen es nach wie vor, ihre ökonomischen Spielräume gut zu verbergen. Der Kampf gegen die Geld-

wäsche hat für die USA nur im Zusammenhang mit der Terrorbekämpfung Priorität. Im Übrigen nutzen insbesondere Großbritannien und in erster Linie die USA selbst solche Zonen.

Allerdings üben die USA im Namen des Kampfes gegen die Finanzierung des Terrorismus beträchtlichen Druck auf Finanzsysteme aus, die sich ihrer Macht mehr oder weniger entziehen. Das betrifft geheime Überweisungssysteme vom Typ Hawala, die überall in der Dritten Welt und der muslimischen Diaspora zu finden sind, und ebenso die islamischen Banken, die hermetisch abgeschottet ihre Geschäfte betreiben. Diese Finanzkreise, in denen beträchtliche Summen bewegt werden, sind ähnlich undurchdringlich wie das westliche System. Doch werden sie seit September 2001 wesentlich stärker stigmatisiert. Der derart auf die Finanzquellen des Terrorismus fixierte Kampf gegen die Geldwäsche erscheint so als ein Mittel, um die nur den reichen Ländern nützenden Grauzonen zu erhalten. Und den Ländern der Dritten Welt bleibt keine andere Wahl, als sich diesem System unterzuordnen.

transnationale kriminelle Vereinigungen

USA

Cosa Nostra (40.000 Mitglieder, 25 Familien)

Kolumbien

Drogenmafia (25.000 Personen, 2.500 Gruppen)

Italien

Mafia (Sizilien, 50.000 Mitglieder, 150 Familien),
Camorra (Kampanien, 7.000 Mitglieder, 130 Familien),
N'Drangheta (Kalabrien, 5.000 Mitglieder, 150 Familien),
Nuova Sacra Corona Unita
(Apulien, 2.000 Mitglieder, 50 Familien)

Russland

160.000 Mitglieder, 12.000 Gruppen

Japan

Yakusas:

Yamaguchi Gumi (23.000 Mitglieder, 750 Klans),
Sumiyoshi Rengo (7.000 Mitglieder, 170 Klans),
Inagawa Kai (7.000 Mitglieder, 300 Klans)

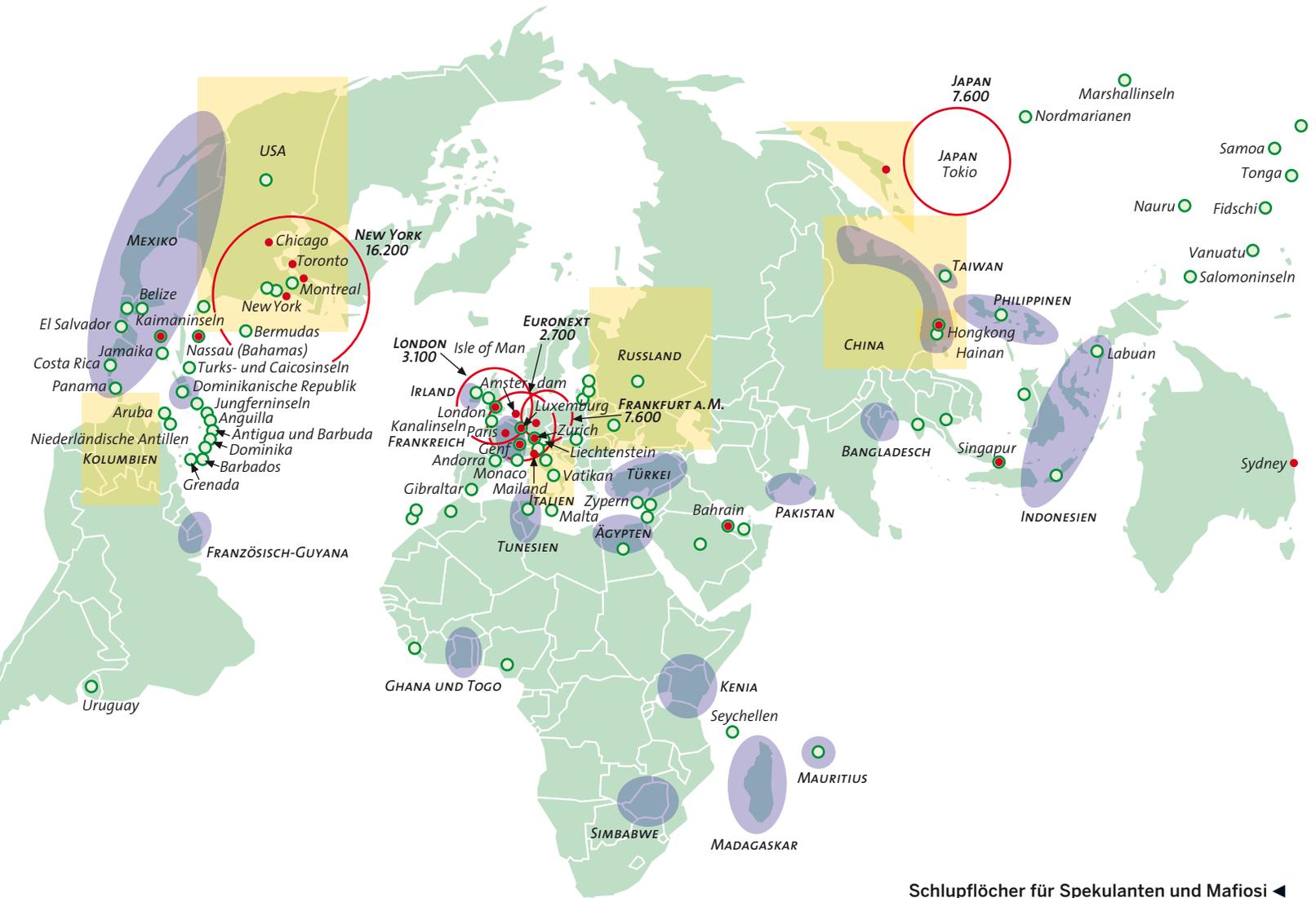
Hongkong

Triaden:

Vereinigte Wo (40.000 Mitglieder, 10 Klans),
14 K (25.000 Mitglieder, 30 Klans),
Sun Yee On (50.000 Mitglieder,)

Andere betroffene Staaten

Kanada, Mexiko, Jamaika, Türkei, Albanien,
Kosovo, Tschetschenien, China, Taiwan, Nigeria, Israel,
Staaten im Kaukasus und Zentralasien (Ferganatal)



Schlupflöcher für Spekulanten und Mafiosi ◀

Sonderwirtschaftszonen

Weltweit gibt es 250 Sonderwirtschaftszonen in 70 Ländern, Zonen mit teilweiser oder zeitlich beschränkter Steuerbefreiung nicht mitgezählt.

- **Lateinamerika**
Mexiko, Guatemala, Honduras, Panama, Nicaragua, Costa Rica, Dominikanische Republik, Französisch-Guyana
- **Afrika**
Tunesien, Mauritius, Togo, Ägypten, Ghana, Kenia, Simbabwe, Madagaskar
- **Asien**
China, Indonesien, Philippinen, Taiwan, Sri Lanka, Bangladesch, Pakistan, Türkei
- **Europa**
Irland, Frankreich (insgesamt etwa 40)

Hauptfinanzplätze

- | | | |
|-----------------|----------|--|
| Amsterdam | Nassau | <ul style="list-style-type: none"> • New York: New York Stock Exchange (NYSE) und Nasdaq • Euronext: Paris, Amsterdam, Brüssel und Lissabon • Japan: Tokio und Osaka |
| Bahrain | New York | |
| Kaimaninseln | Paris | |
| Chicago | Singapur | |
| Frankfurt a. M. | Sydney | |
| Genf | Tokio | |
| Hongkong | Toronto | |
| London | Zürich | |
| Luxemburg | | |
| Mailand | | |
| Montreal | | |
| | | |
| | | |

Kapitalisierung der weltgrößten Börsenplätze (Stand: Ende 2005)

Steueroasen und Geldwäscheparadiese

- | | | | | | |
|--|--|--|--|---|--|
| <ul style="list-style-type: none"> • Nordamerika Bahamas Bermudainseln USA (Colorado, Delaware, Miami, New Jersey, New York) • Zentralamerika Belize Costa Rica Guatemala Panama Karibik Anguilla Antigua und Barbuda Niederländische Antillen (Curaçao) Aruba | <ul style="list-style-type: none"> Bahamas Barbados Kaimaninseln Dominika Grenada Saint Kitts und Nevis Sainte-Lucie Saint-Martin Saint Vincent and the Grenadines Turks- und Caicosinseln Jungferninseln • Südamerika Uruguay • Europa Andorra | <ul style="list-style-type: none"> Kanalinseln (Jersey, Guernsey) Campione (Italien) Kanarische Inseln City of London Zypern Estland Gibraltar Ungarn Irland Lettland Liechtenstein Litauen Luxemburg Madeira Isle of Man | <ul style="list-style-type: none"> Monaco Malta Russland San Marino Schweiz Ukraine Vatikan • Asien • Ozeanien Birma Brunei Cookinseln Fidschiinseln Hongkong Indonesien Labuan Macao | <ul style="list-style-type: none"> Nordmarianen Marshallinseln Mauritius Nauru Niue Philippinen Samoa Singapur Vanuatu Salomoninseln Seychellen Taiwan Thailand Tonga Tuvalu | <ul style="list-style-type: none"> • Naher Osten • Golfstaaten • Saudi-Arabien Bahrain Dubai Ver. Arabische Emirate Israel Libanon • Afrika Ägypten Liberia Marokko Nigeria Tunesien |
|--|--|--|--|---|--|

Agrarsubventionen, die den Hunger mehrten

Mehr als die Hälfte der Menschen in den Entwicklungsländern leben von der Landwirtschaft – in den Industrieländern sind es nur einige wenige Prozent. Doch Freihandelsgespräche bedeuten für die reichen Länder, sich für ihre überschüssigen Agrarprodukte den Weg in den Süden freizukaufen. Damit schädigen sie die Kleinproduzenten in Nord und Süd.

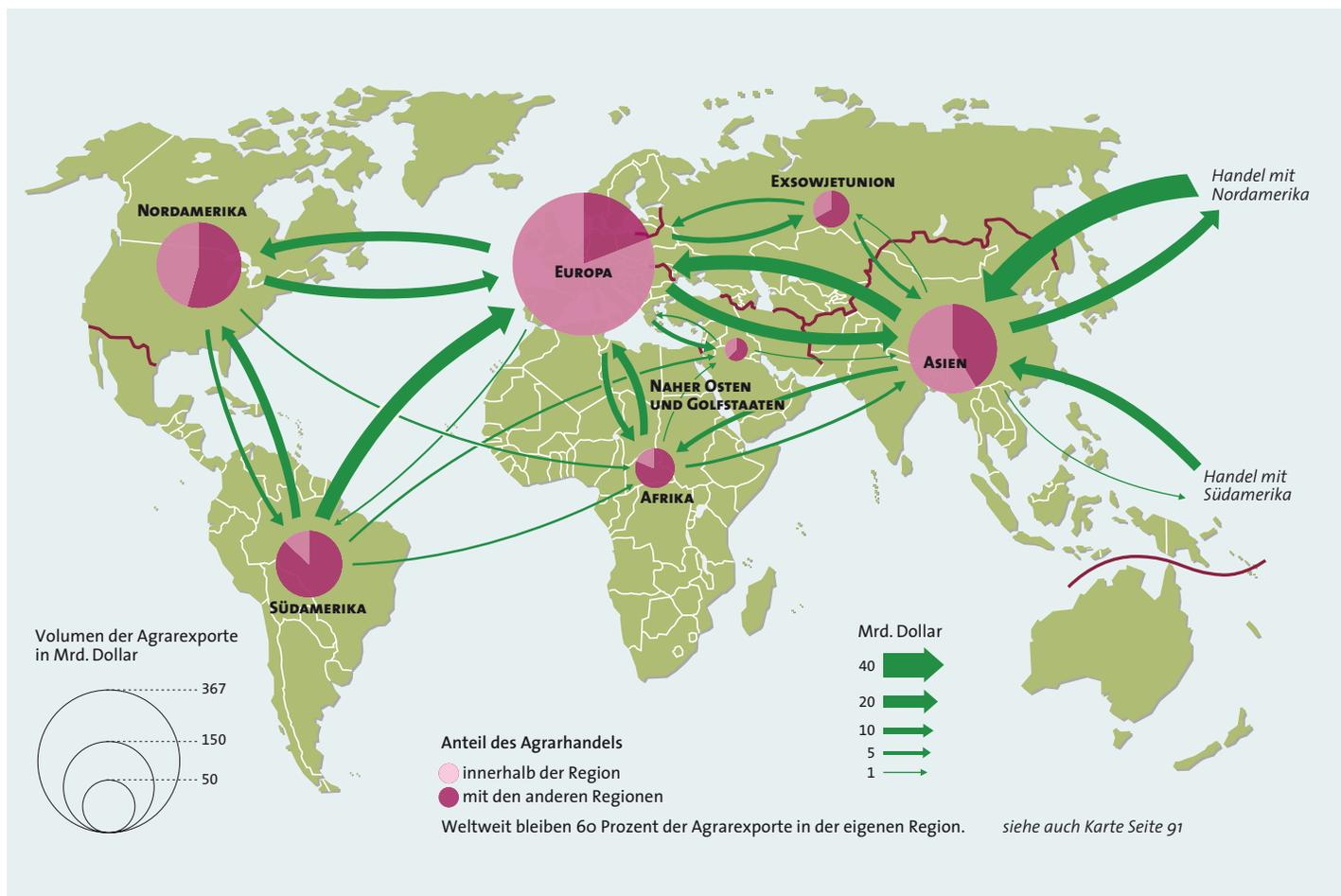
Bei der Freihandelsrunde von Doha geht es um die Zukunft der Landwirtschaft. Die Verhandlungen 2006 drohen zu scheitern, nachdem schon die Tagung des Jahres 2005 in Hongkong keine Einigung brachte. Das Thema ist von enormer Bedeutung: Weltweit sind 44 Prozent aller Beschäftigten im Agrarsektor tätig, in Entwicklungsländern 55 Prozent, in der EU nur 4,5 und in den USA sogar nur 2 Prozent.

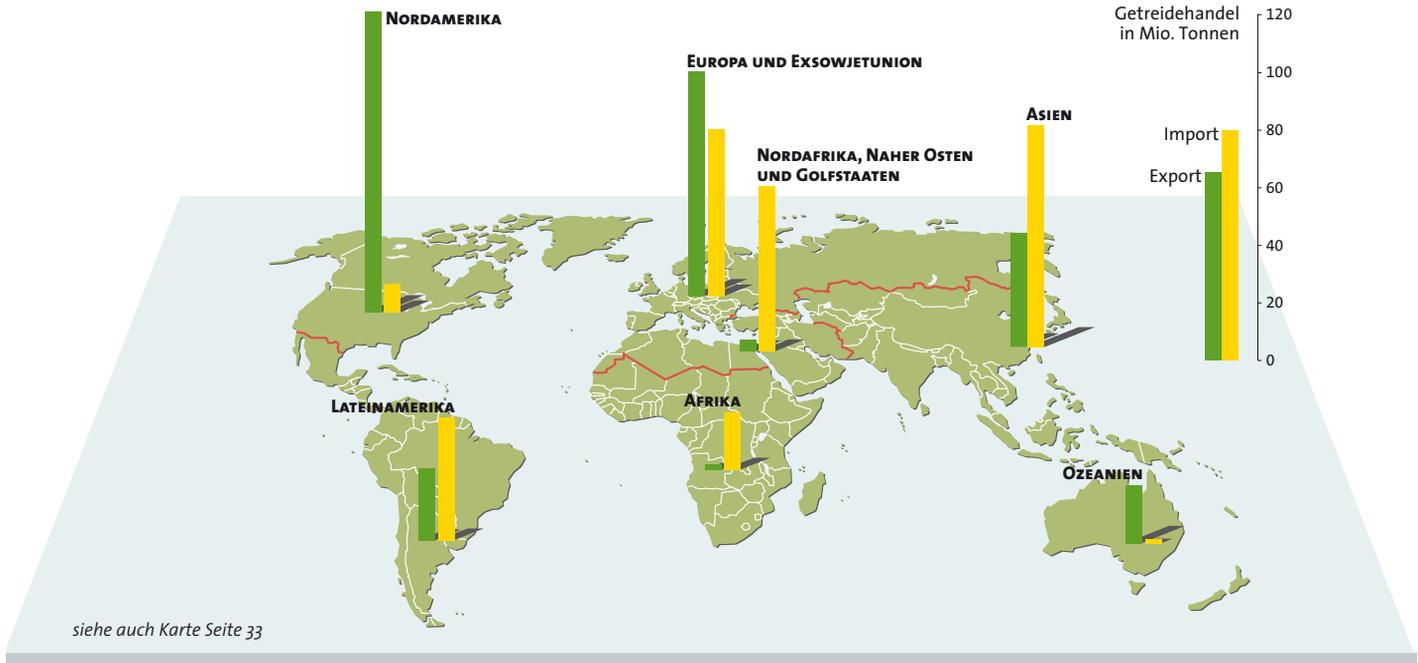
Dennoch wurde zwischen 2000 und 2003 nur mit einem geringen Teil der globalen landwirtschaftlich produzierten Nahrungsmittel Handel betrieben: mit 12,5 Prozent des Getreides, 7,4 Prozent des Fleisches und 7,1 Prozent der Milchprodukte. Agrarische Güter machten nur 6,1

Prozent der EU-Exporte aus, in den Vereinigten Staaten lag ihr Anteil bei 8 Prozent. In zahlreichen Entwicklungsländern sind sie jedoch die wichtigsten Handelsprodukte.

Das Millenniumsziel, die Zahl der Hungernden in der Welt bis zum Jahr 2015 zu halbieren, ist durch eine Liberalisierung des Handels mit Agrargütern nicht zu erreichen. Prozentual zur Weltbevölkerung ist der Anteil der in Armut lebenden Menschen seit 1996 gesunken. Aber absolut stieg ihre Anzahl zwischen 1995 und 2002 von 834 auf 852 Millionen an, davon 815 Millionen in den Entwicklungsländern, in denen drei Viertel der Bevölkerung in ländlichen Gebieten leben. Trotz einer Steigerung beim Export von Südfrüchten

► Je geringer der Handel mit landwirtschaftlichen Gütern, desto mehr geht in die Ferne





► Dollars wachsen auch an Halmen: Exportweltmeister USA

nimmt das Nahrungsmitteldefizit in Subsahara-Afrika zu. Seit 1996 fordert Via Campesina, ein Dachverband von Kleinbauern in Nord und Süd, jegliche Form von Dumping zu verbieten und das Recht jedes Staates anzuerkennen, über seine Agrarpolitik selbst zu bestimmen. Er soll auch einen wirksamen Schutz gegen verbilligte Agrarimporte aus den reichen Ländern verhängen, inländische Subventionierungen zulassen und die Herstellung bestimmter Güter für den Weltmarkt beschränken dürfen.

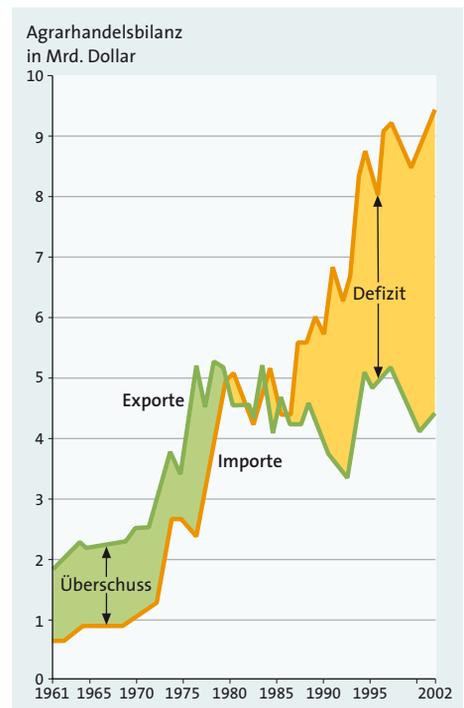
Denn die Liberalisierung des Handels marginalisiert die bäuerliche Landwirtschaft sowohl im Süden als auch im Norden der Welt. Gegen ein sozial und ökologisch nachhaltiges Modell der Landwirtschaft, das sich auf Kleinbetriebe und Familienunternehmen stützt und für den Binnenmarkt produziert, steht die industrielle Agrarproduktion, die gemeinsam mit der Nahrungsmittelindustrie neue Märkte für Produktion und Absatz erobern will.

Daher die Sackgasse in den Verhandlungen und das vorhersehbare Scheitern der Doha-Runde 2006. Die EU und die USA sind zwar bereit, ihre Landwirtschaft zu opfern, die weniger als 2 Prozent ihrer Wirtschaftsleistung darstellt – wenn sich dafür der Süden für ihre Dienstleistungen und Industrieprodukte öffnet. Die EU akzeptierte im WTO-Rahmenabkommen vom 1. August 2004 die Streichung ihrer Exportsubventionen, weigert sich aber

anzuerkennen, dass auch die direkten Produktionsbeihilfen darunter fallen.

Neben dem Handel mit Nahrungsmitteln wie etwa Getreide (siehe Grafik oben) geht es auch um Futtermittel und Industrierohstoffe wie etwa Baumwolle. Weder die Entwicklungs- noch die Industrieländer treten geschlossen auf. Während die ärmeren Länder sich im Wesentlichen in Exporteure und Importeure aufteilen lassen, überziehen sich die reichen Länder zu Recht auch gegenseitig mit Subventionsvorwürfen. Vielleicht platzt die Doha-Runde und wird ein Opfer der widersprüchlichen Interessen (siehe Seite 100). Dann beginnt die nächste Phase der bilateralen Verträge mit ihrer Unübersichtlichkeit, der Vorzugsbehandlung für willfährige Entwicklungsländer und der Bestrafung unerwünschten Verhaltens.

Die negativsten Folgen aber entstehen möglicherweise gar nicht durch die Doha-Runde, sondern durch die »Partnerschaftsabkommen« der EU. Betroffen sind Bauern in den 79 AKP-Staaten in Afrika, der Karibik und der Pazifikregion, denen die EU ab 2008 neue Abkommen mit wechselseitiger Grenzöffnung aufzwingen will. Ihre Folge ist beispielsweise der Wettbewerb zwischen einem französischen Getreideproduzenten mit 1.000 Tonnen Weizen pro Beschäftigten und seinem Kollegen aus der Sahelzone, der nur eine Tonne Hirse produziert. Wobei Ersterer etwa 56.000 Euro direkte Hilfe bekommt – und Letzterer nichts.



Die Bilanz der ärmsten Länder ◀

WWW

NGOs/Einführend

- www.wto-runde.de/themen/agrar/index.html
- www.attac.de/agrarnetz/

Gentechnik/Biovielfalt

- seeds.org/de/frame.php?page=news
- www.bukoagrar.de/6.0.html

Links

- www.wto-runde.de/links/O2_agrarlinks/

Freihandel in der Krise

Bei der WTO-Tagung in Cancún 2003 durchkreuzten die Entwicklungsländer gemeinsam die Pläne von USA und EU, den Agrarhandel nach deren Vorstellungen zu liberalisieren. 2004 geriet die Koalition gegen die Reichen wieder in die Defensive. Die WTO-Konferenz in Hongkong ging 2005 mit einem Unentschieden zu Ende. Und 2006 soll das neue Handelsabkommen vereinbart werden – oder eben nicht.

Bei der WTO-Ministertagung in der mexikanischen Küstenstadt Cancún im September 2003, die die Liberalisierung des Agrarhandels vorantreiben sollte, bildeten die Entwicklungsländer drei Gruppen. Zusammen waren sie stark ge-

nug, um zu verhindern, dass ein gemeinsamer Entwurf von USA und EU als offizielle Erklärung dieser Konferenz verabschiedet wurde – ein enormer Erfolg. Diese drei Gruppen überschneiden sich teilweise (siehe Glossar und Karte).

In der G 20 haben sich vor allem die Nettoexporteure von Nahrungsmitteln zusammengeschlossen. Ein Teil von ihnen ist zu Konzessionen gegenüber Importen aus den Industrieländern bereit, aber zehn ihrer Mitgliedstaaten gehören außerdem der G 33 an, die für intensiven Schutz ihrer Binnenmärkte eintritt. Die in der G 90 organisierten ärmsten Entwicklungsländer teilen dieses Interesse.

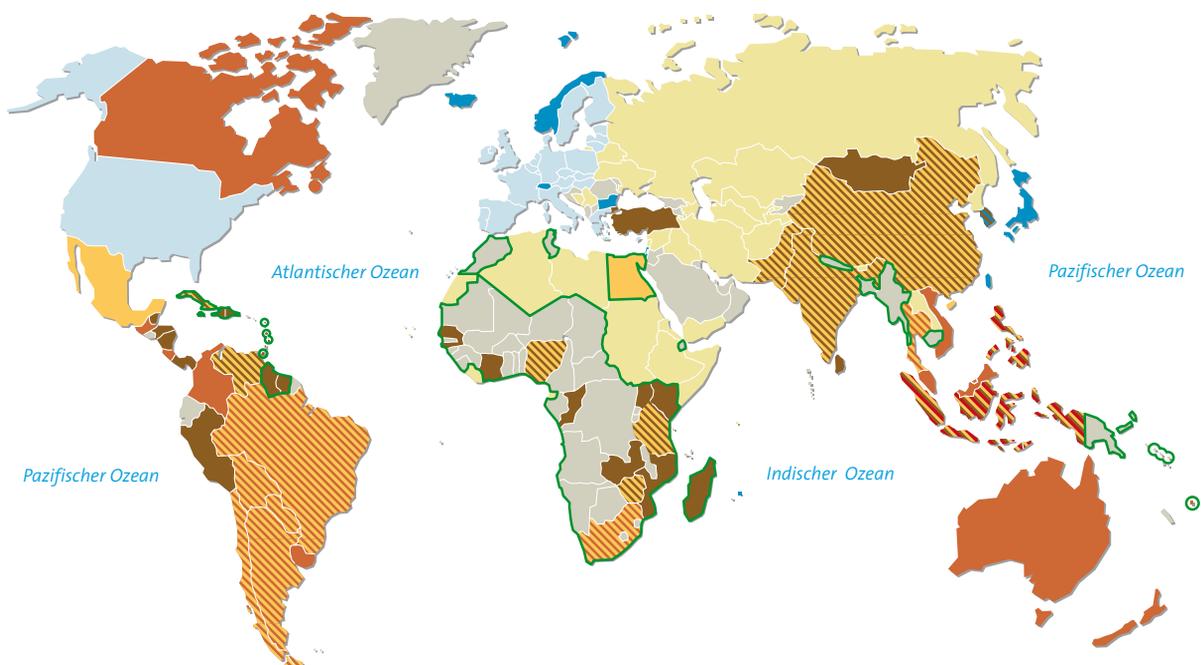
Gemeinsam gelang es den drei »Gs« in der WTO, die Macht des Quartetts – außer den USA und der EU noch Japan und Kanada – zu brechen und die Konferenz von Cancún zum Scheitern zu bringen. Gscheitert ist dank ihrer Initiative letztlich auch die Ministerkonferenz von Hong-

kong im Dezember 2005. Gleiches ist zum Abschluss der Doha-Runde Ende 2006 zu erwarten.

Vertreten wird die G 20 durch Brasilien, unterstützt unter anderem von China, Indien, Pakistan, Nigeria und Südafrika. 60 Prozent der Weltbevölkerung, 70 Prozent aller Bauern und 26 Prozent des Handels mit Agrarprodukten entfallen auf diese Gruppe. Sie ist hin- und hergerissen zwischen dem Wunsch nach einer weitergehenden Liberalisierung der Landwirtschaft – auch in den übrigen Entwicklungsländern – und dem Interesse ihrer Mitglieder in der G 33, die Arbeitsplätze im Agrarsektor nicht zu gefährden.

Gemeinsam fordern die drei »Gs« die maximale Liberalisierung des Handelsregimes der Industrieländer: die Abschaffung der Exportsubventionen, den drastischen Abbau der Zölle und direkter sowie verschleierter staatlicher Beihilfen. Die Entwicklungsländer wollen sich nicht

► Eine Welt der Interessengegensätze



Interessengruppen bei den WTO-Agrarverhandlungen

Protektionisten

- USA und EU: »traditionelle« Protektionisten und Großexporteure
- G10: Ultraprotektionisten »aus Notwendigkeit«, Großexporteure und besonders sensible Agrarsektoren

Entwicklungsländer und ihre Strategien

- G20: Schwellenländer, die bei Marktöffnung im Norden auf ihre Wettbewerbsfähigkeit setzen
- G33: Länder, die sich mit Einfuhrbeschränkungen gegen hoch subventionierte Agrarprodukte wehren
- G90: Größte Gruppe, Länder mit Problemen im Agrarbereich und unterschiedlichen Strategien

Anhänger einer völligen Streichung von Subventionen

- Cairns-Gruppe: Großexporteure mit wenigen, sehr konkurrenzfähigen Produkten
- kein WTO-Mitglied

siehe auch Karten und Tabelle auf Seite 98/99

länger über den Tisch ziehen lassen, insbesondere nicht durch Versuche, unerlaubte in erlaubte Beihilfen zu verwandeln, im Konferenzjargon: Beihilfen von der »orange Box« in die »grüne Box« zu verschieben.

In die orange Box kommen Subventionen, die vermieden und abgebaut werden sollen. Dazu gehören die an Erzeugermengen und -preise des laufenden Jahre »gekoppelten« Beihilfen, die laut WTO-Agrarabkommen Handelsverzerrungen hervorrufen. Dabei handelt es sich sowohl um die »Stützung von Marktpreisen« als auch um mengen- und preisabhängige Beihilfen. Beispiele sind staatliche Aufkäufe von Getreide und Milcherzeugnissen zu Garantiepreisen oder staatlich subventionierte Agrarkredite.

Die grüne Box nimmt die erlaubten Hilfen auf, für die keine Obergrenze festgelegt ist. Dazu gehören Subventionen, die sich auf das Preis- und Mengenniveau im laufenden Jahr nicht oder nur geringfügig auswirken. Hierunter fallen staatliche Forschungs- und Fortbildungsprogramme ebenso wie Förderungen für den Umweltschutz und Zuschüsse im Fall von Naturkatastrophen – viel Spielraum für abwandelbare Bezeichnungen und Definitionen.

Das Scheitern von Cancún und Hongkong lässt sich durch das Prinzip des »globalen Pakets« der WTO-Runden erklären – Kompromisse können auch themenübergreifend verabredet werden. Angesichts des Anspruchs, den die Entwicklungsländer auf ihre einzige Handelswährung – die Landwirtschaft – erhoben, wollten die EU und die USA sichergehen, dass sich die Agrarländer im Gegenzug den industriellen Produkten und Dienstleistungen der reichen Länder öffnen. Doch die geforderten verbindlichen Zusagen blieben aus, die drei »Gs« bewiesen Verhandlungsstärke – wenigstens in der Ablehnung.

Der Erfolg der Entwicklungsländer in Cancún war jedoch nicht von Dauer. Schon 2004 standen sie mit dem vom WTO-Rat verabschiedeten Rahmenabkommen wieder auf der Verliererseite. Zwar feierten die Medien das Abkommen als ausgewogene Regelung, faktisch billigt das Abkommen jedoch den Ausbau »gekoppelter« Beihilfen in der »orange Box«. So boten EU und USA im Oktober 2005 eine Reduzierung der Subventionen um 70 bzw. 60 Prozent an, ohne dass damit ihre Beihilfen von 2008 bis 2013 sinken würden. Zudem konnten durch die

G20, G33, G90: Wer ist wer in der Doha-Runde?

Nach dem offiziellen Fahrplan der Welthandelsorganisation WTO mit ihren 49 Mitgliedern soll die Welthandelsrunde, die 2001 im katarischen Doha begonnen hat, bis Ende 2006 abgeschlossen sein. Das Thema Landwirtschaft besitzt darin eine Schlüsselfunktion. Drei Gruppen haben sich gebildet:

G20. Die Gruppe der 20 besteht aus 19 Entwicklungsländern, davon 9 Nettoexporteuren von landwirtschaftlich erzeugten Lebensmitteln. 10 von ihnen sind zugleich Mitglied in der G33. Geleitet von Brasilien, unterstützt von China, Indien und Süd-afrika, hat sich die G20 an die Spitze der Entwicklungsländer gestellt. Die G33 und die G90 machen ihr die Führungsrolle jedoch streitig. Diese G20 sollte nicht mit gleichnamigen Gruppe verwechselt werden, zu der sich 1999 die Industrienationen der G7 mit einigen weiteren Ländern und internationalen Finanzinstitutionen zusammengeschlossen haben.

G33. Die G33 besteht aus 42 Entwicklungsländern, von denen 10 auch Mitglieder der G20 und 28 der G90 sind. Die G33 setzt sich für das Recht der Entwicklungsländer ein, einige Formen von Protektion bei Importen anzuwenden.

G90. Der G90 gehören die 79 AKP-Staaten aus Afrika, der Karibik und dem Pazifik an, die einen Assoziierungsvertrag mit der EU geschlossen haben. Weitere G90-Mitglieder sind die 49 LLDCs (Least Developed Countries, die am wenigsten entwickelten Länder) und die Mitgliedsländer der Afrikanischen Union; die drei Gruppen überschneiden sich. Die G90 teilt die Ziele der G33 nach Beibehaltung von Schutzzöllen. Sie befürchtet aber, dass die drastische Senkung der Zölle, die die G20 den Industriestaaten auferlegen möchte, die Importvorteile mindert, die die G-90-Staaten derzeit genießen.

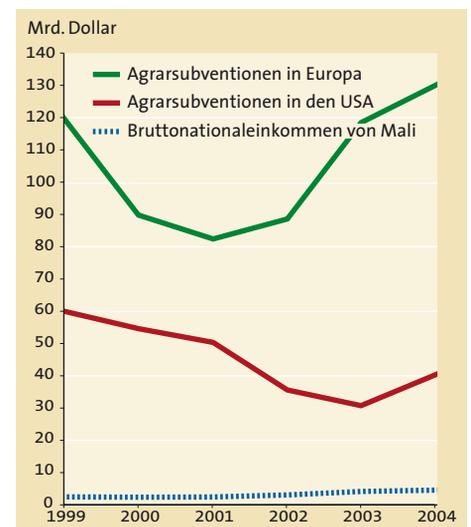
gleichzeitigen Reformen der EU-Agrarpolitik 2003/2004 die meisten verbotenen Subventionen der »orange Box« in die »grüne Box« der zulässigen Beihilfen übertragen werden. Gleiches geschah in den USA mit der Reform der Farm Bill schon im Jahr 2002.

Anders als viele Nichtregierungsorganisationen bestreiten weder die G20 noch die G33 oder die G90 die grundsätzliche Legitimität der WTO. Die Risiken wären bei bilateralen Verträgen, die in überwältigendem Maß von den Industriestaaten bestimmt würden, viel größer. Doch sie glauben fälschlicherweise, dass die Abschaffung der Subventionen des Nordens und eine weitgehende Öffnung seiner Märkte ein Gleichgewicht herstellen können. Diese Maßnahmen bedeuten aber keineswegs das Ende der Dumpingpolitik des Nordens, jedenfalls nicht der USA. Wenn die meisten Familienbetriebe untergehen, entstehen einflussreiche Megaunternehmen wie in Brasilien und Argentinien, die zu extrem niedrigen Preisen produzieren und exportieren.

Die G20 – allen voran Brasilien – nimmt die Erosion der Weltmarktpreise in Kauf. Dagegen haben die Länder der G90 und der G33 keine Chance, von einer stärkeren Öffnung der Märkte des Nordens zu profitieren. Die G20 will auch die Möglichkeiten der Entwicklungsländer, sich

durch Ausnahmeregelungen für »besondere Produkte« und durch einen »besonderen Rettungsmechanismus« besser zu schützen, einschränken. Kein Wunder: 51 Prozent der Nahrungsmittelexporte Brasiliens gingen 2004 in andere Entwicklungsländer, und dieser Prozentsatz wird weiter steigen. Die G20 könnte allerdings die Ausnahmeregelungen akzeptieren, wenn der Westen auf sein Dumping bei den Exporten verzichten würde – weil er dann große Marktanteile freigäbe.

Die Subventionen nehmen wieder zu ◀



Milliardäre aller Länder, vereinigt euch!

Der Reichtum der Reichen und Superreichen wächst unaufhörlich – die Gewinner der Globalisierung bekommen ein Gesicht. Und sie haben selbst wiederum einen Weltmarkt hervorgebracht: den für Luxusgüter. Hier werden mehrere hundert Milliarden Dollar pro Jahr umgesetzt.

Laut der Zeitschrift *Forbes* häuften die weltweit 691 Dollarmilliardäre 2005 ein Vermögen von 2,2 Billionen US-Dollar an. Davon gehörte mehr als die Hälfte, 1,3 Billionen, den 50 Allerreichsten. Doch die Milliardäre, über die die Wirtschafts- und Illustrierten berichten, sind nur die Spitze des Eisbergs. Seit zwanzig Jahren steigt der Wert des Besitzes der Oberschicht – Immobilien, Wertpapiere und andere Investitionen, insbesondere solche in Kunstwerke – im Tempo der Globalisierung des Kapitals, im Tempo der durch die Globalisierung der Finanzmärkte erzielten Profite.

Der Reichtum dieser Klasse von Rentiers steigt in einem Maße, das weit über das Wirtschaftswachstum hinausgeht. Etwa 30 Millionen Haushalte vertrauen mehr als eine Million Dollar privaten Vermögensverwaltungsgesellschaften an.

Die meisten befinden sich in den drei großen Regionen der »Triade«, in Nordamerika, der Europäischen Union und Japan. Die Offshore-Finanzzentren und Vermögensverwalter arbeiten aber auch für die Eliten des Südens, etwa aus Lateinamerika, dem Nahen Osten oder Afrika.

Was als Luxuskonsum gilt, ist relativ. Experten betonen Kriterien wie die Exklusivität – ob echt oder künstlich geschaffen, sei dahingestellt – und das Image eines Produkts oder einer Marke. Daher lässt sich der Weltmarkt für Luxusgüter kaum abgrenzen und sein Wert kaum schätzen. Für 2003 reichen die Zahlen der Marktforscher von 120 bis 760 Milliarden Euro (Eurostat bzw. Boston Consulting). Zu diesem Segment gehören Luxustourismus und -hotellerie, hochpreisige Autos, Haute Couture, Schmuck, Parfüm und Kosmetika, Weine und Spirituosen sowie

► Wo die Superreichen zu Hause sind



Tischkultur – allein der Umsatz mit Glaskristallwaren, Goldschmiedekunst, Porzellan und Fayencen lag 2001 bei 8 Milliarden Dollar, die Schweiz setzt allein mit Luxusuhren 3 Milliarden Dollar jährlich um. Luxusgeschenke für das Haustier gelten als besonders schick, etwa Polo-leibchen mit Logo von Ralph Lauren sowie Hundeleinen und Hundehalsbänder von Louis Vuitton, Prada, Chanel und Burberry.

Die Vereinigten Staaten und die Europäische Union hielten 2003 zusammen einen Anteil von 71 Prozent am globalen Luxusmarkt. Hier und in Japan, wo 70 Prozent der wohlhabenden asiatischen Klientel leben, operieren die Konzerne, die diesen Markt bestimmen. Aber die aufstrebenden Märkte Asiens, in erster Linie China, stellen ein neues Eldorado dar. Hier treten die neuen Reichen mit ihrem Konsumverhalten in die Fußstapfen der Erdölmonarchen. Auf der einen Seite stehen Millionen Bauern, die beim rasanten chinesischen Marsch in den Kapitalismus zurückgelassen wurden, auf der anderen Seite lebt nun eine Klasse von Vermögenden, die das politische und wirtschaftliche Leben im Land bestimmt.

Luxusprodukte finden in China und Hongkong bereits 10 bis 13 Millionen Kunden. Hier finden sich bereits 8 bis 12 Prozent des globalen Luxusmarkts, mit einer jährlichen Wachstumsrate von etwa 20 Prozent, und das Zurschaustellen von Reichtum und Protzerei sind längst keine Ausnahme mehr. Die verbreitete Devise der Wohlhabenden lautet, so ein Manager von Louis Vuitton gegenüber dem *Economist* (17. Juni 2004): »Seht her, ich bin reich!«

WWW

- Forbes-Liste
- www.forbes.com/2005/03/09/bill05land.html
- Buffett spendet via Gates
- www.spiegel.de/wirtschaft/0,1518,423698,00.html
- Deutschlands reichste Erben
- www.aol.de/index.jsp?cid=648600&sg=Finanzen
- Luxuswirtschaft
- www.nomada.fr/internationalheraldtribune/page3/files/Michael_Zaoui_06-12-05.pdf
- www.manager-magazin.de/life/genuss/0,2828,401289,00.html
- www.industrie.gouv.fr/biblioth/docu/dossiers/sect/pdf/mode2005.pdf
- luxe.eurostaf.fr

Der Club und seine Luxusmarken

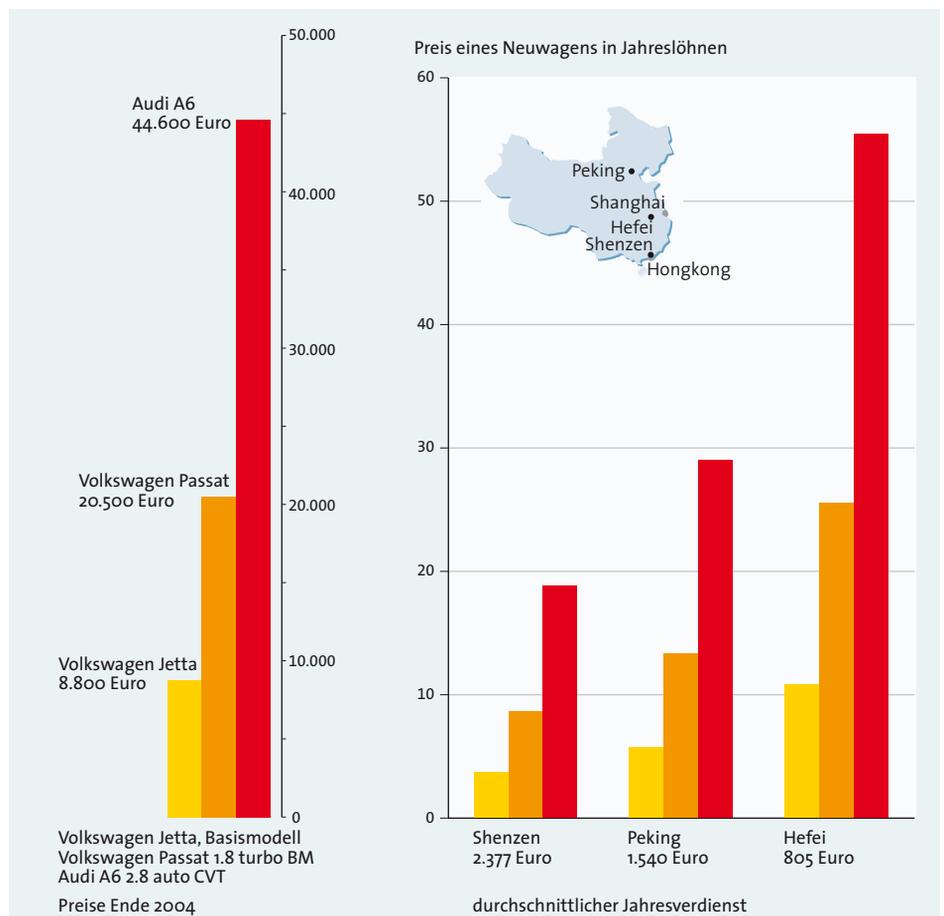
Die Zahl der Dollarmilliardäre in der Welt stieg nach Angaben des Wirtschaftsmagazins »Forbes« von 476 im Jahr 2003 über 582 im Jahr 2004 auf 691 im Jahr 2005. Ihr Nettovermögen nahm binnen zwei Jahren von 1,4 auf 2,2 Billionen US-Dollar zu. 2005 befanden sich unter den neuen Mitgliedern des Clubs 69 Amerikaner und 38 Europäer; auch Island, Kasachstan, die Ukraine und Polen gehören jetzt zu ihren Heimatländern. Neu aufgenommen wurde außerdem ein 35-jähriger Chinese.

Bill Gates ist mit jetzt 46,5 Milliarden Dollar seit elf Jahren der reichste Mann der Welt, knapp gefolgt von einem weiteren Amerikaner, Warren Buffet (44 Milliarden). Auf Platz drei steht der indische Stahlbaron Lakshmi Mittal, 25 Milliarden schwer. Darauf folgen der Mexikaner Carlos Slim Helu (23,8) und der Saudi Alwaleed Bin Talal Al-Saoud (23,7) sowie der Ikea-Chef Ingvar Kamprad (23,3).

Der erste Deutsche ist auf Platz 8 Karl Albrecht (»Aldi«) mit 18,5 Milliarden Dollar, während sein Bruder Theo es mit 15,5 Milliarden nur auf Platz 20 geschafft hat. Dritter ist der Versandunternehmer Michael Otto mit 8,3 Milliarden Dollar auf Platz 45. Nicht mehr im Club sind der russische Oligarch Michael Chodorkowsky, mittlerweile im Gefängnis und 12,8 Milliarden Dollar ärmer, der verstorbene kanadische Frittenkönig Harrison McCain und der Mitte Februar 2005 ermordete ehemalige libanesische Premierminister Rafik Hariri.

Für Michael Zaoui, Topmanager der Investmentbank Morgan Stanley, bilden 17 Luxusgüterkonzerne eine Branche, deren Aktien 2005 einen Wert von 112 Milliarden Dollar besaßen. Die Konzerne sind: Coach, Tod's, Swatch, Richemont, LVMH, Bvlgari, Burberry, Hermès, Polo Ralph Lauren, Tiffany, Tommy Hilfiger, Escada, Hugo Boss, Waterford Wedgwood, Marzotto, Clarins und Valentino.

55 Jahre für einen Audi arbeiten ◀



Millenniumsziele – die schädliche Illusion

Die Forderungen des Millenniumsgipfels, im Jahr 2000 von der UNO verabschiedet, waren von vornherein nicht zu schaffen. Sie sollen die Armut mit den Instrumenten bekämpfen, die diese Armut erst hervorgebracht haben. Letztlich dienen sie den transnationalen Konzernen und dem internationalen Kapital.

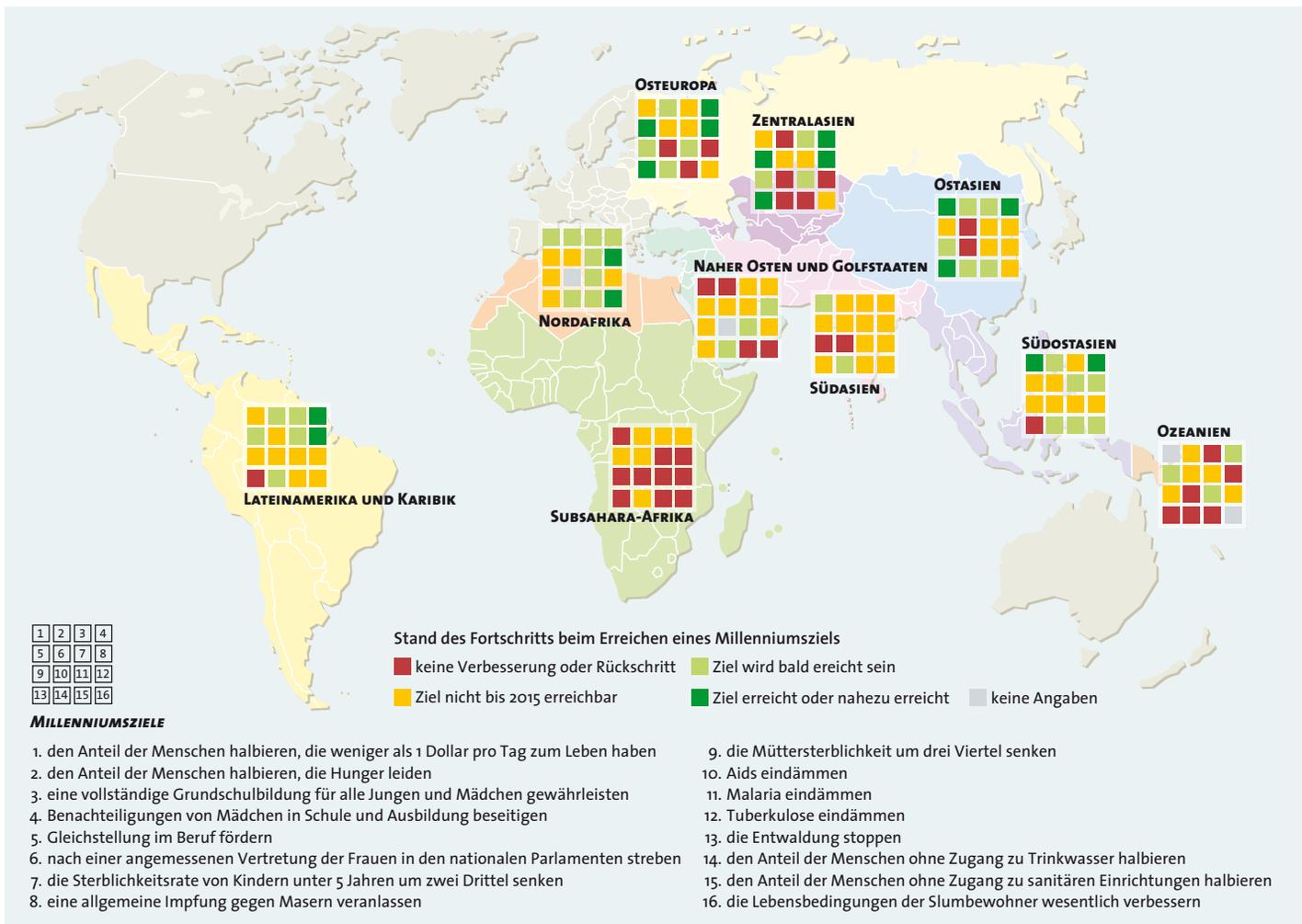
Mit »nie da gewesener Entschlossenheit, der Armut ein Ende zu bereiten«, trafen sich die politischen Führer der Welt im September 2000 auf dem Millenniumsgipfel der Vereinten Nationen. Sie vereinbarten acht Millenniumsziele für die Entwicklung:

- Die Zahl der Menschen, die hungern oder von weniger als einem Dollar pro Tag leben, soll bis zum Jahr 2015 halbiert werden.
- Die Sterblichkeitsrate bei Müttern soll bis 2015 um drei Viertel fallen.
- Die Ausbreitung von HIV/Aids, Malaria und anderen ansteckenden Krankheiten soll gestoppt oder eingedämmt werden.

- Alle Kinder sollen bis 2015 eine Grundschulbildung erhalten.
- Die Benachteiligung von Mädchen bei der Schulbildung soll bis 2005 und in allen anderen Bildungsbereichen bis 2015 beseitigt sein.
- Die Sterblichkeit von Kindern unter fünf Jahren soll bis 2015 um zwei Drittel fallen.
- Die ökologische Nachhaltigkeit soll gesichert werden.
- Eine globale Partnerschaft für Entwicklung soll aufgebaut werden.

Die Zwischenbilanz ist enttäuschend. Nach dem Bericht des UN-Entwicklungsprogramms (UNDP) für 2004 sind »große

► Kleine Fortschritte – und die Erfüllung der Vorsätze in weiter Ferne



Fortschritte in einigen, doch beträchtliche Rückschritte in anderen Ländern« zu verzeichnen. Mit Blick auf die Millenniumsziele entwickelt sich Asien positiv, doch global gesehen »können nur zwei der genannten Ziele – Halbierung des Anteils der Bevölkerung in großer Armut und ohne Zugang zu Trinkwasser – erreicht werden, wenn der Fortschritt das Tempo der letzten zehn Jahre hält [...]. Dabei sind die erzielten Verbesserungen weitgehend auf die schnelle Entwicklung Chinas und Indiens zurückzuführen.« Wirtschaftlich geht es übrigens in diesen beiden Ländern bergauf, ohne dass sie es mit den Empfehlungen von IWF und Weltbank sonderlich genau nehmen.

Andernorts, insbesondere in Afrika, ist der Kampf bereits verloren: »Bei Beibehaltung des aktuellen Tempos kann Subsahara-Afrika das Ziel einer universellen Beschulung im Bereich der Primarbildung erst 2129 erreichen. Die Senkung der Kindersterblichkeit um zwei Drittel wird erst 2106, also in einhundert Jahren, statt in den angestrebten elf Jahren festzustellen sein. Bei drei weiteren Zielen – Hunger, Armut und Trinkwasserversorgung – lässt sich nicht einmal ein Datum festlegen, denn die Lage in der Region verbessert sich nicht nur nicht, sondern sie verschlechtert sich.« Daher seien »unabhängig vom regionalen Durchschnitt tragische Rückschritte in zahlreichen Ländern zu beobachten. In nicht wenigen begann sich die Lage bereits in den 1990er-Jahren zu verschlechtern. In 46 Staaten sind die Menschen heute ärmer als damals. In 25 Staaten leiden mehr Menschen Hunger als vor zehn Jahren.«

Überraschender noch ist die Tatsache, dass die Millenniumsziele den betroffenen Ländern keine Wahl lassen, welche Maßnahmen sie zu ergreifen haben: Vorgeschrieben sind »Bemühungen um die Einführung eines offenen, multilateralen, verlässlich geregelten und nicht diskriminierenden Handels- und Finanzsystems«. Verlangt wird auch die Versorgung mit Medikamenten durch »Zusammenarbeit mit der pharmazeutischen Industrie«. Die Millenniumsziele sind damit Teil der neoliberalen Versuche, die Ökonomien für die transnationalen Unternehmen und das internationale Kapital zu öffnen. Dadurch soll eigentlich ein anderes Ziel erreicht werden, nämlich die Legitimierung der in Verruf stehenden herrschenden Wirtschaftslogik.

Damit verliert nicht nur das behauptete Ziel – die allgemeine Befriedigung der

Grundbedürfnisse – an Bedeutung, sondern die Millenniumsziele zwingen den Ländern ökonomische Maßnahmen auf, die bereits überall dort, wo sie gewissenhaft als Mittel zur Armutsbekämpfung umgesetzt wurden, gescheitert sind. Es geht also nur um Kosmetik oder um die Bekämpfung von Symptomen, die ein Wirtschaftssystem erzeugt hat, das strukturell Armut schafft.

Sich auf die Forderung der Millenniumsziele zu beschränken heißt, die Grundlagen dieses ungerechten Systems zu akzeptieren und zu stärken. Neben ihrem spektakulären Scheitern ist bei den Millenniumszielen also die Vorspiegelung falscher Tatsachen zu konstatieren: Sie können, was von Anfang an klar war, gar nicht erreicht werden, denn sie stellen die heutigen ökonomischen Rahmenbedingungen, die sie erst nötig gemacht haben, in keiner Weise in Frage.

WWW

Überblick

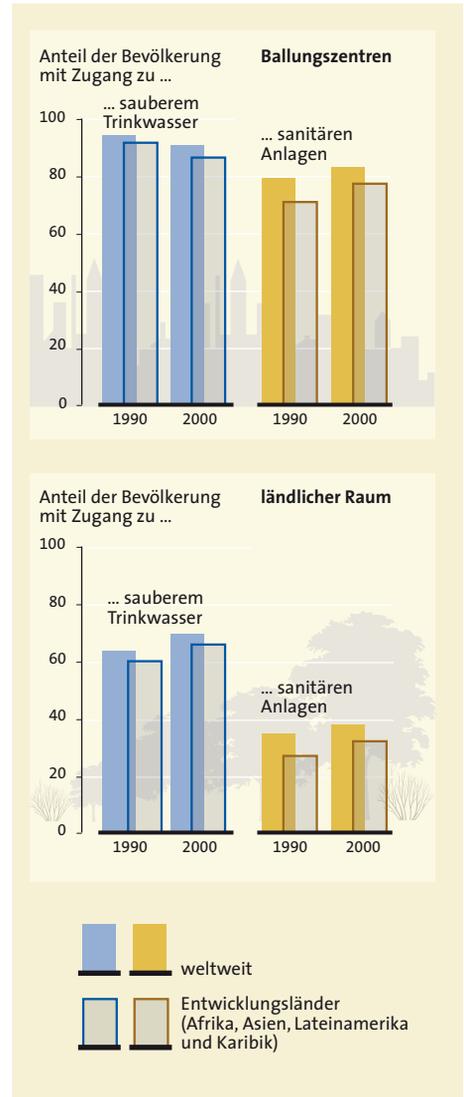
- de.wikipedia.org/wiki/Millennium-Gipfel
- offiziell**
- www.un.org/millenniumgoals/
- www.millenniumcampaign.org
- www.unep.org/gc/gc23/mdg-flash.asp
- millenniumindicators.un.org/unsd/mi/mi_goals.asp

Themenportal

- www.die-gdi.de/die_homepage.nsf/0/e955f06fc642ef02c125702d004693dd?Open

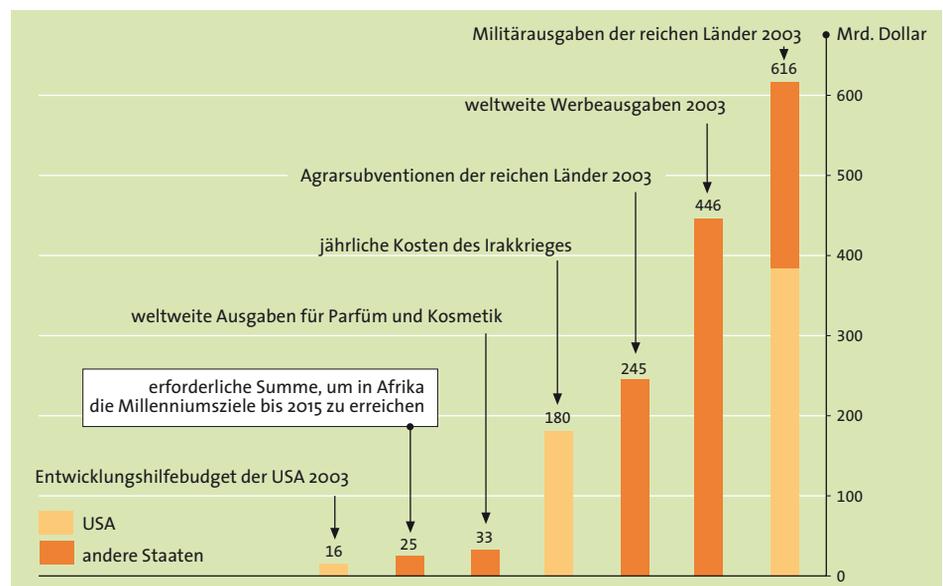
kritisch

- www.oew.org/de/aktuellesartikel.php?id=484
- www2.weed-online.org/uploads/Prüfsteine_korr1.pdf
- www.boell.de/downloads/global/GIP19_MDG_en.pdf
- www.boell.de/downloads/global/GIP16_UN-Reform.pdf



Wasser und Toiletten – ein Fortschritt ◀

Sinnvolle und sinnlose Großbudgets ◀



Güter, die der ganzen Welt gehören

Der Luftraum, das Internet oder die Artenvielfalt gehören zu den Gütern, die nicht den Staaten oder den Konzernen unterworfen werden dürfen. Aber ihre Anerkennung als »globales öffentliches Gut« muss erst noch erkämpft werden.

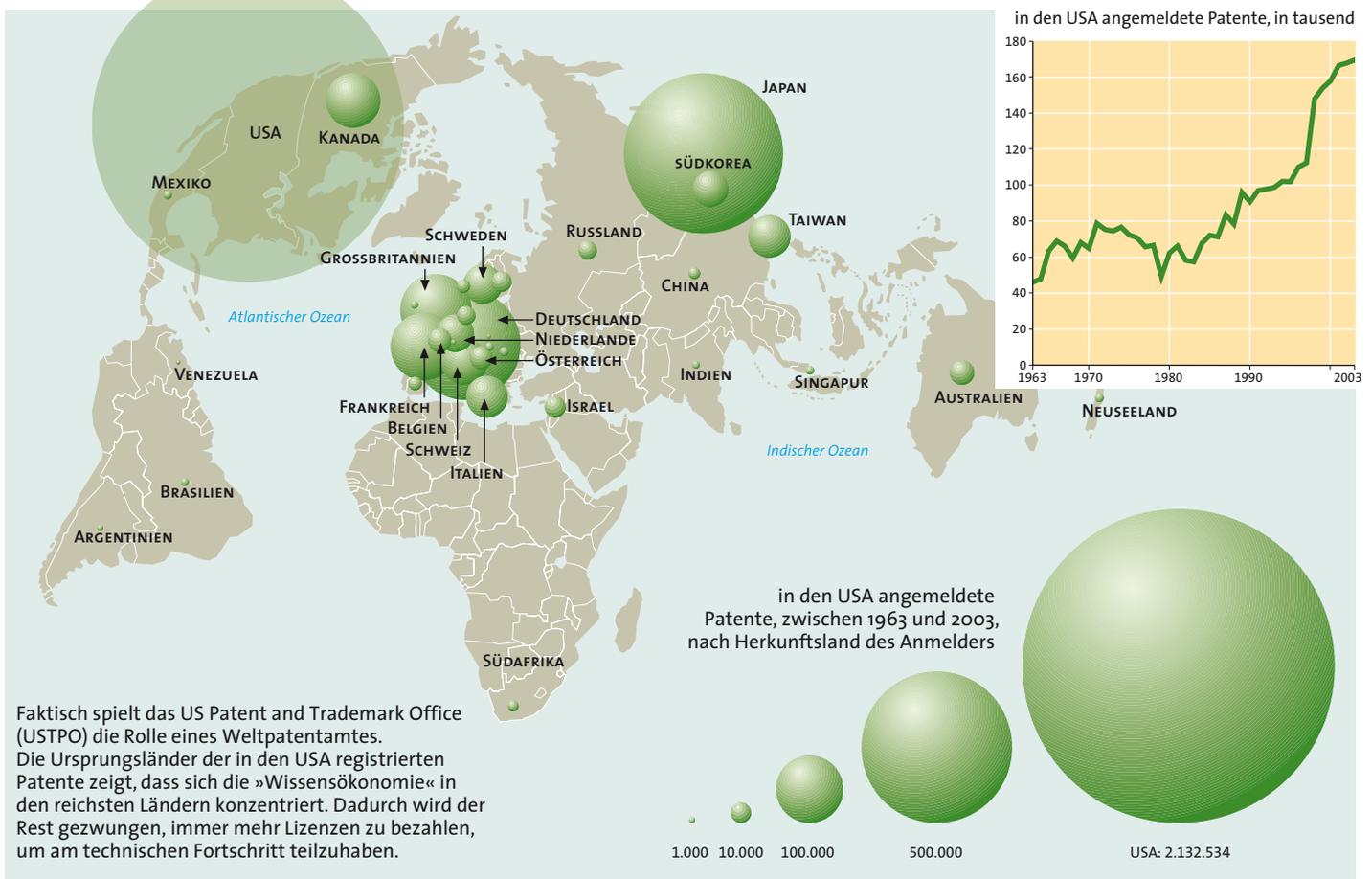
Die Wirtschaftswissenschaft definiert »öffentliche Güter« als »nicht exklusive« Güter. Potenziell sind sie also ohne Unterschied und »konkurrenzlos« für alle verfügbar. Wenn die eine Gruppe von einem öffentlichen Gut profitiert, bedeutet dies nicht, dass einer anderen der Zugang zu ihm verwehrt werden darf. Dieses Konzept kann auch im globalen Maßstab »gedacht« werden. *Global public goods* werfen grundlegende Fragen auf: über den Zugang zu Bildung und medizinischer Versorgung, über die Nutzung der biologischen Vielfalt, über internationale Vereinbarungen zum Luft- oder Seetransport, über das Internet, die Ozonschicht und vieles andere mehr.

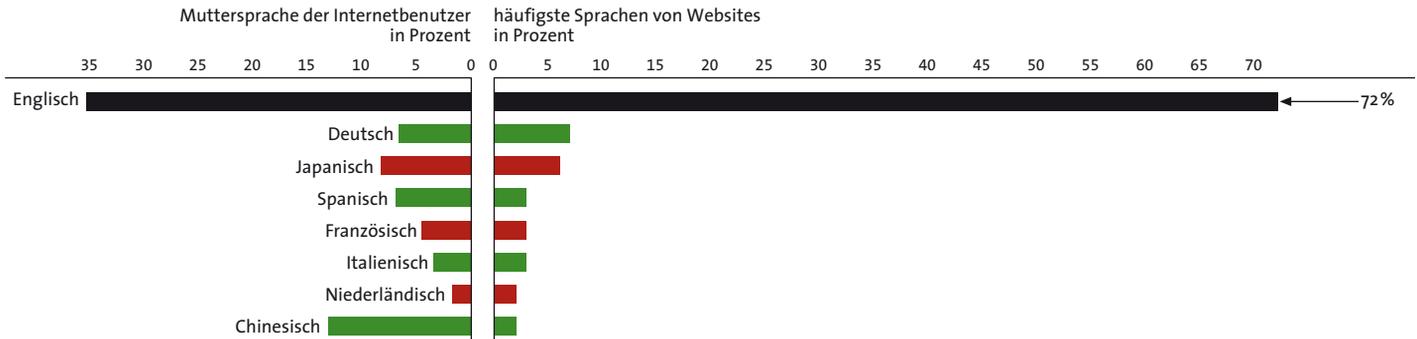
Bei einigen dieser Güter handelt es sich um natürliche Ressourcen, die es in ihrem Reichtum und ihrer Schönheit zu erhalten gilt. Andere sind von Menschen gemacht und müssen weiterentwickelt wer-

den. Allen diesen Gütern gemeinsam ist, dass Markt und Wettbewerb häufig dazu führen, dass sie eben nicht geschützt, sondern Gegenstand privater Nutzung und Ausbeutung sind. Dies kann dazu führen, dass sie irgendwann zerstört, verbraucht oder beschädigt sind oder dass künstliche Zugangs- oder Zugriffsbeschränkungen verhängt werden. Die tragischen Folgen zeigt das Beispiel der Medikamente, die als Generika preiswert hergestellt werden können: Viele sind durch Patente geschützt und deswegen so teuer, dass sie im Gesundheitssystem mancher armen Länder nicht eingesetzt werden können.

Das zweite Charakteristikum der *global public goods* ist das Fehlen eines institutionellen Rahmens, der ihre Verwendung bestimmen müsste. Nationale öffentliche Güter können durch Gesetze und andere staatliche Maßnahmen geschützt

► Geistiges Eigentum zieht es in die USA





Das Internet ist kosmopolitisch, aber ohne Englisch geht es nicht ◀

und damit erhalten oder durch öffentliche Mittel produziert werden. Auf globaler Ebene gibt es hingegen bisher keine Organisation, die Streitigkeiten zwischen Nationen über die *global public goods* schlichten könnte oder Bedingungen zur Herstellung dieser Güter schafft.

Um den Raubbau an der Biodiversität durch Großunternehmen – vor allem durch die Pharmaindustrie – zu verringern, wird von einigen Fachleuten vorgeschlagen, Heilpflanzen unter einen von der UNO verwalteten Schutz des geistigen Eigentums zu stellen. So würden die Schätze der Natur aufgewertet, und ein finanzieller Rückfluss könnte den Erhalt der Ressourcen gewährleisten. Doch dieser Weg bringt keineswegs die erwarteten Ergebnisse. Im Gegenteil: Indem diese Güter einigen Einzelpersonen oder Institutionen übertragen werden, die sie »fruchtbar machen« sollen, besteht für andere nur noch eine Nutzungsmöglichkeit gegen Entgelt. Die internationalen Abkommen über die Rechte am geistigen Eigentum tragen so zur Privatisierung des öffentlichen Sektors bei.

Optimistischer stimmen die Erfahrungen mit dem Internet und freier Software. Sie zeigen, dass unter bestimmten Bedingungen öffentliche Ressourcen von globalem Interesse auch aus dem Zusammenwirken der verschiedenen privaten und öffentlichen Akteure entstehen können. Die Entschlüsselung des menschlichen Genoms, ein weiteres großes technisches und wissenschaftliches Abenteuer des späten 20. Jahrhunderts, mündete ebenfalls in die Übertragung aller Resultate in die *public domain*, die Gemeinfreiheit.

Lässt sich das verallgemeinern? Manche öffentliche Güter erfordern nicht nur hohe Investitionen, sondern auch einen rechtlichen Rahmen, der eine zuverlässige Aufsicht garantiert. Es gilt also, neue Formen der Zusammenarbeit zu entwi-

ckeln. Die Vereinten Nationen sind ein wichtiger Rahmen für die Diskussion genau dieser Fragen. Doch die vielfältigen Bemühungen, die Vertreter der Zivilgesellschaft, also Nichtregierungsorganisationen und unterschiedliche Interessengruppen, in die Debatten einzubeziehen, scheitern immer wieder am Wesen dieser Organisation, die als Staatenbund nur Staaten die Mitgliedschaft ermöglicht.

Sind die *global public goods* nun mehr als ein neues Wort im Kauderwelsch der internationalen Institutionen? Wo kann das Konzept eine mobilisierende Wirkung entfalten? Die Geschichte lehrt, dass öffentliche Güter nicht als solche vom Himmel fallen. Jedes einzelne war Gegenstand heftiger politischer Auseinandersetzungen, bis es zunächst überhaupt anerkannt war und schließlich Mittel und Wege gefunden wurden, es vor den Angriffen des Marktes zu schützen.

So konnte die soziale Sicherheit – da, wo es sie gibt, eindeutig ein nationales öffentliches Gut – sich erst nach einem Jahrhundert gesellschaftlicher Kämpfe entwickeln. Dazu gehörte in Frankreich auch der Aufbau von wohltätigen Versicherungsvereinen auf Gegenseitigkeit, die sich mit Berufsverbänden zusammenschlossen und als »Mutuelles« Schritt für Schritt selbst Teil des nationalen Systems sozialer Sicherheit wurden. In Deutschland entstand mit den Kredit-, Wohnungsbau- und Konsumgenossenschaften ein gemeinwirtschaftlicher Sektor, der zum Teil als gemeinnützig anerkannt ist – insbesondere wenn er die Bevölkerung mit preiswertem Wohnraum versorgt.

Damit Güter zu *global public goods* werden, bedarf es ihrer gesellschaftlichen Nachfrage, der Bestimmung von verantwortlichen Institutionen und einer Menge Erfahrung. Ein solcher Prozess muss bei jedem neuen »globalen öffentlichen Gut« aufs Neue in Gang gesetzt werden.

WWW

Überblick

- de.wikipedia.org/wiki/Globale_öffentliche_Güter
- en.wikipedia.org/wiki/Global_public_good

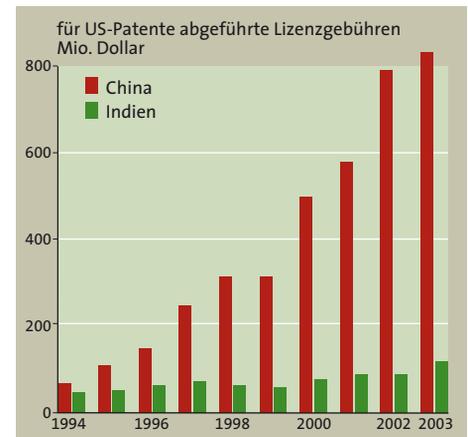
Institutionen

- www.sdnf.undp.org/gpgn/
- www.rosalux.de/cms/index.php?id=3558

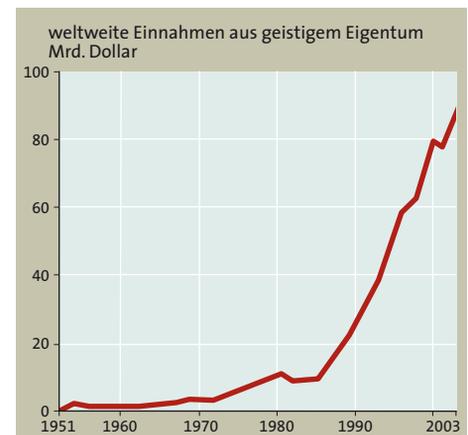
NGOs

- www2.weed-online.org/uploads/gpg2002.pdf
- www.cptech.org (Zugang zu Wissen)
- www.fsf.org (Zugang zu Software)
- www.remed.org (Zugang zu Medikamenten)

China kauft mehr Wissen ein ◀



Wissen wird zu Geld ◀

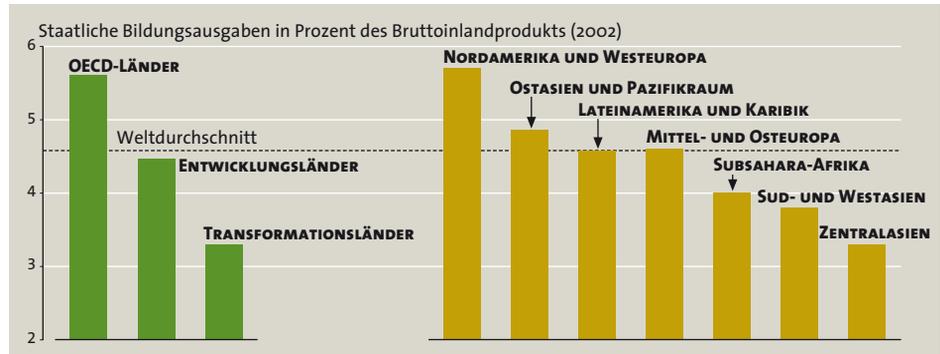


Alphabetisierung und Weltwissen

Im Bildungsbereich waren während der vergangenen Jahrzehnte weltweit wichtige Fortschritte zu verzeichnen. Dass dennoch der Unterschied zwischen Nord und Süd heute deutlicher denn je zu Tage tritt, hat seinen Grund zum einen in der Bevölkerungsentwicklung, zum anderen in der neoliberalen Globalisierung und den Anforderungen, mit denen die Menschen auf Grund des wissenschaftlichen und technischen Wandels konfrontiert sind.

Lesen und schreiben zu können blieb lange Privileg Einzelner bzw. bestimmter sozialer Gruppen, für deren gesellschaftliches Fortkommen es von entscheidender Bedeutung war. In den letzten Jahrzehnten gab es jedoch deutliche Fortschritte im Bereich der Schulbildung: Von 1970 bis 2004 stieg weltweit die Alphabetisierungsrate unter Erwachsenen von 48 auf 82 Prozent. Entscheidend dafür war das Ansteigen der Einschulungsquote.

Das Bevölkerungswachstum hat jedoch dafür gesorgt, dass heute die Zahl der Analphabeten weltweit höher liegt als je zuvor: Von 1950 bis 2000 ist sie von 705 Millionen auf 875 Millionen gestiegen. Bis 2005 fiel sie dann auf 771 Millionen, von denen 64 Prozent Frauen waren – in vie-



Staatliche Bildungsausgaben im Vergleich ◀

len Ländern ist Mädchen der Schulbesuch immer noch verwehrt. 98,4 Prozent der Analphabeten der Welt leben in den Ländern des Südens, allein zwei Drittel aller Analphabeten entfallen auf die neun bevölkerungsreichsten Entwicklungsländer.

Deutliche Unterschiede in der Alphabetisierung zeigen sich nicht nur zwischen Stadt und Land, Regionen oder Bezirken, sondern auch zwischen verschiedenen ethnischen und sprachlichen Gruppen sowie zwischen den sozialen Schichten. So ist etwa in Marokko die Analphabetenrate auf dem Land doppelt so hoch wie in den Städten. In manchen reichen Ländern wiederum ist eine Zunahme des Analphabetismus bei sozialen Randgruppen zu verzeichnen: Jeder fünfte Erwachsene in den USA, Großbritannien und Irland kann nicht lesen und schreiben.

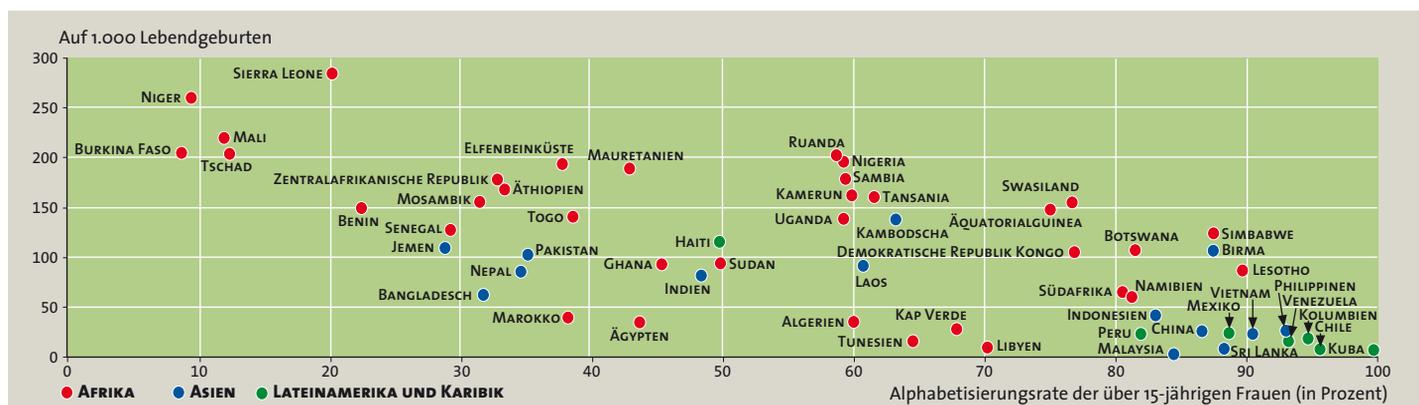
Angesichts der sozialen, wirtschaftlichen, wissenschaftlichen und technischen Herausforderungen, vor denen die

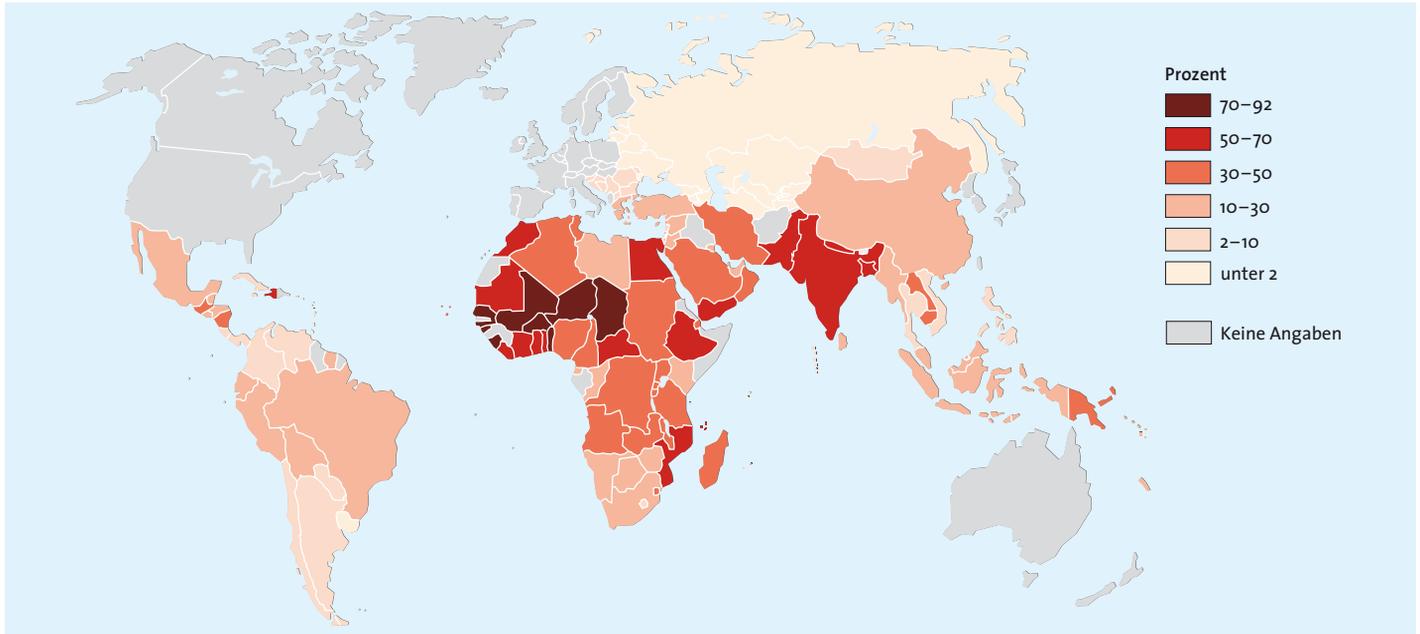
Welt zu Beginn des 21. Jahrhunderts steht, wird für Schule und Ausbildung viel zu wenig getan: nicht mehr als etwa 5 Prozent des Weltsozialprodukts gehen in diesen Bereich.

Regierungen wie Unternehmen betrachten Schule und Ausbildung noch häufig als Kostenfaktor statt als notwendige und sinnvolle Investition. Bei der allgemeinen Sparpolitik kommen die reichsten Länder noch am besten weg – der »brain drain«, die Abwanderung gut ausgebildeter Arbeitskräfte, geht vom Süden und Osten nach Norden bzw. Westen und in die USA, während in Subsahara-Afrika sowie in Süd- und Südostasien die Bildungssysteme zusammenbrechen und die Einschulungsquote massiv zurückgeht.

Die UN-Kulturorganisation Unesco versteht den Zugang zu Bildung und Ausbildung als ein Menschenrecht. Diesen Anspruch einzulösen, gehört zu den schwierigsten Zukunftsaufgaben der Nord-Süd-

► Kindersterblichkeit (unter 5 Jahre) im Verhältnis zur Frauenalphabetisierungsrate





Analphabetenrate der über 15-jährigen Frauen ◀

Kooperation. Das im April 2000 auf dem Weltbildungsforum in Dakar verabredete Ziel – »Bildung für alle« und Halbierung der Analphabetenquote bis 2015 – ist gescheitert. Dies liegt vor allem daran, dass die nötigen Mittel fehlen: zwischen 15 und 35 Millionen Lehrer und 5,6 Milliarden Dollar jährlich wären an internationaler Hilfe erforderlich – das entspricht 0,7 Prozent der weltweiten Militärausgaben.

Bislang bestehen noch drastische Ungleichheiten. 84 Prozent der Ausgaben für Bildung entfallen auf die Länder der Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD), die nur 18 Prozent der Weltbevölkerung stellen, pro Kopf aber 25-mal so viel Geld für Bildung ausgeben wie die Länder des Sü-

dens (im Vergleich zu zu den Ländern Südasien sogar 70-mal so viel). Weltweit können 137 Millionen junger Menschen im Alter zwischen 15 und 24 Jahren nicht lesen und schreiben.

Überdies ist die Erzeugung, Steuerung und Weiterverbreitung von Fachkompetenz durch Bildung und Ausbildung längst zu einem entscheidenden wirtschaftlichen und geopolitischen Faktor im internationalen Wettbewerb geworden. Eine Hand voll Nachrichtenagenturen, vorwiegend aus anglophonen Ländern, erzeugt und verbreitet rund 80 Prozent der weltweit verfügbaren Information. 90 Prozent der Rechte an Erfindungen und Technologien liegen bei multinationalen Konzernen.

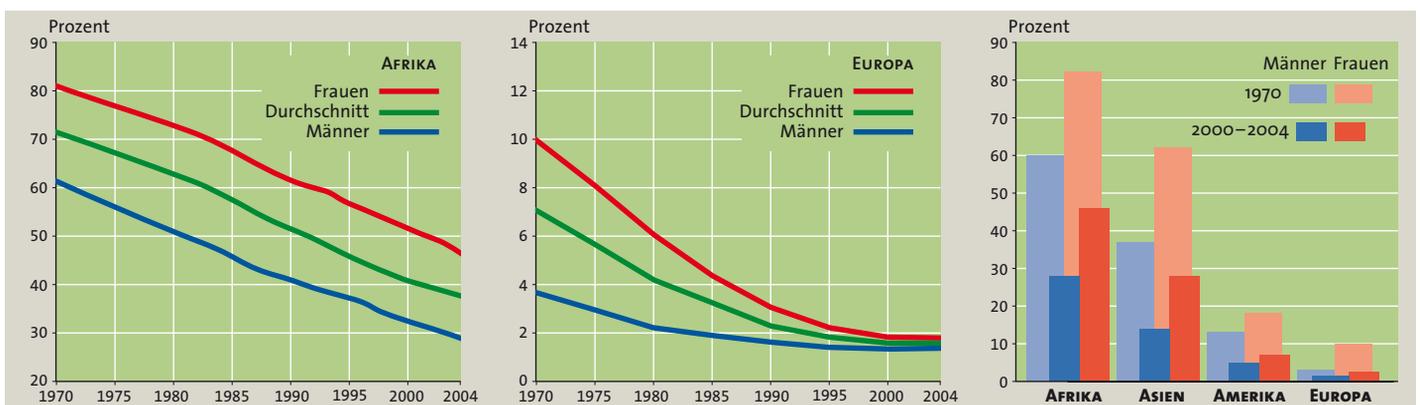
Wissen und Fachkenntnisse sind heute

begehrte Produkte auf einem umkämpften Weltmarkt. Die Diskussionen in der Welthandelsorganisation über »handelsbezogene Aspekte der Rechte des geistigen Eigentums« (Trips) sprechen Bände. Im Bereich der Zusammenarbeit auf den Gebieten Wissen, Fachkenntnis und Bildung ist eine neue Weltordnung einstweilen nicht in Sicht.

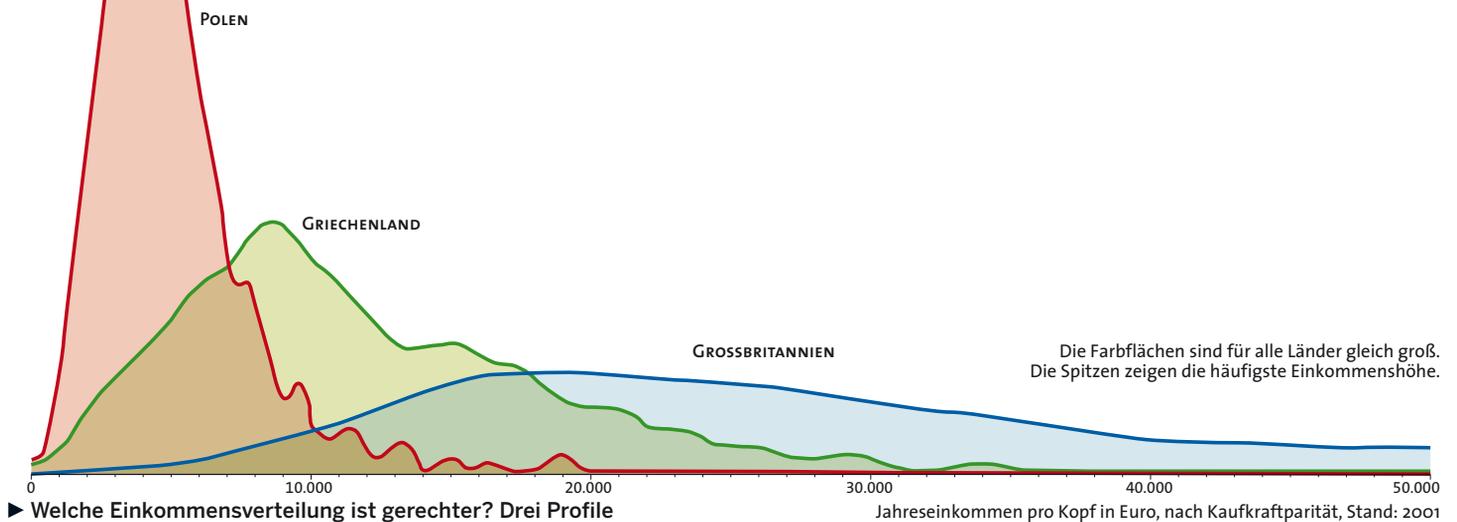
WWW

- UN-Kulturorganisation
www.unesco.org
- UN-Welthandels- und Entwicklungskonferenz
www.unctad.org/
- UN-Weltkinderhilfswerk
www.unicef.org/sowc99
- Weltbank
www.worldbank.org
- UN-Entwicklungsprogramm
www.undp.org

Analphabetenrate bei Männern und Frauen ◀



Alte und neue Armut in Nord und Süd



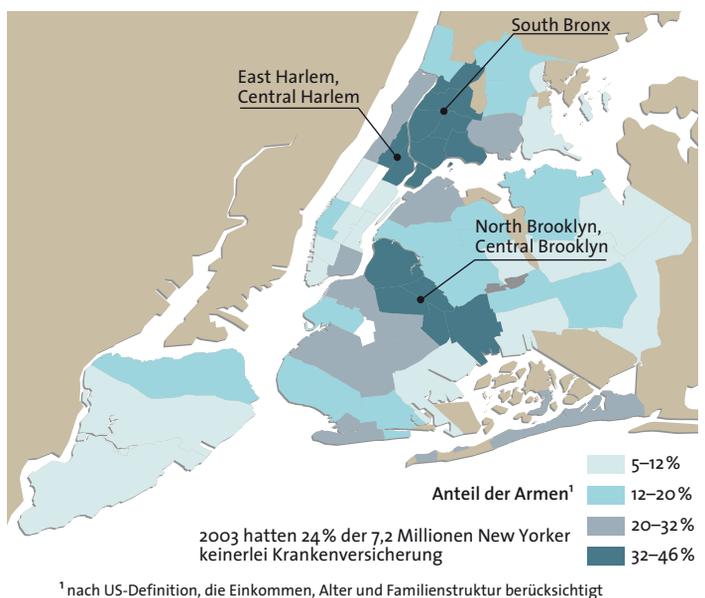
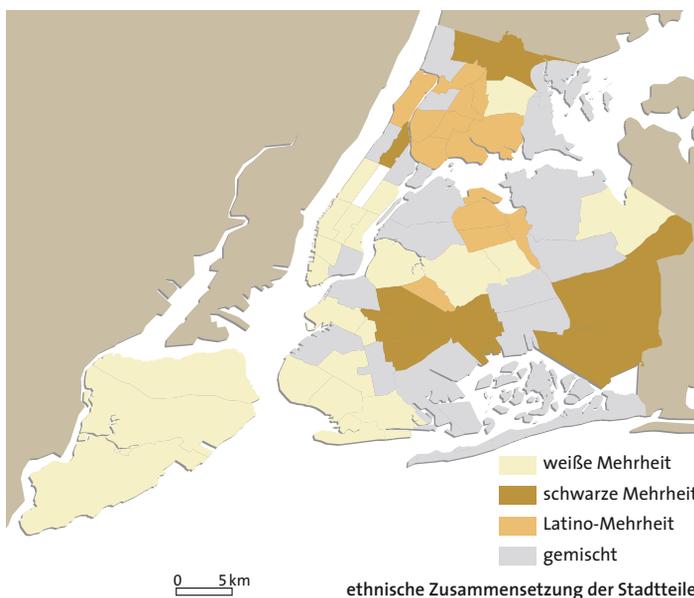
Die unterschiedlichen Armutsbegriffe, die von offiziellen Stellen definiert werden, sind zu eng. Sie können nicht darüber hinwegtäuschen, dass auf der ganzen Welt die Armutsbekämpfung unzureichend ist. Daran ändert auch die alleinige Orientierung auf Wirtschaftswachstum nichts. Im Gegenteil: Dadurch kann die Armut sogar weiter wachsen.

Die Entscheidung für die eine oder andere Methode der Armutsbekämpfung scheint ziemlich willkürlich. Meist wird nur der Geldwert der Einkommen betrachtet: »Extrem arm« sind diejenigen, die mit weniger als einem US-Dollar täglich auskommen müssen. Um die Verhältnisse genauer zu analysieren, sollte man aber auch die Zufriedenheit in den verschiedenen Schichten der Bevölkerung messen, das Funktionieren des Arbeitsmarktes berücksichtigen und die Zusammenhänge zwischen Ungleichheit und Armut betrachten. Zu berücksichtigen wären ferner die Lebensbedingun-

gen im weitesten Sinn einschließlich der nichtmonetären Solidarleistungen etwa durch Nachbarschaftshilfe, aber auch die subjektive Armut. Subjektive Armut liegt dann vor, wenn eine Person feststellt, dass sie ihre Bedürfnisse nach ihren eigenen bzw. von ihr als allgemein anerkannt betrachteten Maßstäben nur sehr begrenzt befriedigen kann. Auch die neuen Bedürfnisse, etwa mit Computern umgehen oder den Zugang zum Internet bezahlen zu können, müssen bei der subjektiven Armut berücksichtigt werden.

Die meisten Industrienationen arbeiten mit einem Indikator für relative Armut,

► Das ethnische und das arme New York



der sich ausschließlich an der Einkommensverteilung orientiert. Mit weniger als 50 oder 60 Prozent des Durchschnittseinkommens eines Landes gilt man als arm. In den Entwicklungsländern und in den USA wird die Armut hingegen »absolut« gemessen. Hier berücksichtigt der Indikator, ob man einen minimalen Warenkorb kaufen und grundlegende Dienstleistungen wie Wohnen, Transport und ärztliche Versorgung bezahlen kann.

Selbst in den am stärksten industrialisierten Nationen Lateinamerikas leben 30 bis 40 Prozent der Bevölkerung in absoluter Armut. In den Staaten, die sich an die Auflagen des Internationalen Währungsfonds halten, wird gerade in Phasen der Rezession der Schutz der ärmsten Bevölkerungsschichten geschwächt, weil die Sozialausgaben sinken. Die Sparpolitik der öffentlichen Hand beschleunigt den Abwärtstrend, statt ihn zu stoppen. In ganz Lateinamerika konnte man beobachten, dass bei einem Rückgang des Bruttoinlandsprodukts (BIP) um 1 Prozent die Programme zur Armutsbekämpfung um 2 Prozent reduziert wurden.

Wirtschaftswachstum ändert zunächst wenig an der Armut, denn der Zuwachs wird ungleich verteilt. Es ist zweifelhaft, ob ein allein am BIP gemessenes Wirtschaftswachstum die Armut überhaupt verringern kann, wenn es nicht mit einer Neuorientierung der Wirtschaftspolitik einhergeht, die auf die Reduzierung der Ungleichheit zielt. Damit die Armut von 1990 bis 2015 entsprechend den Millenniumszielen um die Hälfte reduziert werden kann (siehe Seite 104), müsste die Wirtschaft gerade in den Regionen am stärksten wachsen, in denen die größte Ungleichheit herrscht.

Doch selbst das weltweite Wachstum in den Entwicklungsländern zwischen 2000 und 2005 hat die Armut nur für 100 Millionen Menschen reduziert, wie selbst die notorisch optimistische Weltbank in ihrem Global Monitoring Report für 2006 einräumen musste. Ein hoffnungsvolles Beispiel schien China zu bieten: Dank einem extremen Wachstum über mehr als 25 Jahre sank dort die absolute Armut von 50 Prozent im Jahr 1980 auf 10 Prozent im Jahr 1996. Doch seitdem verharrt sie auf diesem Niveau, obwohl das Wirtschaftswachstum anhält, weil zugleich die sozialen Unterschiede in der »sozialistischen Marktwirtschaft« zunehmen.

Und die Armut in den reichen Ländern? Die Jahresberichte des UN-Entwicklungsprogramms UNDP und der von diesem

entwickelte Index der Menschlichen Entwicklung (Human Development Index, HDI) erlauben nicht nur einen genaueren Blick auf den ungleichen Zugang zu Nahrung, Gesundheit und Bildung (siehe Seite 45). Sie zeigen auch, dass die am meisten entwickelten Länder der Welt seit der neoliberalen Wende der 1980er-Jahre neue Armut hervorgebracht haben. Die Folge waren zunächst stark steigende Sozialausgaben.

Um diese wiederum zu senken, hat das 1996 von US-Präsident Bill Clinton unterzeichnete Gesetz über Arbeit und Eigenverantwortung den Umschwung vom sozialstaatlichen *Welfare*- zum neoliberalen *Workfare*-Ansatz vollzogen. Arbeitslose sollten »wieder Geschmack an der Arbeit finden«. Seither wird bestraft, wer Jobangebote ablehnt, weil er überqualifiziert oder die Tätigkeit unterbezahlt ist. Staatliche Unterstützung wird abhängig von der Bereitschaft, jede nur erdenkliche Art der Beschäftigung zu akzeptieren.

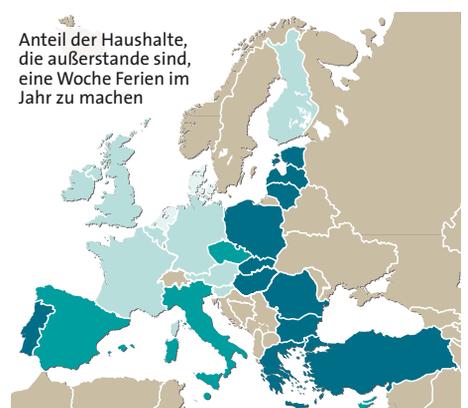
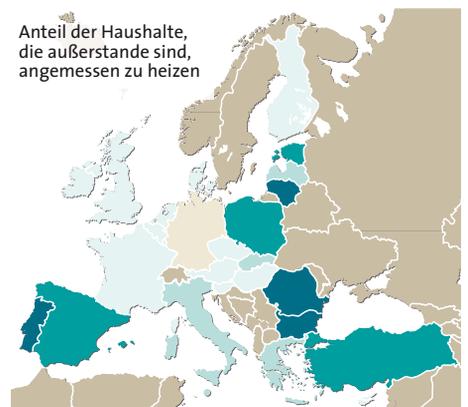
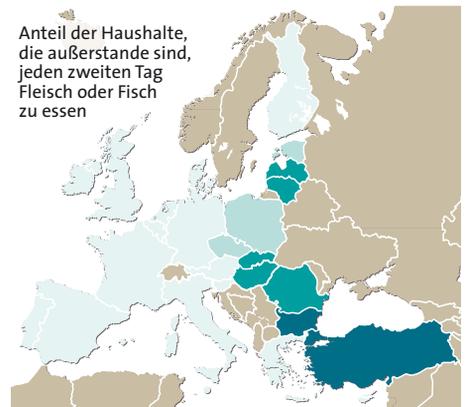
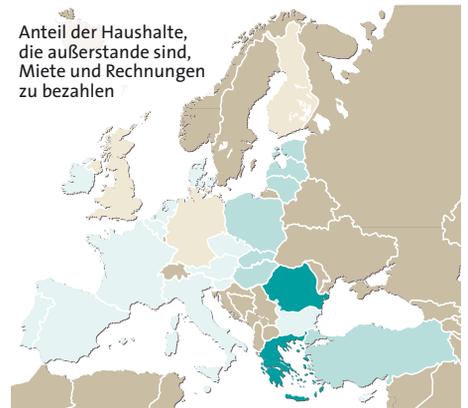
Seit 1996 haben sich die Sozialhilfezahlungen entsprechend halbiert. Die Armen sind jetzt dem Staat gegenüber verpflichtet – nicht umgekehrt. Das ist die neue Ideologie des Systems. Während die US-Arbeitslosenversicherung 1975 noch für 81 Prozent der Menschen aufkam, die ihren Job verloren, erhielt 1995 nur noch jeder Dritte Arbeitslosenunterstützung (siehe Seite 113).

Gleichzeitig haben die USA den Begriff »Erwerbsbevölkerung« neu definiert, damit die statistisch erfasste Zahl der Arbeitslosen sinkt und Sozialausgaben noch weiter reduziert werden können. Der Staat hilft nur noch den »Bedürftigsten« und »nicht Vermittelbaren«. Deshalb sank die Zahl allein erziehender Mütter unter den Zuwendungsempfängern um die Hälfte, was dazu führte, dass ein Programm »Familien in Not« aufgelegt werden musste. Daran zeigt sich, dass an die Stelle des Rechts auf soziale Sicherheit immer häufiger das Prinzip der karikativen Unterstützung tritt.

WWW

- Einführend**
 • de.wikipedia.org/wiki/Armut
offiziell
 • www.aktionsprogramm2015.de
NGOs und Kampagnen
 • www.2015.venro.org/
 • www.socialwatch.org/en/portada.htm
 • www.socialwatch.org/en/informelmpreso/Alemania.htm
 • www.eapn.org/code/en/hp.asp
 • www.whiteband.org/
Armut und Umwelt
 • www.wbgu.de

Vier Armutsindikatoren ◀



Wachstum und Armut in Westeuropa

Trotz des anhaltenden Wirtschaftswachstums gibt es nach wie vor Armut in der Europäischen Union. Nach einem leichten Rückgang Ende der 1990er-Jahre nimmt die Armutsrate tendenziell sogar wieder zu.

In den reichen Ländern sind arme Menschen keineswegs verschwunden. Die Ungleichheiten haben dramatisch zugenommen, auch tritt Armut in unterschiedlichen Formen auf: zu wenig Geld, um Essen, Kleider, Miete zu bezahlen, aber auch Beschränkungen des Zugangs zu Bildung, medizinischer Versorgung und Freizeitmöglichkeiten. Die offizielle Armutsdefinition der Europäischen Union lautet: »Arm sind Einzelpersonen, Familien und Personengruppen, die über so geringe materielle, kulturelle und soziale Mittel verfügen, dass sie von der Lebensweise ausgeschlossen sind, die in dem Mitgliedsstaat, in dem sie leben, als Minimum hinnehmbar ist.«

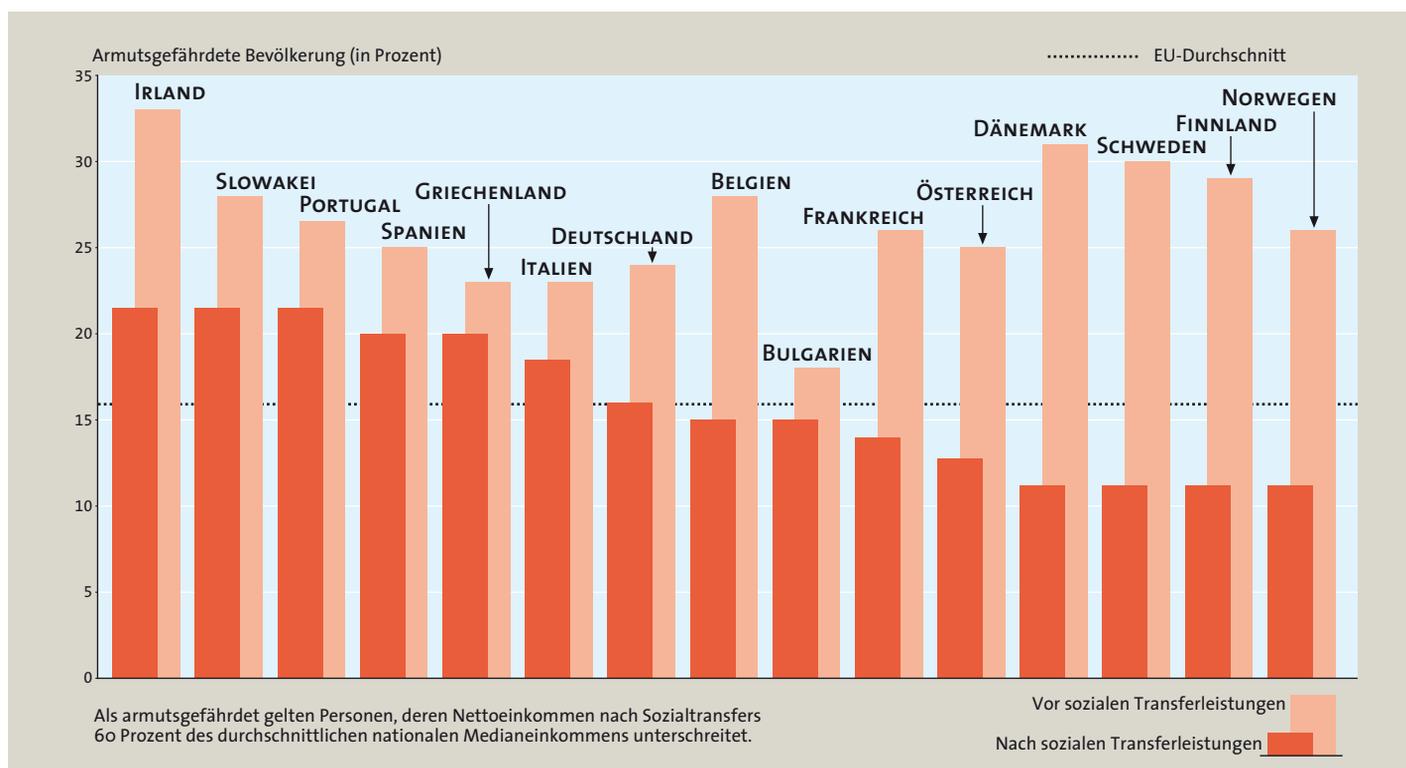
Dieses Minimum legt die EU auf 60 Prozent des nationalen Medianeinkommens fest, das als Parameter die Einkommensverteilung besser abbildet als das Durchschnittseinkommen. Denn der Medianwert ist die Linie, die in Bezug auf das Einkommen die Gesamtbevölkerung exakt halbiert: das Einkommen der einen Hälfte liegt unter und das der anderen über diesem Wert.

2003 lebten in der EU 72 Millionen Menschen und damit 16 Prozent der Bevölkerung unterhalb der nationalen Armuts-grenze, in Griechenland sind 21 Prozent arm, in Portugal und Italien 19 Prozent, in Irland ebenfalls 21 Prozent und in Großbritannien 18 Prozent. Gemeinsam ist diesen Ländern, dass sie wenig Geld für Sozialleistungen ausgeben.

Frankreich liegt mit 11 Prozent unter dem EU-Durchschnitt, anders als oft behauptet jedoch mit steigender Tendenz. Abgesehen von der Slowakei (21 Prozent Arme) und Estland (18 Prozent) liegen die EU-Beitrittsländer mit rund 15 Prozent Armutsbevölkerung im Mittelfeld der EU, wobei der Medianwert natürlich in Deutschland und Frankreich deutlich über dem EU-Durchschnitt liegt. Das heißt beispielsweise, dass die ärmsten 10 Prozent der französischen Bevölkerung über ein Einkommen verfügen, das doppelt so hoch liegt wie das Medianeinkommen der Polen.

Die Orientierung der Armutsgrenze an einem nationalen Mittelwert ist freilich nicht unproblematisch, zumal wenn wir

► Armutsrisiko in Europa



an Konsumgüter denken. Denn natürlich sind bestimmte Dinge wie zum Beispiel ein Auto nicht unerlässlich für die Entfaltung des Menschen. Insgesamt haben die neuen EU-Länder ein niedriges Konsumniveau und einen niedrigen Lebensstandard: so haben ein Drittel der Rumänen keine Toilette in ihrer Wohnung (zum Vergleich: bei den Polen sind es 16, bei den Portugiesen 10 und bei den Franzosen 2 Prozent).

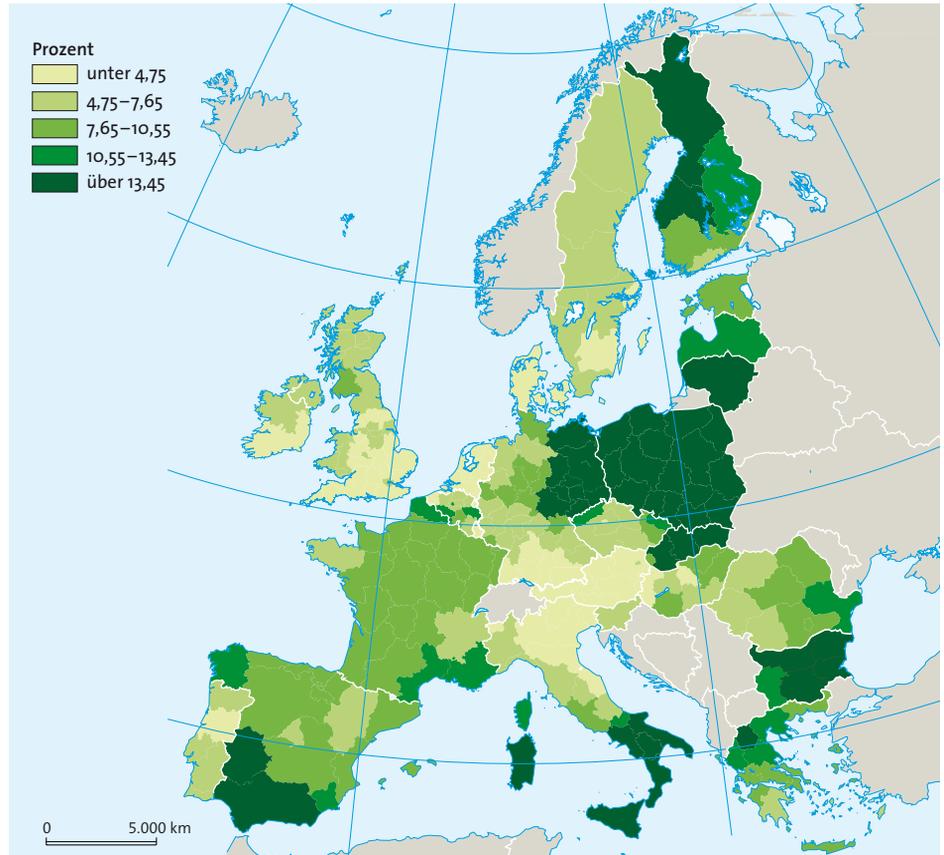
Ende der 1990er-Jahre tauchte innerhalb der EU ein Phänomen auf, das bislang hauptsächlich aus den USA bekannt war: die *working poor*. 2003 waren 7 Prozent der EU-Bevölkerung trotz bestehender Beschäftigung als arm eingestuft (3 Prozent in Dänemark, 9 Prozent in Frankreich, 10 Prozent in Spanien, 13 Prozent in Portugal; von den betroffenen Franzosen hatten 63 Prozent das ganze Jahr gearbeitet). Das Problem Armut trotz Arbeit trifft insbesondere Frauen, die teilzeitbeschäftigt sind.

Während überall die Arbeitslosen das große Heer der Armen bilden, sind zunehmend auch Rentner von relativer Armut betroffen (17 Prozent im europäischen Durchschnitt, jeder zehnte französische Rentner). Dabei droht sich die Situation mit der Verlängerung der Beitragszeit und der Reduzierung der Rentenzahlungen in praktisch allen Mitgliedsländern noch zu verschärfen.

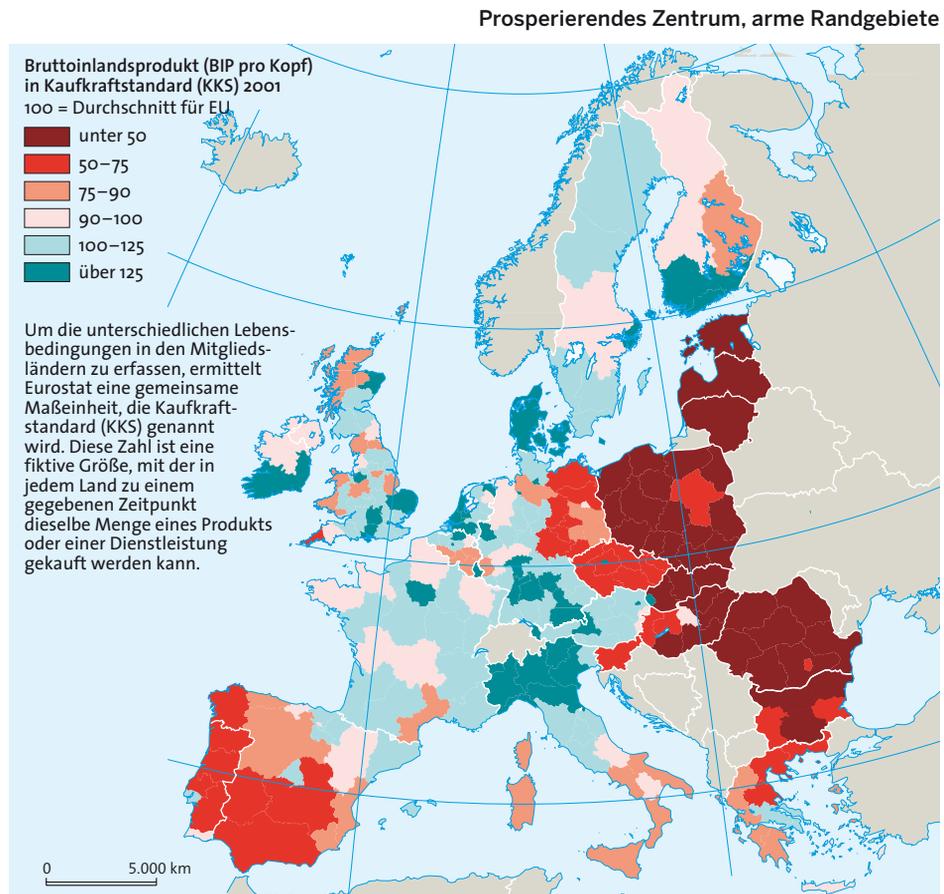
Die ökonomischen Einschränkungen im Alltag betreffen alle Lebensbereiche, von der Wohnsituation (in der EU sind 18 Millionen Menschen entweder obdachlos oder leben in völlig heruntergekommenen, unzumutbaren Wohnungen) bis hin zu Bildung und Gesundheit: 11 Prozent der Franzosen haben aus finanziellen Gründen keinen Zugang zu Gesundheitsversorgung, und Angestellte haben eine sieben Jahre längere Lebenserwartung als Arbeiter.

WWW

- Statistisches Amt der Europäischen Gemeinschaft
www.europa.eu.int/comm/eurostat
- Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen
www.undp.org
- European Anti Poverty Network
www.eapn.org
- ATD Vierte Welt
www.atd-viertewelt.de
- Sektorvorhaben Armutsbekämpfung
www.gtz.de/forum_armut/
- Bundesanstalt für Arbeit
statistik.arbeitsagentur.de



Arbeitslosenquote in Europa ◀



Prosperierendes Zentrum, arme Randgebiete ◀

Der Schock der Marktwirtschaft

Nach Angaben der Weltbank betrug in den meisten Ländern der ehemaligen Sowjetunion das Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2000 nur 63 Prozent seines Werts von 1990. Die Länder Ostmitteleuropas, Südosteuropas und die baltischen Staaten hatten den Stand von 1990 bereits 1998 wieder erreicht. Allerdings gibt es große Entwicklungsunterschiede, die sich in den Durchschnittszahlen nicht widerspiegeln.

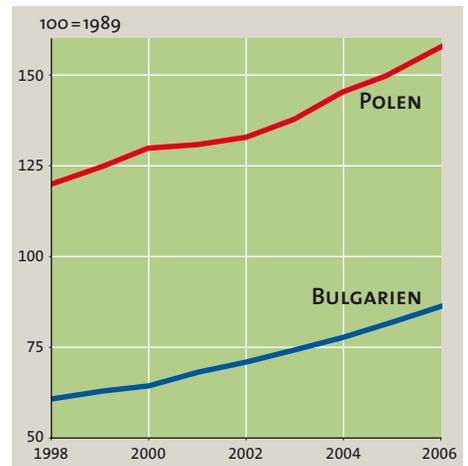
Als »Gesellschaften im Übergang zur Marktwirtschaft« hat man die Länder des einstigen Ostblocks nach dem Fall der Berliner Mauer (1989) und der von Boris Jelzin 1992 verordneten wirtschaftsliberalen Schocktherapie bezeichnet. Das harmlose Etikett »Transformationsländer« sollte davon ablenken, wie widersprüchlich und brachial die weltweite Durchsetzung der kapitalistischen Ökonomie in der Praxis vonstatten ging. Die alt/neuen Führungszirkel, die bei den ersten freien Wahlen innerhalb kürzester Frist ökonomische Effizienz und Gewer-

befreiheit versprochen, betrieben im Grunde nur die Eingliederung ihrer Länder in den Prozess der Globalisierung – von der sie sich persönliche Vorteile versprochen.

Vielfach hatten diese Eliten vor allem eines im Sinn: ihre alten Privilegien durch den Zugriff auf das Staatseigentum in die neue Zeit hinüberzuretten. Die Beschäftigten durften sich zwar als »Aktionäre« fühlen, wurden in Wirklichkeit aber zur Manövrieremasse einer Klasse von Oligarchen. Fast alle neuen Volksvertreter, gleich welcher Couleur, setzten auf die Wirksamkeit der wirtschaftlichen Rezepte, die ihnen die internationalen Institutionen vorschlugen – allen voran der Internationale Währungsfonds (IWF) und die Kredite vergebenden Banken, aber auch die Europäische Kommission, die ja die EU-Beitrittskriterien formulierte. In den Ländern, in denen der Zugang zu Bildung und Kultur Teil der »Sozialleistungen« gewesen war und die eine Grundversorgung mit Gütern des täglichen Bedarfs gewährleistet hatten (samt der Dienstleistungen der Großbetriebe mit ihren Kindergärten, Krankenhäusern und preiswerten Wohnungen), bedeutete der wirtschaftliche Kurswechsel einen sozialen Einbruch. Unter dem Motto »weniger Staat« wurde die rücksichtslose Privatisierung der Staatsbetriebe und die Kommerzialisierung der Distribution von Gütern und Dienstleistungen eingeleitet.

Wo früher Vollbeschäftigung im Rahmen der Planwirtschaft gewährleistet war, herrscht heute eine strukturelle Arbeitslosigkeit, und zwar auch in Ländern mit stetigem Wirtschaftswachstum. Sie beträgt in den acht neuen EU-Mitgliedsländern durchschnittlich 15 Prozent; in Polen, Bulgarien und der Slowakei liegt sie zwischen 17 und 20 Prozent.

2002 stellte die Weltbank fest, dass in diesen Ländern »die Armut ein größeres Ausmaß und eine höhere Zuwachsrate erreicht hat als in der gesamten übrigen Welt«. In den zehn Jahren zwischen 1988 und 1998 stieg der Anteil der Bevölkerung, der unter der Armutsgrenze lebt, von 2 auf 21 Prozent. Seitdem geht er jedoch wieder zurück: Die Zahl der Armen sank von 102 Millionen Menschen 1998 auf 61 Millionen im Jahr 2003. Dies resultiert vor allem aus dem starken Wachs-



Wirtschaftsentwicklung im Vergleich ◀

tum in Russland seit der Krise von 1998, während die Situation in den neuen EU-Ländern stagniert und sich in Polen und Litauen sogar verschlechtert hat.

Nach dem neoliberalen Credo hängt das Wirtschaftswachstum maßgeblich von der Höhe der ausländischen Direktinvestitionen (ADI) ab, die man ins Land zu ziehen vermag. Die Länder Ostmitteleuropas, die in dieser Hinsicht am erfolgreichsten sind, hatten aber gerade nicht die besten Ausgangsbedingungen. Es sind vielmehr die, in denen kriegerische

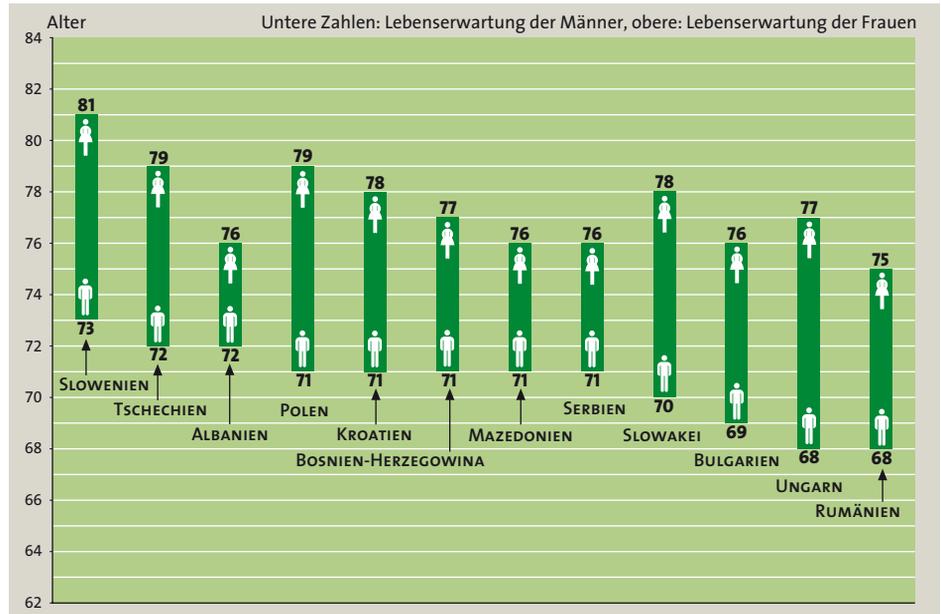
► Ausländische Investitionen in Ostmitteleuropa



Auseinandersetzungen vermieden wurden und die sich dem Privatisierungsdruck entzogen haben. So hat sich etwa Slowenien, das unter den neuen EU-Mitgliedern das höchste Bruttoinlandsprodukt (BIP) pro Kopf verzeichnet, die Kontrolle über den Bankensektor erhalten und weder Löhne noch Steuern gesenkt. Entsprechend verzeichnet Slowenien mit 2 Prozent den niedrigsten Anteil der ADI am BIP.

Im Übrigen fließen die meisten ADI in die städtischen Ballungsräume, was die regionalen Unterschiede innerhalb der Länder sowie zwischen den Staaten weiter vergrößert. Das Sozial- und Fiskaldumping, mit dem ADI angezogen werden sollen, führt zu einem Typ von Wachstum, der in sozialer Hinsicht zunehmend problematisch ist. Da die ausländischen Direktinvestitionen in den neuen EU-Ländern auf den Bankensektor konzentriert sind – außer in Slowenien sind in all diesen Staaten 50 bis 90 Prozent des Bankkapitals in fremder Hand –, gerät die Finanzierung von sozialen Maßnahmen zunehmend unter Druck.

Während politischer Pluralismus und die Ablösung von Regierungen inzwischen als normal gelten, folgte auf die Euphorie über die modellhafte Transformation eine große Ernüchterung. Dies zeigt sich symptomatisch an einem Land wie Polen, dessen Wachstum zunächst stark aufholte und wo die unterschiedlichsten Regierungsparteien im Namen



Lebenserwartung in Ostmitteleuropa (2004) ◀

der Eingliederung in die EU neoliberale Rezepte übernahmen. Heute regiert in Warschau eine dezidiert euroskeptische und ausländerfeindliche Rechte.

Insgesamt stellt sich die Osterweiterung als gesamteuropäische Erfolgsstory dar, zugleich aber auch als Strategie zur Dämpfung explosiver sozialer Konflikte in den Beitrittsländern. Und dies im Rahmen einer Union, von der die neuen Mitglieder in Zentral- und Osteuropa möglichst enge Bindungen an die USA erwarten.

WWW

- Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung
www.ebrd.org
- Wiener Institut für internationale Wirtschaftsvergleiche
www.wiiw.ac.at
- Stabilitätspakt für Südosteuropa
www.stabilitypact.org
- Regionalbüro des UN-Entwicklungsprogramms für Europa und die Gemeinschaft Unabhängiger Staaten
www.undp.org/rbec/
- Transitions online
www.tol.cz

Sozioökonomische Indikatoren für Ostmitteleuropa (2004) ◀



Arbeitsmärkte: offizielle Zahlen und verborgene Fakten

Jedes Jahr steigt die Zahl der fehlenden Arbeitsplätze weltweit um 2 bis 3 Millionen. In den Industrieländern werden Menschen zu Billigarbeit und in prekäre Beschäftigungsverhältnisse gezwungen. Und in der Dritten Welt geht die Anzahl der Sklaven- und Kinderarbeiter in die hunderte Millionen.

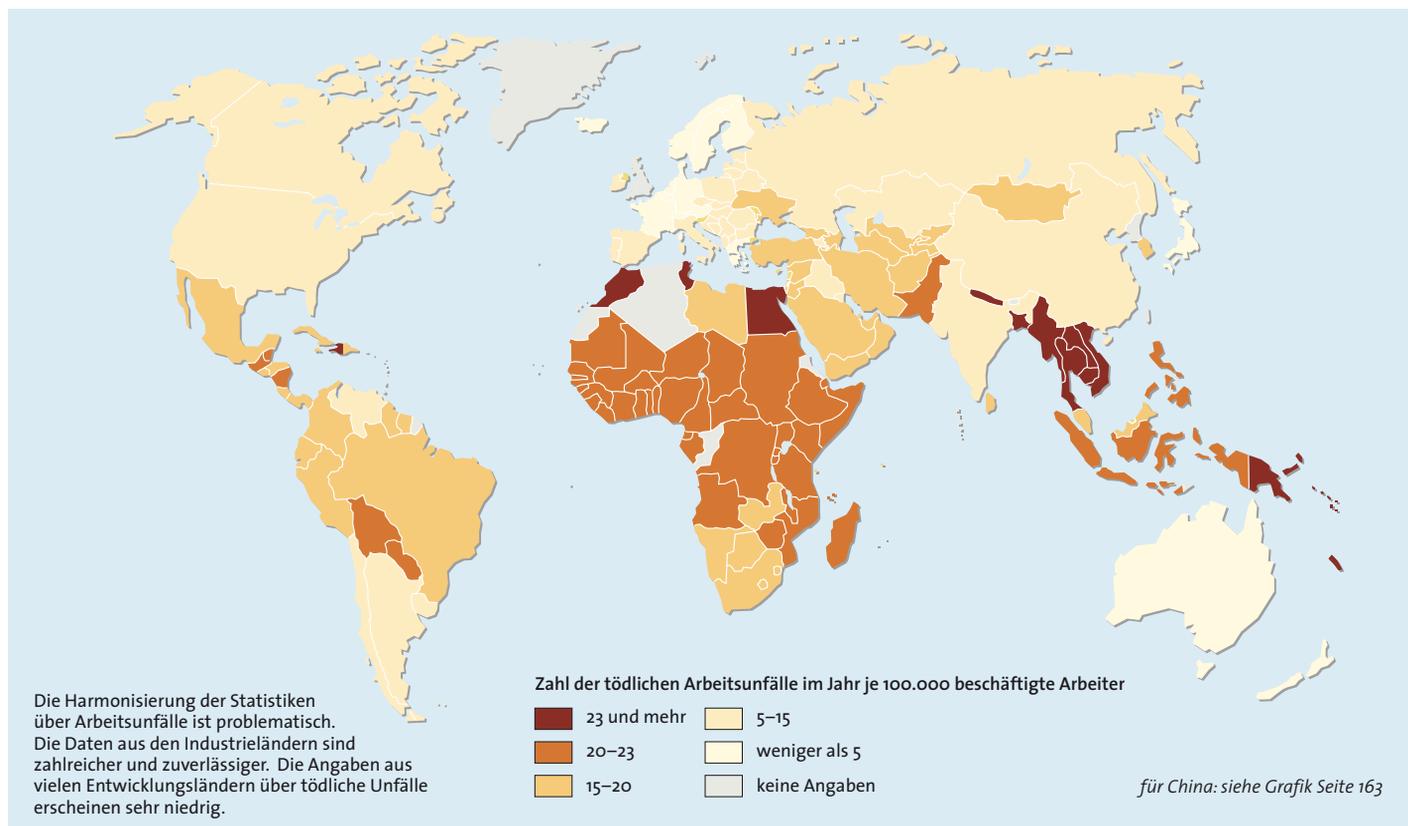
Die Lage auf dem globalen Arbeitsmarkt ist schlecht, und sie wird immer prekärer. An den offiziellen Zahlen lässt sich der ganze Umfang des Problems nicht ablesen. So taucht etwa Hausarbeit, meist Frauenarbeit, in den Statistiken nicht auf. Auch die informelle Beschäftigung ist schwer quantifizierbar. Sicher ist aber, dass die Zahl der Erwerbstätigen in der Welt stetig zunimmt und heute bei über 3 Milliarden Menschen liegt. Vier Phänomene kennzeichnen die Entwicklung der vergangenen Jahre.

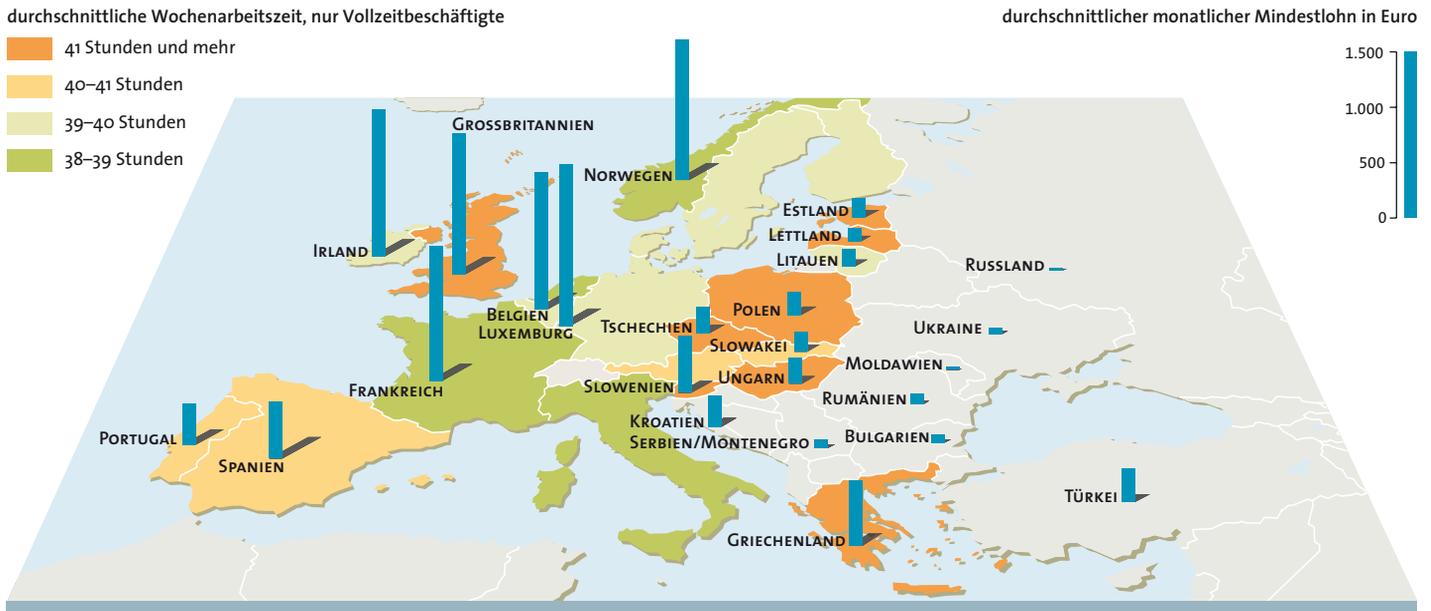
Erstens: Die Zahl der Arbeitslosen bleibt hoch. Das Internationale Arbeitsamt in Genf zählte Ende 2005 trotz des kräftigen Wirtschaftswachstums von 4,3 Prozent 191,8 Millionen offiziell Arbeitslose, 2,2 Millionen mehr als 2004 und 34,4 Millionen mehr als 1995. In den Industrieländern sank die Arbeitslosenquote zwar von 7,1 Prozent auf 6,7 Prozent, dafür stieg sie

aber in Lateinamerika und der Karibik von 7,4 Prozent auf 7,7 Prozent. Da bei weitem nicht alle Arbeitssuchenden erfasst werden, ist davon auszugehen, dass sowohl in den Entwicklungsländern als auch in den Industrienationen die reale Zahl weit höher liegt.

Vor allem die reicheren Länder bereinigen ihre Arbeitslosenstatistiken. In Frankreich erhält nicht einmal jeder zweite Erwerbslose Arbeitslosenunterstützung, und nicht alle lassen sich beim Arbeitsamt registrieren. In Großbritannien werden Arbeitslose zum Teil als »nicht« oder »eingeschränkt erwerbsfähig« klassifiziert. Die offizielle Zahl der »Behinderten« hat sich innerhalb von zehn Jahren vervierfacht. In Deutschland verzerren Ein-Euro-Jobs und so genannte Ich-AGs das Bild. Ähnliches gilt für die USA, die Niederlande, Dänemark, China und Indien.

► Tödliche Arbeit





► **Arbeitszeit und Mindestlohn**

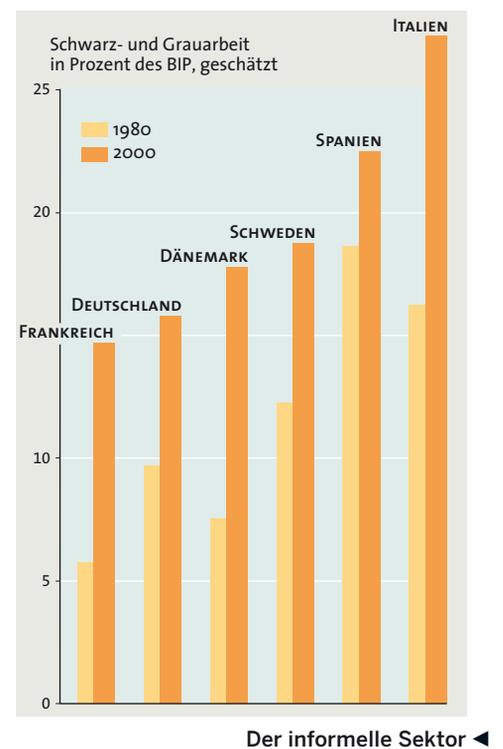
Zweitens: Zunehmend verbreitet ist das Konzept der *workfare*, also die scheinbare Eingliederung in den Arbeitsmarkt durch erzwungene Arbeit. Die so genannte Politik der Aktivierung wurde in den 1990er-Jahren in den USA erfunden. Sie verpflichtet Arbeitslose, unabhängig von Ausbildung und Wartezeit jedes Jobangebot anzunehmen. In den Industrieländern dominieren Praktika – manchmal im Rahmen einer Ausbildung, oft jedoch schlicht als unbezahlte Arbeit –, geringfügige Beschäftigung und gelegentliche reguläre Arbeit, die aber immer unterbezahlt und manchmal staatlich subventioniert ist. Das schön die offiziellen Arbeitslosenstatistiken, treibt zugleich aber die Zahl schlecht verdienender Arbeitnehmer nach oben. 2004 lebten zwischen 6 und 8 Prozent der Erwerbstätigen in der Europäischen Union und mehr als 10 Prozent in den USA in Armut. Die Lage in den Entwicklungsländern ist noch dramatischer: Hier verdienen etwa 550 Millionen Menschen weniger als einen US-Dollar pro Tag.

Drittens: Prekäre Beschäftigung und Teilzeitarbeit nehmen zu. In den Industrieländern gibt es immer mehr »flexible« Arbeitskräfte, die ohne jede soziale Absicherung eingestellt werden und jederzeit kündbar sind. Teilzeitbeschäftigung und Zeitarbeit boomen; unter diese Kategorie fällt inzwischen jeder sechste Job in den OECD-Staaten. Damit passen Unternehmen ihre Belegschaften an die Konjunktur an und ersparen sich Lohnzahlungen in auftragsschwachen Zeiten. Die Leid-

tragenden sind die Beschäftigten, in drei Viertel aller Fälle die Frauen, die eigentlich gern mehr arbeiten würden.

Viertens: Selbst in den reichen Ländern gibt es immer mehr Sklavenarbeit, d. h. Arbeit unter Drohung und unmittelbarem Zwang (weltweit 12,3 Millionen Fälle). Die Ausbeuter sind laut Internationalem Arbeitsamt (IAA) in acht von zehn Fällen private Unternehmen; in Lateinamerika große landwirtschaftliche Betriebe und in einigen Ländern Asiens Agenturen, die »Arbeit als Schuldendienst« vermitteln. 20 Prozent der Sklavenarbeit entfallen auf Staaten wie Birma und Nordkorea, die Menschen zu Zwangsarbeit nötigen, und auf militärische Gruppen etwa in Afrika. Ebenso groß ist die Zahl der Opfer von Menschenhandel bzw. Sexhandel. Regional ist die moderne Sklaverei am stärksten in der Asien/Pazifik-Region verbreitet, doch sie kommt auch, trotz gesetzlicher Verbote, in Europa und den USA vor.

Die Opfer von Sklavenarbeit sind oft Kinder. Wenn man die leichteren Formen der Haus- und Feldarbeit unberücksichtigt lässt, werden 218 Millionen Kinder unter ausbeuterischen Bedingungen zur Arbeit gezwungen, etwa in Fabriken, Bergwerken, auf Plantagen und in der Sexindustrie, so der Bericht der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) im Jahr 2006. Damit ist die Zahl innerhalb von fünf Jahren weltweit nur um 11 Prozent gesunken. An Sonntagsreden gegen diesen Zustand besteht kein Mangel – die Realität sieht anders aus.



WWW

Einführend

- de.wikipedia.org/wiki/Arbeitslosigkeit
- de.wikipedia.org/wiki/Sklaverei
- de.wikipedia.org/wiki/Zwangsprostitution
- de.wikipedia.org/wiki/Kinderarbeit

Weltarbeitsmarkt

- www.ilo.org/public/english/employment/strat/global.htm

Einkommensvergleich

- www.lisproject.org

Kinderarbeit

- www.ilo.org/public/english/standards/ipecc/intro/
- www.unicef.org/protection/index_3717.html

Sozialversicherung unter Druck

Wenn die öffentlichen Ausgaben zusammengestrichen werden, leidet darunter vor allem die soziale Sicherung. Auf der ganzen Welt werden Risiken wie Unfall oder Krankheit schrittweise privatisiert – und damit teurer. In einigen Ländern senkt dies sogar die Lebenserwartung.

Immer weniger Aufwendungen für die Gesundheit werden erstattet, immer später beginnen die Altersbezüge: die öffentliche Absicherung gegen Lebensrisiken wie Krankheit, Unfall oder Gebrechlichkeit wird, wo es sie noch gibt, immer stärker reduziert. Betroffen sind die auf Erwerbsarbeit beruhenden, paritätisch verwalteten Gesundheits- und Versorgungssysteme, in den Niederlanden ebenso wie in Deutschland. Erheblich gekürzt werden auch die über Steuern finanzierten Sozialleistungen in Italien, Schweden und Großbritannien, wo das »Beveridge-System« mit seiner staatlich organisierten Einheitsversicherung betroffen ist. Mischformen wie in Frankreich bleiben ebenfalls nicht verschont.

Die breite Attacke begann 1994 anlässlich eines Weltbankberichts zur drohenden Krise der alternden Gesellschaft mit

dem Titel »Averting the Old Age Crisis«, deutsch »Die Alterskrise abwenden«. Der Bericht zeigte auf, dass »die Staaten die Ausgabenlast letztlich nicht mehr tragen können und die Sozialsysteme dauerhaft umgestaltet werden müssen«. Es folgten weitere Berichte, Warnungen und Empfehlungen, die zwar nicht orchestriert waren, aber immer dieselbe ideologische Botschaft verkündeten: Es gelte, die Löhne und Gehälter zu senken und einen wenn auch noch so kleinen Teil der sozialen Kosten privat zu finanzieren, was sich weltweit immerhin auf 3.500 Milliarden Dollar summieren sollte. Und die Operation gelang: Zwischen 1993 und 2003 sank der Anteil der Sozialversicherungsbeiträge an der Lohnquote in den Industrienationen um durchschnittlich 10 Punkte. Die Lohnquote fiel um 3 Prozent – und die Unternehmensgewinne stiegen um den gleichen Wert.

Für angehende Rentner bedeutet dies letztlich einen Kaufkraftverlust, und das bei längerer Lebensarbeitszeit. In den OECD-Mitgliedstaaten liegt das Rentenalter heute bei durchschnittlich 63 Jahren. In Deutschland wurde das gesetzliche Rentenalter 1997 auf 65 Jahre angehoben und soll schrittweise auf 67 Jahre steigen. In Italien gehen die Arbeitnehmer im privaten Sektor mit 65 Jahren, in Irland mit 66 Jahren, in Großbritannien mit 65 Jahren in Rente; Tony Blair verzichtete 2005 sicher nur vorübergehend

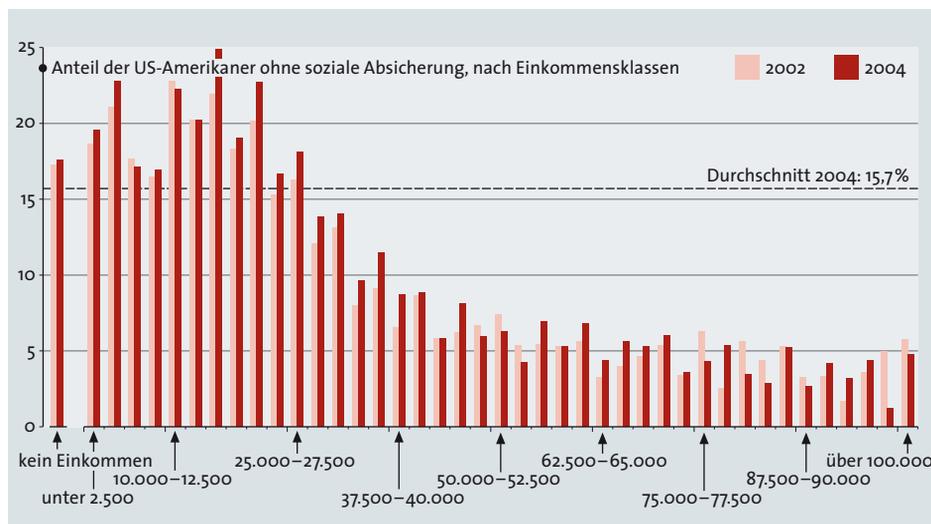
darauf, das Rentenalter für öffentliche Bedienstete und Beamte, das derzeit bei 60 Jahren liegt, anzupassen.

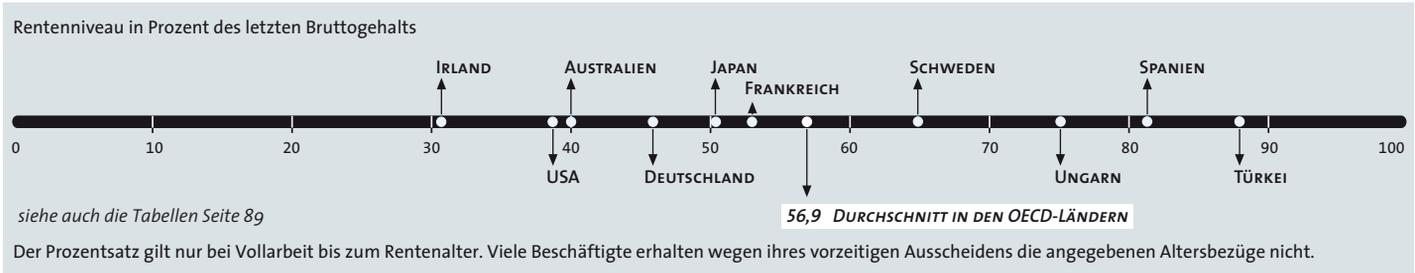
In Frankreich geht man immer noch »offiziell« mit 60 Jahren in Rente, doch die Zahl der Berufsjahre, die einen Rentenanspruch gewährleisten, ist für Staatsangestellte in Anpassung an den privaten Sektor auf 40 gestiegen. Eine weitere Anhebung der Frist wird ab 2008 erwartet. Entsprechend später erfolgt die Auszahlung der Rente. In den USA beginnt die Rente »normalerweise« zwischen dem 65. und 66. Lebensjahr, ab 2006 vor Ablauf des 67. Lebensjahrs. Interessanterweise konnte Präsident George W. Bush entgegen seinen Wahlversprechen den letzten öffentlich verbliebenen Rest des Rentensystems in den USA nicht privatisieren.

Die Reduzierung der öffentlichen Leistungen ist besonders im Gesundheitswesen spürbar. Hier nimmt das Privatisierungstempo zu. Dass dies zu mehr Ungleichheit und Ungerechtigkeit führt, kann kaum überraschen. In einigen Ländern geht sogar die Lebenserwartung zurück. Dies gilt z. B. für Subsahara-Afrika, wo die Verbreitung von HIV/Aids und der Abbau der kostenlosen medizinischen Versorgung dazu beigetragen haben, dass die Lebenserwartung drastisch gesunken ist: Betrug sie 1992 noch knapp 50 Jahre, waren es 2003 nur noch 45,6. In Russland ging sie von 68,4 im Jahr 1991 auf 65,7 im Jahr 2003 zurück. Bei den Männern lag sie 2005 unter 60 Jahren (siehe Seite 63).

In den kapitalistischen Industriestaaten müssen Patienten immer mehr bezahlen, die medizinische Versorgung wird teurer, die Kassen erstatten weniger, die Finanzierung für öffentliche Krankenhäuser wird abgebaut. In Deutschland gibt es seit 2004/2005 geringere Zuschüsse für zahn- oder augenärztliche Behandlungen, für den Arztbesuch wird eine Praxisgebühr fällig, und die Kassenbeiträge für Arbeitnehmer und Rentner sind gestiegen. In Frankreich ist es ähnlich. Dabei droht das öffentlichen Krankenhaussystem hier aus allen Nähten zu platzen. In Großbritannien haben Wissenschaftler festgestellt, dass ein Fünftel aller Lungenkrebserkrankungen nicht korrekt, weil zu spät behandelt wird. In den USA, wo das Gesundheitssystem fast völlig privat ist, haben 15,7 Prozent der

► Mehr Menschen ohne Schutz – und die meisten sind arm





► Hohe und niedrige Renten in den Industrieländern

Bevölkerung gar keine Krankenversicherung, und fast ebenso viele sind aufgrund der drastisch gestiegenen Versicherungsprämien unterversichert. Im Übrigen liegen die Kosten für das Gesundheitswesen jenseits des Atlantiks am höchsten: 2004

lagen sie bei 15 Prozent des Bruttoinlandsprodukts im Vergleich zu 10,1 Prozent in Frankreich und 11,1 in Deutschland. Obwohl die Privatisierung also nachweislich ineffizient ist, wird sie weiterhin angepriesen.

WWW

Überblick

- de.wikipedia.org/wiki/Sozialversicherung
- www.eldis.org/static/DOC8957.htm
- **Soziale Rechte, Verbrauchermacht**
- www.attac.de/genug-fuer-alle/cms/news.php
- www.citizen.org

► Sozialabbau im Vergleich

| | Frankreich | Großbritannien | Deutschland |
|-------------------------|---|--|--|
| Arbeitslosigkeit | Hohe Langzeit- und Jugendarbeitslosigkeit sind chronisch. Leiharbeit, befristete Verträge und staatsfinanzierte Stellen haben sich in zehn Jahren verdreifacht. Die Bezugsdauer von Arbeitslosengeld wurde verkürzt. Versuche, den Bezug von Arbeitslosengeld an Auflagen zu knüpfen oder den Qualifikationsschutz aufzuheben, sind wiederholt gescheitert. | Arbeitslosengeldempfänger müssen Ausbildungsangebote, Praktika, Hilfsarbeit oder ehrenamtliche Tätigkeit akzeptieren. Mindestlöhne und Steuergutschriften sollen in insgesamt sieben New-Deal-Programmen für bestimmte Zielgruppen zur Arbeit »anreizen«. | Langzeitarbeitslose müssen jede Arbeit annehmen, auch wenn sie überqualifiziert sind und schlechter bezahlt werden. Arbeitslose müssen gemeinnützige Arbeiten, die mit einem Euro pro Stunde vergütet werden, annehmen. |
| Sozialleistungen | Eltern können mit dem Entzug von Sozialleistungen bestraft werden, wenn ihre Kinder die Schule schwänzen oder wie bei den Vorstadtunruhen von 2005 straffällig wurden. 2006 wurde die weitgehende Aufhebung des Kündigungsschutzes für Berufsanfänger durch Massenproteste vereitelt. | Allein erziehende Leistungsempfänger müssen Praktika machen oder eine Teilzeitarbeit annehmen. Jugendlichen und Langzeitarbeitslosen werden die Leistungen gekürzt, wenn sie nicht an ihren New-Deal-Programmen teilnehmen. | Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe nach einem Jahr Erwerbslosigkeit. Bei der Berechnung der Leistung werden das Einkommen des Ehepartners, Immobilienbesitz und die Sparkonten der Familie berücksichtigt. |
| Renten | Die Rentenreform von 2003, gegen massenhaften Protest durchgesetzt, erzwang längere Beitragszeiten, ab 2020 knapp 42 Jahre. Im öffentlichen Dienst steigt die Beitragszeit von 37,5 auf 40 Jahre (2008). In Frankreich wie in Deutschland liegt das reale Rentenniveau bei etwa 53 Prozent des letzten Nettoeinkommens. | Eine private Altersvorsorge ist zwingend; wichtig sind die am Arbeitseinkommen orientierten Pensionsfonds, deren Erträge von den Börsenkursen ihrer Investments abhängen. Die staatlichen Renten betragen durchschnittlich nur 37,1 Prozent des alten Einkommens. | Das gesetzliche Renteneintrittsalter wird schrittweise von 65 auf 67 Jahre erhöht. Das reale Renteneintrittsalter von jetzt 63 Jahren wird nicht entsprechend steigen, sodass mit Rentenkürzungen zu rechnen ist. |
| Steuergeschenke | Die konservative Regierung will den Spitzensatz von 48 auf 40 Prozent senken, die Gesamtbesteuerung einschließlich Vermögensteuer soll 60 Prozent nicht übersteigen. Unternehmensteuern liegen mit 34,9 Prozent zwischen den 38,7 Prozent in Deutschland und den 30,0 Prozent in Großbritannien. | Die Labour-Regierung erhöhte die Steuern für Großkonzerne von 25 Prozent auf 30 Prozent. Vor der Regierung Thatcher hatten diese jedoch noch einen Steuersatz von 52 Prozent. Die Regierung Blair erhöhte auch die Sozialabgaben um je 1 Prozent für Arbeitgeber und Arbeitnehmer. | Die rot-grüne Koalition senkte den Steuersatz für die Reichen um 8 Prozent und die Körperschaftsteuer um 15 Prozent. Das Aufkommen der neuen Reichensteuer ist unerheblich. Die CDU-SPD-Koalition will die Unternehmensteuern weiter senken. |

Frauenrechte: Rückschritte im Fortschritt

Nutzt die Globalisierung den Frauen? Die Antwort muss differenziert ausfallen. Einerseits verbessert sich ihre allgemeine Lage, trotz der Ausbeutung auch in den Betrieben der transnationalen Konzerne. Andererseits sind sie in der Regel als Erste von Privatisierung und Sozialabbau betroffen. Und noch immer sind Armut und Analphabetentum weibliche Attribute.

In den letzten zwanzig Jahren ist der Anteil der Frauen an den Erwerbstätigen überall gestiegen. Zudem verdienen Frauen heute mehr als in der Vergangenheit. In den Ländern des Nordens setzte dieser Trend bereits in den 1960er-Jahren ein, seit den 1990er-Jahren ist hier der Prozentsatz der berufstätigen Frauen im nichtlandwirtschaftlichen Sektor von 42 auf 44 Prozent gestiegen. Eine ähnliche Entwicklung, wenn auch in unterschiedlicher Ausprägung, ist im Süden der Welt zu beobachten.

Fortschritte bei der Beschulung und Alphabetisierung von Mädchen und Frauen tragen in der Dritten Welt dazu bei, dass sich die Lücke zu den Männern langsam schließt. In Verbindung mit zunehmender Urbanisierung führt dies dazu, dass die Frauen später heiraten und häufiger Verhütungsmittel verwenden, sodass die Geburtenzahlen sinken. Immer mehr Frauen entscheiden selbst, wie ihr Leben aussehen soll, und lassen ihre Zukunft nicht mehr von der Familie bestimmen.

Dabei ist dieser Fortschritt nicht Folge eines spontanen gesellschaftlichen Wandels, sondern er wurde erkämpft. Auch ist die Entwicklung noch nicht abgeschlossen und kann durchaus wieder rückgängig gemacht werden. Zudem stellt sich die Entwicklung in den einzelnen Regionen höchst unterschiedlich dar – in Süd-asien und im Afrika südlich der Sahara sieht es viel schlechter aus. Unterschiede gibt es auch innerhalb einzelner Länder, zwischen Stadt und Land sowie zwischen unterschiedlichen sozialen Gruppen. Die abseits der Zentren in Armut lebenden Frauen gehen nach wie vor nicht zur Schule, sind Analphabetinnen und haben keinen Zugang zu Verhütungsmitteln oder medizinischer Versorgung. Drei Fünftel der 115 Millionen Kinder auf der

Welt, die nicht zur Schule gehen, sind Mädchen. Und zwei Drittel der 876 Millionen Erwachsenen, die weder lesen noch schreiben können, sind Frauen.

Solche Rückschritte, die auf unterschiedliche Weise dem allgemeinen Trend zuwiderlaufen, sind in erster Linie eine Folge der Wirtschaftspolitik. In den Industriestaaten des Westens wie des Ostens führen der Sozialabbau und die Privatisierung von immer mehr öffentlichen Leistungen dazu, dass für Frauen die Last der Arbeit in der Familie – etwa Kinderbetreuung oder Altenpflege – ständig zunimmt. So verschärft die Rentenreform in Frankreich die Verzerrungen, unter denen sie bereits in den Jahren ihrer Erwerbstätigkeit zu leiden hatten: niedrigere Löhne und Gehälter, Abbruch der Berufstätigkeit oder Karriereknick, weil sie sich um die Kinder kümmern. Mehr als 80 Prozent der armen Beschäftigten sind Frauen – eine Folge von mehr Teilzeitarbeit und geringeren Löhnen.

Die zunehmende Armut in Osteuropa lässt immer mehr Frauen zu Opfern von Menschenhandel und Prostitution werden (siehe Seite 48). Kindermädchen und Hausangestellte, die im Ausland arbeiten (siehe Karte), werden oft geschlagen und sexuell missbraucht.

► Billige Kräfte für die Hausarbeit



Im Süden sind es die Strukturanpassungsprogramme, die häufig drastische Auswirkungen auf die Beschulung und die Gesundheit haben. Wenn Schule und medizinische Versorgung Geld kosten, sind zuerst die Mädchen und Frauen zum Verzicht gezwungen. Damit wird den Frauen ein Leben in sicheren Verhältnissen erschwert, zumal sie den größten Anteil der Arbeitskräfte im informellen Sektor stellen. Das gilt vor allem in Ländern, die landwirtschaftliche Erzeugnisse in erster Linie für den Export und nicht für den Eigenverbrauch produzieren.

Die Unterdrückung der Frauen ist strukturell bedingt und hat eine lange Geschichte. Globalisierung und Liberalisierung können daher nicht als die Wurzel allen Übels betrachtet werden. Die Zunahme der wahrgenommenen »Ehrenmorde« und von Zwangsheiraten, geschlechtsspezifische Sondergesetze über den persönlichen Status in Ländern wie Afghanistan, Pakistan, Algerien und in Zentralasien haben andere Ursachen. Überdies bestehen komplexe Beziehungen zwischen der patriarchalen und der kapitalistischen Gesellschaft. Denn auch in Europa und den USA ist eine Rückkehr zu den männerdominierten und religiösen Traditionen und eine erneute Bekräftigung von Sitte und Moral zu beobachten.

Zugleich entsteht in den Betrieben der multinationalen Konzerne in Asien, Afrika und Lateinamerika ein neuer Typ von Arbeiterinnen. Nicht wenige Frauen arbeiten zuweilen unter Bedingungen, die an das Europa des 19. Jahrhunderts erinnern. Doch der Zugang zu eigener Arbeit und eigenem Einkommen destabilisiert die soziale Ordnung der Kasten und Religionen und mit ihr die Herrschaft des Patriarchats. Die Abschottung in der Familie wird aufgehoben – selbst wenn das transnationale Kapital diese Entwicklung zur gnadenlosen Ausbeutung nutzt.

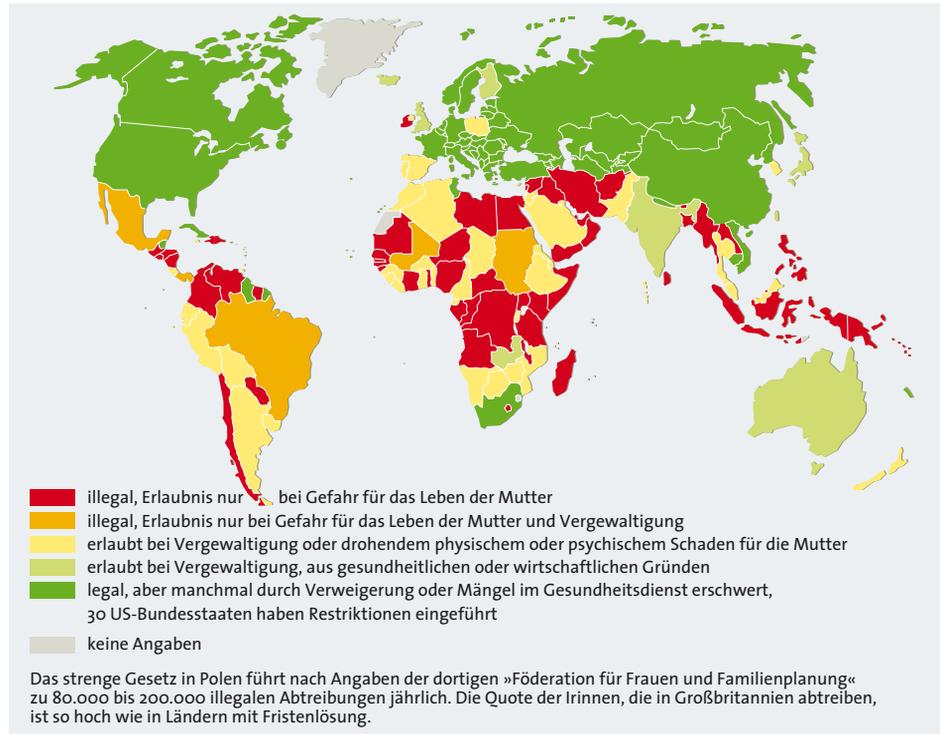
WWW

Einführung

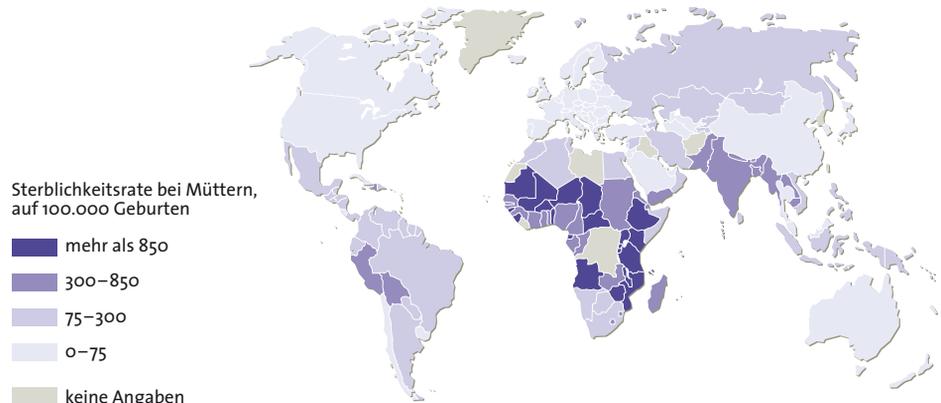
- de.wikipedia.org/wiki/Frauenrechte
- offiziell**
- www.unifem.org/
- www.un.org/womenwatch/
- www.un-instraw.org

NGOs

- www.terre-des-femmes.de
- www.frauenrechte.de
- www.amnestyusa.org/women
- www.hrw.org/women
- www.girlsrights.org
- www.crlp.org

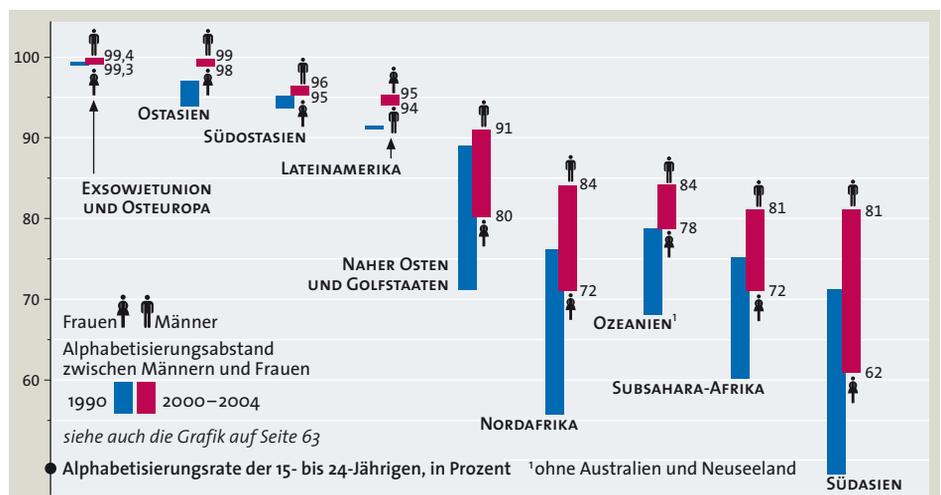


Schwangerschaftsabbruch – ein langer Weg zur Selbstbestimmung ◀



Geburt und Tod in Afrika ◀

Lesen und Schreiben – es geht voran ◀



Das Volk, der Souverän

Die Demokratisierung des politischen Lebens hat im letzten Viertel des 20. Jahrhunderts deutliche Fortschritte gemacht. Doch ist in Osteuropa und in den Entwicklungsländern die Demokratie noch nicht gefestigt. Gleichzeitig steckt die parlamentarische Demokratie in den westlichen Staaten in einer tiefen Krise.

Seit 1975 haben die Bürgerrechte und politischen Rechte weltweit große Verbreitung erfahren. In zahlreichen Ländern entstanden demokratische Regierungsformen, die es den Bürgern ermöglichen, Volksvertreter zu wählen, die für unterschiedliche Programme und politische Einstellungen stehen. Zugleich lockerte sich die Zensur der Medien und es kam zur Gründung neuer Parteien, Gewerkschaften und Vereinigungen auf der Ebene der Zivilgesellschaft.

Dank geopolitischer Veränderungen und auf Grund des Umschlags der öffent-

lichen Meinung und der Arbeit politischer und gewerkschaftlicher Organisationen wurden viele alte Diktaturen durch Demokratien abgelöst – zunächst in Europa (Spanien, Portugal und Griechenland) und dann auch in Lateinamerika (Chile, Brasilien, Argentinien usw.) und in einigen autoritär regierten Ländern Asiens (Südkorea, Taiwan, Indonesien). Das südafrikanische Apartheid-Regime kam ebenso zu Fall wie die Sowjetunion und die so genannten Volksdemokratien in Zentral- und Osteuropa. Zwischen 1974 und 2005 vollzogen insgesamt 81 Länder den Übergang von einer autoritären Regierungsform zum demokratischen Mehrparteiensystem mit freien und geheimen Wahlen.

Allerdings zeigt sich bei näherer Betrachtung, dass der Übergang zur Demokratie nicht ohne Rückschläge abging. 45 Staaten haben nach wie vor kein demokratisches System, und in einigen Ländern (insbesondere in Subsahara-Afrika) kam es in jüngster Zeit zu einem Rückfall in Gewalt und diktatorische Herrschaftsformen. Das liegt vor allem am Versagen von Eliten, die ihre Länder für die eigenen kurzfristigen Interessen ausnutzen.

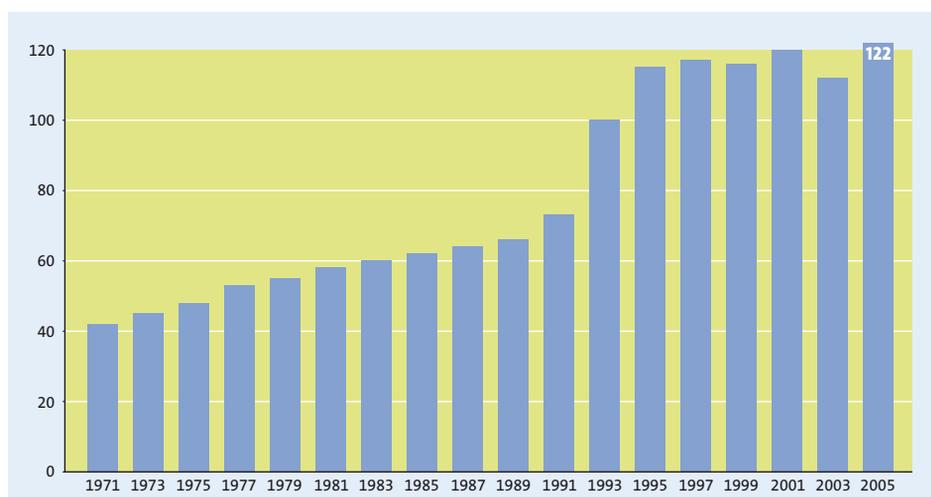
Die Demokratisierung wirft aber auch komplexe politische Fragen auf: Was ist eine Nation? Wie sollen Staaten künftig verfasst sein? Problematisch ist auch, dass die Wahlentscheidung der Bürger oft durch Spenden und Medienmanipulationen beeinflusst wird. Auch fragt sich,

ob man überhaupt von allgemeinen Bürgerrechten sprechen kann, wenn nicht alle Einwohner ihre elementaren Rechte wahrnehmen können. Selbst in Ländern, die als Demokratien gelten, werden noch immer große Teile der Bevölkerung diskriminiert und dauerhaft ausgegrenzt. Das gilt für die niederen Kasten in Indien oder die indigene Bevölkerung in Lateinamerika, aber auch für die westeuropäischen Länder, in denen noch kein Ausländerwahlrecht durchgesetzt ist.

Dass auch in den Industriestaaten die Demokratie durch Armut, Arbeitslosigkeit und Rassismus beeinträchtigt ist, zeigt unter anderem die zunehmende politische Abstinentz in den Vereinigten Staaten und in Westeuropa, wo nach wie vor ganze Bevölkerungsgruppen de facto von Machtpositionen ausgeschlossen sind.

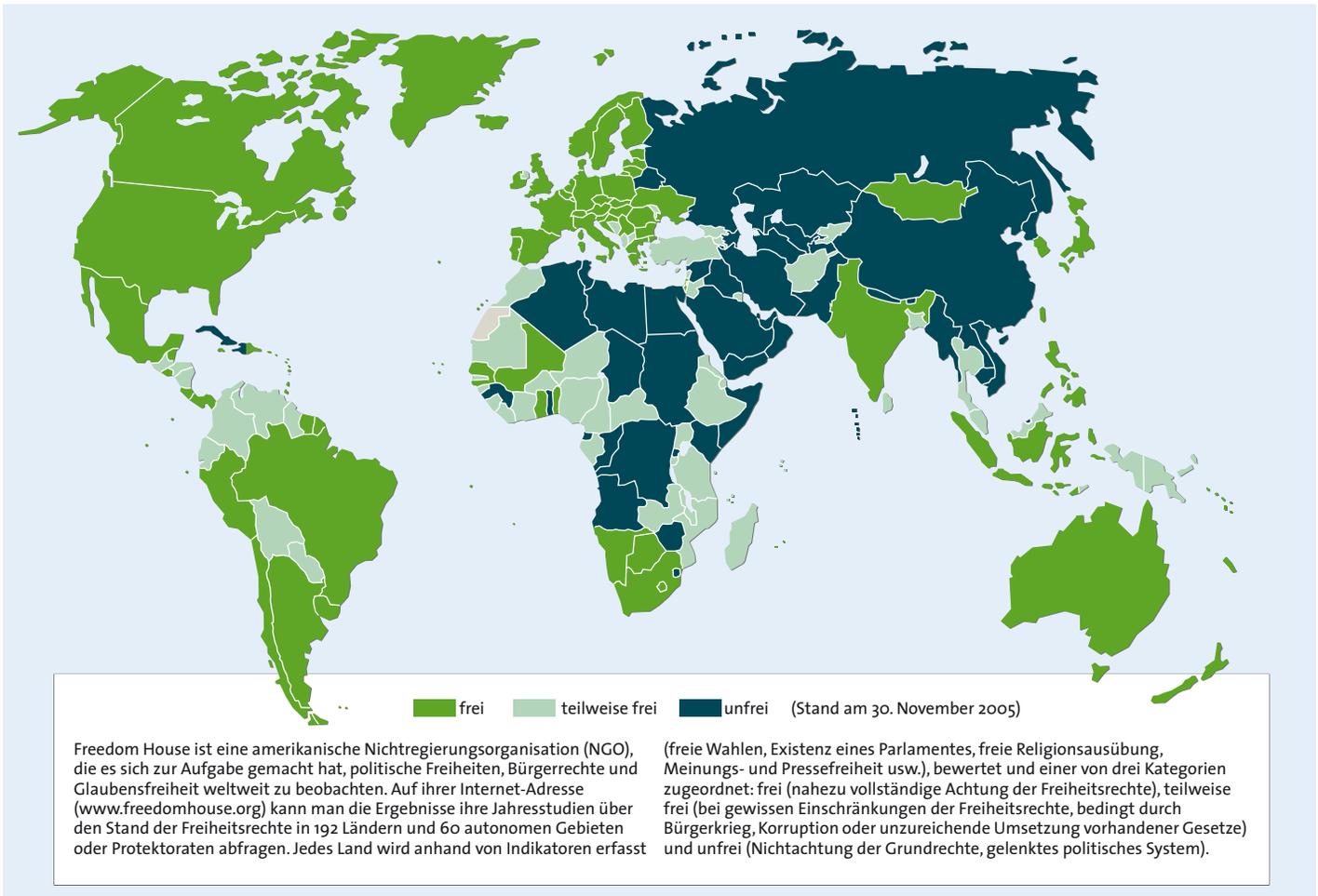
Die Schwierigkeit der derzeitigen Lage resultiert nicht zuletzt aus der Haltung der westlichen Staaten, die zwar die Vergabe von Wirtschaftshilfen und Krediten vielfach an die Einhaltung bestimmter allgemein gehaltener Prinzipien knüpfen (politischer Pluralismus und demokratische Wahlen), bei ihren Verbündeten jedoch großzügig über die Nichteinhaltung eben dieser Prinzipien hinwegsehen. Besonders schmerzlich ist eine solche opportunistische Relativierung demokratischer Prinzipien für die oppositionellen Kräfte in autoritär regierten Ländern, deren Eliten trotz Menschenrechtsverlet-

► Anzahl der parlamentarischen Demokratien weltweit



WWW

- Hochkommissar der Vereinten Nationen für Menschenrechte
www.ohchr.org
- Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte
www.echr.coe.int
- Zentrum für Demokratie
www.cdt.org
- Interparlamentarische Union
www.ipu.org
- Internationaler Gerichtshof
www.icj-cij.org
- Internationale Föderation für Menschenrechte
www.fidh.org
- Amnesty International
www.amnesty.org
- Human Rights Watch
www.hrw.org



Allgemeine Freiheitsrechte weltweit ◀

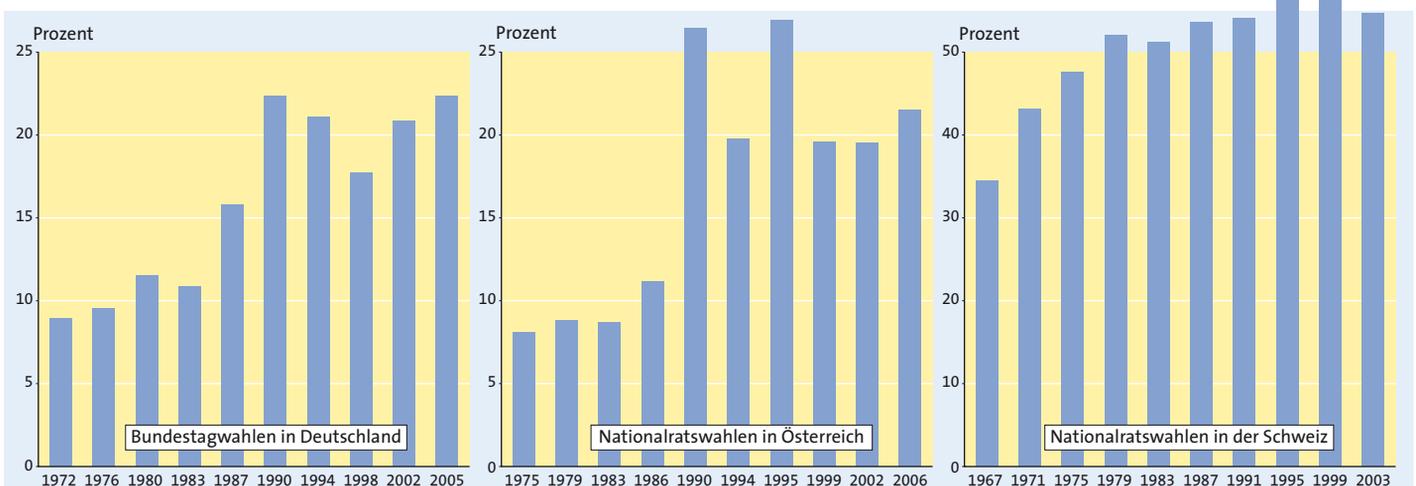
zungen, Repression und Korruption von den großen internationalen Organisationen wie IWF und Weltbank unterstützt werden.

Eine paradoxe Entwicklung ist auch, dass sich die parlamentarische Demokra-

tie weltweit immer mehr durchsetzt, während zugleich die Souveränität der Völker so wenig zählt wie nie zuvor. Für manche bekennende Demokraten ist die Demokratie nur wünschenswert, wenn sie die sozioökonomischen Interessen der Elite

nicht antastet. Das erklärt auch, warum Bewegungen für eine andere politische, ökonomische und soziale Ordnung, die sich mit einer verstümmelten Demokratie nicht abfinden, so häufig bedroht und unterdrückt werden.

Entwicklung der Wahlabstinz ◀



Arbeitnehmerrechte und Gewerkschaften

In aller Welt müssen sich die Gewerkschaften nicht nur mit den Strategien der internationalen Konzerne auseinandersetzen, sondern auch mit der Zunahme der globalen Konkurrenz und mit vermehrten Konflikten innerhalb der Arbeitswelt. Bislang haben sie es noch nicht geschafft, sich als starkes, einheitliches Gegengewicht zu etablieren.

Eine unerfreuliche Konsequenz der Globalisierung auf der Ebene der Arbeitsorganisation wird in den Jahresberichten des Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften (IBFG) sichtbar: Jahr für Jahr registrieren sie – ungeachtet der vorhandenen internationalen Konventionen – eine zunehmende Unterdrückung der gewerkschaftlichen Arbeit. Der Bericht für 2001 vermerkt, dass die gewerkschaftlichen Rechte weltweit zurückgedrängt werden. Das galt auch für die In-

dustrielländer und wird durch Zahlen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) in Genf bestätigt. Allein im Jahr 2004 mussten 145 Gewerkschafter ihr gewerkschaftliches Engagement mit dem Leben bezahlen, das waren 16 mehr als im Vorjahr. Dazu gab es 700 gewaltsame Angriffe gegen Gewerkschafter und rund 500 Morddrohungen zu verzeichnen. Eine steigende Tendenz zeigt sich auch bei unzulässigen Kündigungen, unterdrückten Streiks, Einschränkungen des Streikrechts und staatlichen Eingriffen in Arbeitskämpfe.

Die Globalisierung neoliberalen Typs hat die Situation verschärft. Zusammen mit der Ausweitung des radikalen Konkurrenzprinzips auf internationaler Ebene haben Verbote und repressive Maßnahmen gegen Gewerkschaften zugenommen. Organisationsfreiheit, Streikrecht und Tarifautonomie sind auch deshalb in Gefahr, weil die Entfernung zwischen den Chefetagen und den Produktionsstandorten immer weiter wächst. In Ländern, denen der Internationale Währungsfonds seine Strukturanpassungsprogramme verordnet hat, sind die Regierungen genötigt, soziale Forderungen zu-

rückzuweisen, weil die Schuldentilgung Vorrang hat.

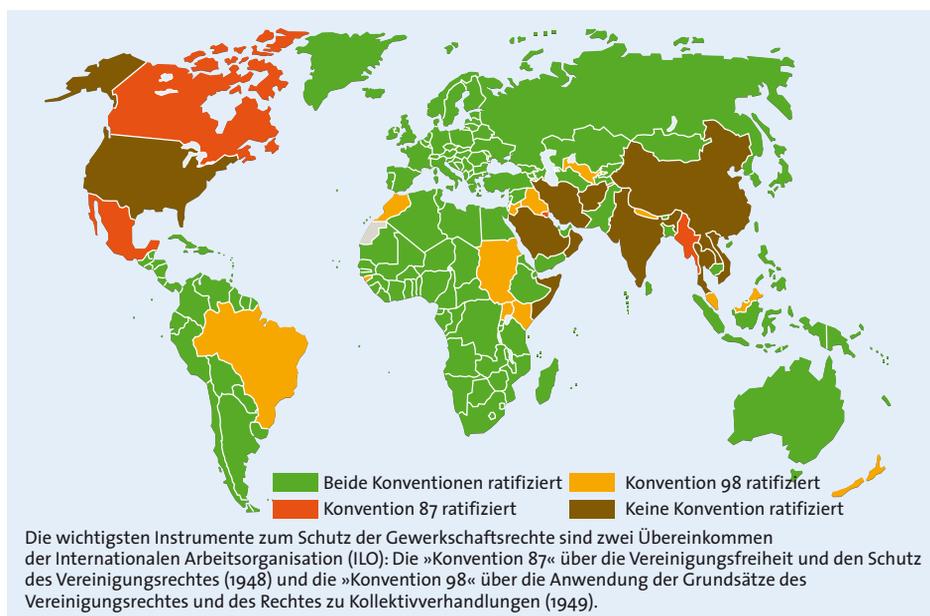
Auch in den ehemals staatsmonopolistischen Ländern Mittel- und Osteuropas müssen die neu gegründeten Gewerkschaften erleben, wie ihre Rechte, die sich in den alten Zeiten allerdings auf die Verteilung der in monopolistischen Großbetrieben üblichen Vorteile beschränkten, schrittweise weiter abgebaut werden.

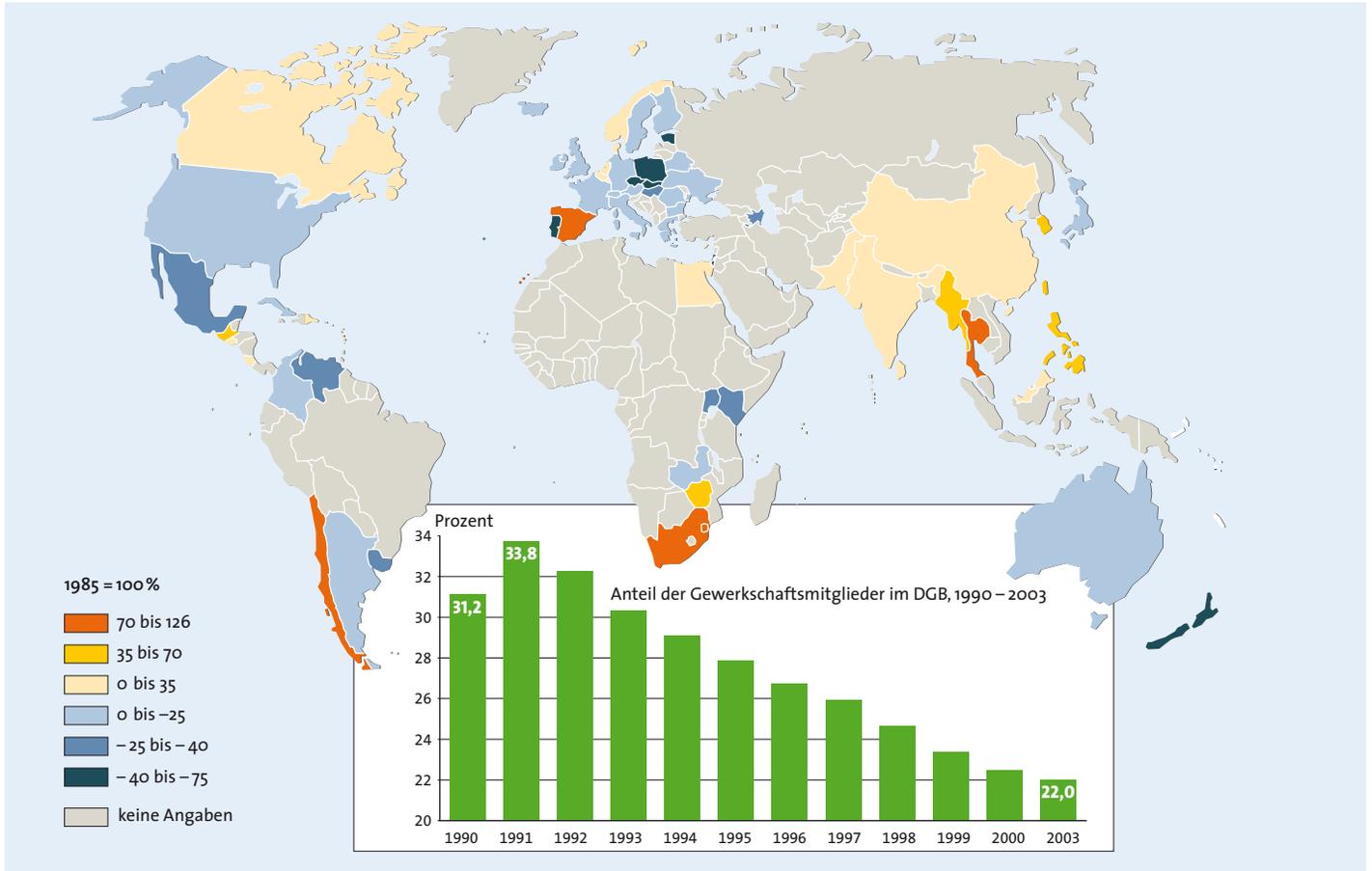
Besonders gravierend ist die Rechtlosigkeit der Arbeitnehmer in Ländern mit starker Schattenwirtschaft. Aus der Sicht der multinationalen Unternehmen bieten diese Länder klare Standortvorteile: niedrige Löhne, schlechte Arbeitsbedingungen, Ausbeutung von Frauen und Kindern. Bauern dürfen sich in vielen Ländern grundsätzlich nicht gewerkschaftlich oder genossenschaftlich organisieren. Das gilt auch für die Beschäftigten in den Sonderwirtschaftszonen, wo alles im Sinne der ausländischen Investoren laufen muss. Eine Behinderung der Geschäfte durch Arbeitnehmerrechte wird nicht geduldet.

Auch die geschlechtsspezifische Benachteiligung von Arbeitnehmern spielt eine wichtige Rolle. Zum Beispiel betreffen die Nachteile und Belastungen von Leiharbeit, Zeitarbeit, Gelegenheitsarbeit, Teilzeitarbeit wie von befristeten Beschäftigungsverhältnissen vorwiegend Frauen. In den exportorientierten Branchen der legalen Wirtschaft finden sich die Frauen zumeist am unteren Ende der beruflichen Hierarchien, wo die Jobs besonders unsicher sind. Sie arbeiten eher in Bereichen ohne gewerkschaftliche Organisation, Sozialleistungen oder ordentlichen Kündigungsschutz – womit ganze Familien in eine Abwärtsspirale getrieben werden.

Auch Tarifverhandlungen sind unter den neuen Bedingungen immer schwerer zu führen. Da die Multis beweglicher und weniger an Standorte gebunden sind, können sie die nationalen Beschränkungen und vertraglichen Verpflichtungen leicht umgehen: Um die Gewerkschaftsfreiheit, die Tarifhoheit oder das Streikrecht einzuschränken, brauchen sie oft

► Schutz der Gewerkschaftsrechte





Entwicklung des gewerkschaftlichen Organisationsgrades ◀

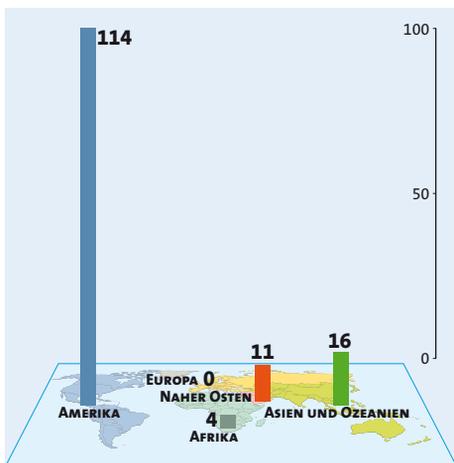
nur mit Standortverlagerung zu drohen. Auch wenn sich einige Organisationen international vernetzt haben – vor allem in multinationalen Konzernen – sind bisher noch kaum neue rechtliche Grundlagen für ein wirkungsvolles international agierendes Gegengewicht der Beschäftigten entstanden. Gleichwohl versuchen Gewerkschaften, Arbeitnehmerverbände

und ILO die multinationalen Unternehmen auf bestimmte Grundsätze zu verpflichten, die sich zum Beispiel auf Kinderarbeit oder fairen Handel beziehen. Verglichen mit den Vorgaben der Welt Handelsorganisation wirken die Richtlinien der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) jedoch überwiegend wie ein Katalog frommer Wünsche.

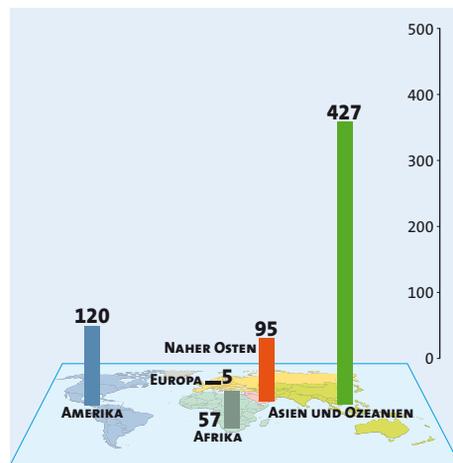
WWW

- Amnesty interantional
www.amnesty.org
- Internationaler Bund Freier Gewerkschaften
www.icftu.org
- Human Rights Watch
www.hrw.org
- Internationale Arbeitsorganisation
www.ilo.org
- Deutsche Gewerkschaftsbund
www.dgb.de

Ermordete Gewerkschafter (2004) ◀



Misshandelte Gewerkschafter (2004) ◀



Inhaftierte Gewerkschafter (2004) ◀

